Nr.39
Dezember
IV / 2007
DIE LINKE.

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform bei der LINKEN

Kirsten Tackmann
Chancen und Risiken erneuerbarer Energien in Brandenburg

Energiepolitische Konferenz: Gedanken und Eindrücke

LAG Ökologische Plattform in Baden-Würtemberg gegründet

Vor 10 Jahren starb Rudolf Bahro: Band mit Texten aus dem Nachlass erschienen mit PDS-Essay

Editorial

Liebe LeserInnen und Leser,

nach der Verschmelzung der WASG mit der Linkspartei.PDS kommt es darauf an, für die Wirksamkeit der Partei in der Öffentlichkeit und ihren konkreten politischen Einfluss auf die Gesellschaftsgestaltung einzustehen. Die erste große bundesweite Konferenz, die Anfang November in Hamburg stattfand und in deren Vorbereitung auch einige Aktivisten der Ökologische Plattform wesentlich involviert waren, widmete sich erfreulicherweise zu wesentlichen Teilen auch der ökologischen Problematik. Zur Bewertung der Konferenz sei an dieser Stelle auf die Beiträge auf den Anfangsseiten dieser Tarantel verwiesen. Eine ausführliche Dokumentation der Konferenzmaterialien ist vorgesehen.
In dem Maße, in dem, vor allem durch die sich langsam abzeichnenden Klimaveränderungen, die Ökologie - endlich - einen höheren Stellenwert in der Öffentlichkeit einnimmt, wird gegenwärtig auch das Thema Biosprit ein „Modethema“. Hier gibt es offenbar noch einigen Diskussionsbedarf, analog zur Verwendung der Gentechnik. Deshalb haben wir dazu zwei Beiträge mit unterschiedlichen Standpunkten in diese Ausgabe aufgenommen. Der Artikel von F. W. Engdahl verdeutlicht meines Erachtens recht gut die Position, die linke Umweltbewusste dazu einnehmen sollten. Es wäre wichtig, dass sich die Ökologische Plattform mit diesem Thema in naher Zukunft noch intensiver auseinandersetzt, um hierzu eine Positionsbestimmung zu veröffentlichen.
Erfreulicherweise sind auch in dieser Tarantel wieder einige Beiträge aus einzelnen Bundesländern enthalten. Wir möchten zukünftig möglichst in jeder Tarantel von Umweltaktivitäten aus den Ländern und der dort aktiven AGs berichten.
Wie bekannt, wurde es durch den Beschluss der neuen Satzung notwendig, dem Bundesvorstand den Mitgliederstand der Plattform bis Ende November vorzulegen, um Delegierte für den nächsten Parteitag stellen zu können. Wir können mitteilen, dass wir die Vorgaben für zwei Mandate (8 Bundesländer, 250 Mitglieder) erfüllt haben. Es kommt jetzt darauf an, im nächsten Jahr möglichst die Anerkennung von Landes-AGs voranzutreiben, um nicht immer wieder mit den geforderte Zweihundertsteln der Mitgliedschaft der einzelnen Bundesländer (die sich auf Grund der erfreulicherweise ja wachsenden Mitgliederzahlen vor allem in den alten Ländern erhöhen) konfrontiert zu werden.
2008 steht vor uns vor allem die Aufgabe, mit für die Verankerung wesentlicher ökologischer Grundpositionen der Ökologischen Plattform im Entwurf eines neuen Parteiprogramms zu sorgen. Auch die Erarbeitung eines neuen Status muss eingefordert werden. Schließlich wollen wir als ehrenamtlich Wirkende nicht bürokratisch Mitglieder verwalten, sondern ökologisches Gedankengut in der Partei einbringen.
Ein erfolgreiches und gesundes neues Jahr wünscht im Namen der Redaktion

Detlef Franek

Arbeitsplan für die Ökologische Plattform 2008

- Bundestreffen der Ökologischen Plattform 17/ 18.5. 2008 in Trier

- Erarbeitung eines Textangebotes zur Umweltpolitik bzw. von Bausteinen dafür an die Programmkommission zur Ausarbeitung des Parteiprogramms - Diskussion 1. Koratssitzung im März, Verabschiedung auf dem Bundestreffen

- Durchführung einer Ökologiekonferenz im November 2008 in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Gruppe Ökosozialismus (Saral Sarkar, Bruno Kern), der Ökologischen Plattform in NRW und dem Landesvorstand der LINKEN

- Herausgabe zweier weiterer Broschüren der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“: 1/08 Zur Abfallwirtschaft, Autor Thomas Scherzberg; 2/08 Dokumentation der Energiekonferenz der LINKEN

- Fortführung der Herausgabe der Quartalszeitschrift „Tarantel“

- Weiterarbeit an der Schaffung und Festigung von Strukturen der Ökologischen Plattform in den Bundesländern

- Sitzungen des Koordinierungsrates am 15.3.; 16.5.; 13.9.; 13.12.2008

Abbildung auf der Titelseite:
Christiane Pfohlmann
zuerst erschienen im Neuen Deutschland vom 30.8.2007

klima & energie - macht - arbeit

Energiepolitische Konferenz der LINKEN
Anfang November in Hamburg
- Gedanken und Eindrücke

Manfred Wolf

„Die Notwendigkeit einer Energiewende hin zur vermehrten Nutzung erneuerbarer Energien bei gleichzeitig sparsamerem und effizienterem Umgang mit den knappen Energieressourcen“ ist, so heißt es in den Thesen zur Konferenz, mit Ausnahme von einigen Vertretern der Atom- und Kohleindustrie „als eine der wesentlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts allgemein anerkannt“.
Diese Feststellung scheint, zumindest was Beobachtungen der vielfach demonstrierten Geschäftigkeit unserer Regierung bei der Beratung und Verkündung langfristiger Zielsetzungen bzw. allgemeiner Aufrufe zur Reduzierung der Emissionen von Klimagasen ergeben, zutreffend. Deutschland möchte auf diesem Feld international sogar gern als treibende Kraft bzw. Vorreiter gesehen werden. Vielleicht ist es dies sogar, die betreffende Geschäftigkeit könnte für diesen Eindruck sprechen. Doch die konkreten Taten zur Erreichung der proklamierten Ziele, geschweige denn Ergebnisse, sehen hierzulande wie auch europaweit anders aus. Wirklich zielführende Maßnahmen, die die Profitinteressen der Strom- und Ölkonzerne, der Rüstungs- und Autoindustrie, um nur die wichtigsten Gegenspieler zu nennen, beeinträchtigen könnten, werden gemeinschaftlich mit tatkräftiger Hilfe der Regierung blockiert bzw. gar nicht erst thematisiert. So wurde bisher keins der proklamierten Ziele der Energieeinsparung, der Reduzierung der Klimagasemissionen erreicht und sie werden bei Fortsetzung dieser Politik auch künftig nicht erreicht werden.
Die Hamburger Konferenz der LINKEN wollte deutlich machen, worauf es in dieser Situation ankommt. Mit ihrer ersten bedeutsamen Konferenz nach ihrer Gründung aus PDS und WASG unterstrich die LINKE überzeugend, welch hoher Stellenwert der Ökologie und darin den besonders brennenden Bereichen Klima und Energie in ihrer Politik zukommen. Sie wollte gleichzeitig verdeutlichen, inwieweit sich die Politik der LINKEN in ihrer Orientierung und Zielstrebigkeit von der Politik der Regierung und der anderen Parteien unterscheidet.
Worin dies insbesondere zum Ausdruck kommt, legte Oskar Lafontaine in der Auftaktveranstaltung am Freitag abend in sieben Punkten dar.
Erstens, führte er aus, sind Klima- und Energiepolitik für DIE LINKE zugleich zwingend Friedens- und Sozialpolitik. Es sei unakzeptabel, sich der Energievorräte der Erde mit militärischen Mitteln zu bemächtigen.
Zweitens verbinde DIE LINKE die globale Energiepolitik mit der globalen sozialen Frage. Globaler Emissionshandel, der von der UNO organisiert werden könnte, müßte vor allem den ärmeren Ländern zugute kommen.
Drittens sei DIE LINKE im Unterschied zu den anderen Parteien auch in der Atomfrage konsequent. Nicht verantwortbar sei das ständige Herumfummeln an den Laufzeiten der Atomkraftwerke. DIE LINKE wolle eine Energieversorgung ohne Atomkraft.
Die Interessen der Großkonzerne sind nicht die Interessen der Verbraucher und der Umwelt. Deshalb sei DIE LINKE viertens für die Rekommunalisierung der Energieversorgung und gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.
Fünftens fordert DIE LINKE im Unterschied zu den anderen Parteien die Wiedereinführung der öffentlichen Preiskontrolle und eine exakte Preisregulierung um die schamlose Abzocke der Verbraucher durch die Energiekonzerne zu beenden.
Sechstens fordere DIE LINKE entschieden die Überführung der Energienetze, vor allem der überregionalen, in öffentliche Verantwortung. Die Netze in Verfügung der großen Energiekonzerne sei eine Einladung zu weiterer Preistreiberei und benachteilige die kleinen Erzeuger.
Schließlich sei siebentens DIE LINKE die einzige politische Kraft in Deutschland, die zusammen mit der Umweltfrage die Systemfrage stellt. Der herrschende Finanzkapitalismus sei nicht in der Lage, die Erde vor der Zerstörung zu bewahren. Sein Dogma der kurzfristigen Gewinnmaximierung hat die Umwelt immer stärker belastet, die soziale Frage ständig verschärft und behindert auch weiterhin notwendige Veränderungen.

*

Diese Darstellung von Oskar Lafontaine wurde durch die Konferenz vollauf bestätigt. Sie ließ erkennen, daß DIE LINKE die Grundfragen der Ökologie prinzipieller stellt als alle anderen Parteien, sie ist und denkt weiter als die anderen und vor allem in den grundsätzlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Sie muß ihre ökologische Kompetenz nicht vor Parteien nachweisen, die zwar genau sagen können, worauf es ankommt, dies aber in Regierungsverantwortung nicht tun. Die ökologische Kompetenz der LINKEN ist eine andere. Wenn Angelika Zahrnt, Vorsitzende des BUND, die einen gewichtigen Part auf der Konferenz übernommen hatte, eine Frage im ND, ob die Partei in ihrer grünen Entwicklung noch am Anfang steht, mit „ja“ beantwortet, dann gilt es sicher darüber nachzudenken. Wir selbst aber würden mit dieser Position ziemlich tief stapeln und die jahrelange erfolgreiche Arbeit unserer vielen Umweltpolitiker sowohl zentral als auch in den Ländern und Kommunen, einschließlich auch der Arbeit der Ökologischen Plattform zu Unrecht gering schätzen. Es geht wohl eher darum, daß die öffentliche Wahrnehmung oder besser, die Wahrnehmungsbereitschaft durch den überwiegenden Teil der Medien immer noch am Anfang steht.
Keine Frage, nicht alle in der Partei denken bereits ökologisch und denken unter diesem Aspekt auch immer konsequent zu Ende. Das hängt nicht wenig mit den Traditionslinien der Linken zusammen und vor

allem damit, daß in dieser Gesellschaft soziale und ökologische Fragen fast nie aufeinander abgestimmt in Angriff genommen werden sollen. Deshalb ist die berechtigte, auch auf der Konferenz erhobene Forderung nach umsetzbaren Konzepten, die uns auch gern von außerhalb unserer Partei vorgehalten wird, gerade für die LINKE mit vielen Hindernissen behaftet. Die Konzepte wären in der Regel nicht das Problem. Nicht nur in der LINKEN, in ganz Deutschland gibt es genügend Fachleute, die bei vorhandenem politischen Willen in der Lage sind, ja geradezu darauf warten, gangbare und wirksame Konzepte vorzulegen. Aber die Verhältnisse sind nicht so, und daran muß gearbeitet werden. Und wenn Wolfgang Methling zurecht immer wieder, so auch auf der Konferenz, darauf hinweist, daß man für jede gute Absicht Verbündete braucht, das erforderliche Kräfteverhältnis herstellen muß, dann ist das keine Entschuldigung sondern unser Hauptdilemma.
Drei weitere Dilemmata, die von Katja Kipping benannt wurden und unsere Partei seit Jahren begleiten, hängen wohl auch etwas damit zusammen, obwohl sie anders gelagert sind. Katja benennt die fortwährend starke Verhaftung eines großen Teils der Partei in der Wachstumsideologie und damit eng verbunden unser Verhälnis zu den Arbeitsplätzen sowie davon abgeleitete Verhaltensweisen unserer Vertreter in der öffentlichen Politik bei anstehenden wirtschaftlichen Entscheidungen, wie z.B. im Straßenbau. Es will uns einfach noch nicht gelingen, die als real existierenden ökologischen Gefahren sowohl in der Programmatik, insbesondere auf wirtschaftspolitischem Gebiet, als die entscheidenden Faktoren zu behandeln, als sie auch konsequent zum Ausgangspunkt unserer Positionen bei anstehenden politischen Entscheidungen zu machen.
Trotz dieser grundsätzlichen und durchaus berechtigten Kritik zeigte die Hamburger Konferenz, welchen beachtlichen Weg unsere Partei in ihrer Umweltpolitik und in ihren ökologischen Positionen bisher gegangen ist. Wie Wolfgang Methling intern feststellte, ist es uns mit der Konferenz „gelungen, Energie- und Klimapolitik als eine komplexe Problematik darzustellen, die gleichermaßen die Politikfelder Wirtschaft und Eigentum, Umwelt, Arbeits- und Lebenswelt, Soziales, Kultur, Bildung, Kommunales, Herrschaftsinteressen und Macht, Globalisierung, Frieden und Gerechtigkeit betrifft. Mit dieser Herangehensweise geht DIE LINKE über „grüne Ansätze“ anderer Parteien hinaus und verbindet die ökologische Frage eng mit der sozialen und Friedensfrage“.
Die Konferenz zeigte mit ihren in drei Tagen insgesamt über 500 Teilnehmern, welch großes Interesse die Umweltpolitik der LINKEN in der Öffentlichkeit findet. Sie gab gerade auch der Ökologischen Plattform die Möglichkeit, neue Kontakte zu knüpfen und die Verbindungen zu den umweltpolitisch Engagierten in den Ländern zu festigen. Unseren Hamburger Genossen gebührt für ihren gewichtigen Anteil an der Vorbereitung der Konferenz Dank und Anerkennung.

Die LINKE steht noch am Anfang

Praktische Umsetzung der klimapolitischen Bekenntnisse ist gefordert

Angelika Zahrnt

ND: Welchen Eindruck hatten Sie auf der Konferenz: Ist es der LINKEN ernst mit dem Klimaschutz?

Zahrnt: Die Führungskräfte der Partei, Lafontaine und Gysi, haben gezeigt, dass sie das Thema für wichtig halten. Auch die Teilnehmer haben sehr viel Interesse und Kompetenz bewiesen. Ich glaube deshalb, dass es innerhalb der LINKEN viele Menschen gibt, die Ökologie in der Parteiprogrammatik verankern wollen. Inwieweit das für die ganze Partei gilt, kann ich nicht einschätzen.

Steht die Partei Ihrer Meinung nach also noch am Anfang ihrer grünen Entwicklung?

Ja. In der PDS zählte Ökologie nicht zu den zentralen Themen. Aber auch damals gab es Einzelne, die sich engagiert haben. Jetzt wird versucht, bei der neu gegründeten Partei den Umweltschutz stärker zu verankern. Das ist sicher nicht einfach, da auch die WASG keine ökologische Bewegung gewesen ist.

Momentan setzen alle Parteien auf Klimaschutz. Wodurch unterscheidet sich die LINKE Ihrer Ansicht nach mit ihrer Herangehensweise?

Das kann man jetzt noch nicht richtig erkennen. Die LINKE muss die soziale Frage ernst nehmen und versuchen, diese mit ökologischen Zielsetzungen zu verbinden. Beispielsweise die Pendlerpauschale: Wie ist es möglich, die Streichung der Pauschale - die ökologisch notwendig ist - mit Ausgleichszahlungen für Menschen mit geringem Einkommen zu verbinden, die aus bestimmten Gründen nicht auf die Fahrt mit dem Auto verzichten können?
Oder bei der Wärmedämmung: Wie kann man Mehrkosten, die durch eine Sanierung aufkommen, so gestalten, dass Geringverdiener nicht zu stark belastet werden? Leider liegen dazu noch keine ausgearbeiteten Konzepte vor.

Was fällt in der LINKEN beim Umweltthema immer noch unter den Tisch?

Es gibt eine Strömung, die noch sehr stark darauf setzt, Probleme der Beschäftigung und der Einkommensverteilung über das Wachstum zu lösen. Die ökologisch problematische Seite des Wachstums wird damit oft ausgeblendet. Man muss aufpassen, dass man neben Forderungen nach grundsätzlichen strukturellen Veränderungen nicht übersieht, was es schon für Möglichkeiten in der Politik gibt. Ich würde mir

wünschen, dass die LINKE mehr darüber nachdenkt, was in der derzeitigen Situation für Klima und Umwelt getan werden kann.

Werden LINKE und BUND zukünftig enger zusammenarbeiten?

Wir sprechen mit allen Parteien über die aktuellen umweltpolitischen Herausforderungen. Außerdem geben wir Unterstützung bei gemeinsamen Projekten. Ein Beispiel sind die Proteste gegen den Donausausbau, wo auch die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion der LINKEN im Bundestag, Eva Bulling-Schröter, sehr engagiert ist. Je größer das ökologische Profil der LINKEN ist, desto stärker wird die Zusammenarbeit mit uns auch sein. Wenn das alles nur Theorie bleibt, wird sich der Kontakt auch wieder reduzieren.

Fragen: Susanne Götze
Neues Deutschland, 5.11.2007

Klimakongress der Linkspartei

Rotes Herz und grüne Lunge

Marco Carini

Die Führung bemüht sich um ein ökologisches Profil mit eigenem Konzept: Sie verknüpft den Umweltschutz mit der Systemfrage und redet über die Enteignung der Stromkonzerne.
Der Bekehrer ließ sich selbst bekehren. Vor ein paar Jahren, gibt Gregor Gysi zu Beginn des Kongresses zu, habe er sich mit „ökologischen Fragen wenig beschäftigt“. Dann aber habe „der Wolfgang Methling das Umweltbewusstsein schrittweise in mich hineingetragen und mein Denken langsam geöffnet“. Der Angesprochene, acht Jahre lang in Mecklenburg-Vorpommern der bislang einzige Umweltminister der PDS auf Länderebene, lächelt dazu. Dass neben dem Bundestagsfraktionschef Gysi auch der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine am Freitag nach Hamburg angereist ist, um die dreitägige „energiepolitische Konferenz“ der Linken zu eröffnen, ist für ihn „eine Symbolik, auf die die Medien reagieren müssen“.
Die Botschaft, die der Kongress „klima & energie - macht -arbeit“, an dem über 200 Genossen teilnehmen, in die Öffentlichkeit tragen soll, ist: Die Partei, deren Herz links schlägt, hat ihre grüne Lunge entdeckt. Sie will nun auch auf diesem Politikfeld „voll konkurrenzfähig werden“: Es geht um die Wähler, denen Umweltpolitik eine Herzenssache ist und denen die Grünen nicht mehr links genug sind.
„Bislang gab es ein freundliches Desinteresse gegenüber ökologischen Fragen“, sagt Evelin Wittich, Geschäftsführerin der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung. Nun gelte es, „die Gleichrangigkeit von Ökologie und Ökonomie in unserer Partei zu verankern“, sagt Methling.
Vize-Parteichefin Katja Kipping kennt die internen Widerstände: Die Linke sei bei der Verteilungsfrage einer Wachstumsideologie verhaftet, frage beim Kampf um Jobs nicht nach einer ökologisch sinnhaften Produktion und renne bei jedem Straßenprojekt der Mehrheitsmeinung hinterher, dass neue Verkehrsadern einen Aufschwung für die Region bedeuteten. „Der blinde Ruf nach mehr Arbeit bringt uns nicht weiter“, so Kipping. „Mancher Arbeitsplatz muss aufgrund seiner schlechten Ökobilanz abgeschafft werden.“ Das trifft auf den Widerstand mancher Teilnehmer.
Die Linke will den Klimaschutz „mit der Systemfrage verknüpfen“. „Die Grünen können nie eine ökologische Partei sein, weil sie nicht antikapitalistisch sind“, gibt Gysi die Stoßrichtung vor. Der Kapitalismus könne „die ökologische Nachhaltigkeit nicht herstellen, weil es zu viele Widerstände der Konzerne“ gebe.
So steht auf der Hamburger Klimakonferenz vor allem die Frage nach einer Enteignung der Stromkonzerne und die Rekommunalisierung der Energieversor-gung im Vordergrund. Ein Argument dafür haben die in Hamburg Versammelten vor der Haustür, wo unter Regie der SPD die Hamburgischen Electricitäts-Werke an den Stromriesen Vattenfall veräußert wurden. Kaum war der Verkauf unter Dach und Fach, geriet Vattenfall durch Strompreiserhöhungen, Pannen bei seinen Atomreaktoren in Krümmel und Forsmark und den Plan, in Hamburg ein neues Mega-Kohlekraftwerk zu bauen, in die Schlagzeilen.
„Solche Privatisierungen sind ein Angriff auf den Klimaschutz“, sagt Kipping, die die Chance wittert, „an dieser Frage die linke Tradition des Kampfes um Verfügungsgewalt über Produktionsmittel“ neu zu beleben.
Die Umweltaktivisten von Greenpeace oder dem Bundesverband Erneuerbare Energien, die an dem Kongress teilnehmen, stehen den neuen Tönen aufgeschlossen, aber nicht ohne Vorbehalte gegenüber. Einerseits froh, einen neuen Bündnispartner in der Umweltfrage gefunden zu haben, „sind wir nach den Erfahrungen mit den Grünen doch skeptisch“, sagt Jochen Stay, Sprecher Anti-Atom-Initiative x-tausendmal-quer. Denn eines weiß er: Das Signal, das die Führung der Linken von Hamburg aussenden will, muss erst mal bei ihrer Basis ankommen.

tageszeitung, 5.11.2007 (Regionalteil Hamburg)
(mit freundlicher Genehmigung der taz - die tageszeitung)

weitere Beiträge zu Umweltthemen regelmäßig unter www.taz.de

Ohne Ökologie keine linke Politik

Über 400 Menschen bei der energiepolitischen Konferenz in Hamburg

Gilbert Siegler

Am 2. - 4.11.07 diskutierten über 400 Menschen auf der Konferenz klima & energie-macht-arbeit über eine ökologische, soziale, friedliche und gerechte Energiepolitik. In diversen Plenumsveranstaltungen, Foren und Arbeitsgruppen wurde engagiert über linke Alternativen für die Klima- und Energiepolitik diskutiert. Breite Übereinstimmung herrschte in der Überzeugung, dass diese Themen in das Zentrum linker Politik gehören. Das bekräftigten auch Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, die am Freitagabend zu über 300 Menschen aus Hamburg und der ganzen Bundesrepublik sprachen.
Der sich beschleunigende Klimawandel wird für die ganze Menschheit, vor allem aber für die Armen auf aller Welt dramatische Folgen haben, wenn die CO_2-Emissionen nicht bis Mitte dieses Jahrhunderts global um mindestens 50%, in den reichen Industrieländern wie Deutschland um 80-90% gesenkt werden.
Zugleich gehen die Ölvorräte in den nächsten Jahrzehnten zu Ende, planen die Energiekonzerne bis zu 49 neue Kohlekraftwerke, werden im Irak und anderswo Kriege um die Kontrolle der Ölreserven geführt, sind zwei Milliarden Menschen von Elektrizität ausgeschlossen, können hierzulande immer mehr Menschen ihre Heizkostenrechnung kaum noch bezahlen.
In den nächsten zwei Jahrzehnten wird mindestens die Hälfte des deutschen Kraftwerksparks erneuert. Die Konzerne setzen auf neue Braun- und Steinkohlekraftwerke. Sie wollen die Kapazitäten für den Stromexport erheblich ausweiten. Das Festhalten an der Kohleverstromung würde alle Bemühungen um Minderung der CO_2-Emissionen zunichte machen. Ein Verlust von ca. 45.000 Arbeitsplätzen im Energiebereich wäre eine weitere Folge, da moderne Großkraftwerke mit deutlich weniger Arbeitskräften auskommen.
Eine Energiewende ist gefragt. Statt Kohle- und Atomkraftwerken ist der konsequente Ausbau der dezentralen Energieerzeugung aus regenerativen Quellen (Wind, Wasser, Sonne, Biomasse, Erdwärme etc.) und ein Ende der Energieverschwendung notwendig. Das werden die Energiekonzernen (Vattenfall, E.on, RWE, EnBW) freiwillig nicht akzeptieren.
Die Energiekonzerne bereichern sich so unverschämt wie kaum ein anderer Wirtschaftsbereich auf Kosten der VerbraucherInnen. Öl- und Stromkonzerne blokkieren gemeinsam mit der Auto- und Flugzeugindustrie den notwendigen Strukturwandel in Richtung reduzierter und effizienter Energienutzung und erneuerbarer Energie. Energieversorgung sollte aber ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinvorsorge sein, die dem Gemeinwohl dient und nicht den Profitinteressen der Konzerne. Erste Schritte in diese Richtung wären eine wirksame Preisaufsicht, die gesetzliche Unterbindung des Baus neuer Kohlekraftwerke, die Abschöpfung der Extraprofite aus dem Emissionshandel durch eine Sondersteuer und die Überführung der Strom- und Gasnetze in die Öffentliche Hand. Dafür ist massiver politischer Druck notwendig. Ziel muss letztlich die Rekommunalisierung der Energieversorgung sein.
Eine Dezentralisierung und Kommunalisierung der Energieversorgung böte gute Voraussetzungen für eine wirksame demokratische Kontrolle. Zugleich entstünden zahlreiche qualifizierte neue Arbeitsplätze.
DIE LINKE lehnt den Einsatz militärischen, aber auch wirtschaftlichen und politischen Drucks zur Ressourcensicherung entschieden ab. Sie verurteilt die Beteiligung an oder Unterstützung für Kriege wie im Irak und Afghanistan oder von Kriegsdrohungen wie gegen den Iran.
Die Ökologiefrage stellen heißt die Systemfrage stellen. Eine sozial und ökologisch nachhaltige und auch international gerechte Klima- und Energiepolitik ist letztlich mit der Herrschaft des großen Kapitals, namentlich auch der Konzerne der Energiewirtschaft nicht zu vereinbaren. Wenn die Linke immer wieder diesen Zusammenhang betont, kämpft sie zugleich heute, wie in anderen Politkkfeldern auch, um jede kleine Verbesserung, um jeden kleinsten Schritt in die richtige Richtung.
Dass ökologische Fragen ein zentraler Bestandteil linker Politik sind - diese Erkenntnis ist nach der Konferenz nicht mehr wegzudiskutieren. Man kann Ökologe sein, ohne Sozialist zu sein, aber man kann kein Sozialist sein, ohne Ökologe zu sein.

Strommarkt - kartellartig verkrustet

Hans-Kurt Hill

Steigende Energiepreise sind für Privathaushalte und die klein- und mittelständischen Betriebe zu einem echten Ärgernis geworden. Leute mit kleinem Einkommen geraten zusehends in finanzielle Not. Obwohl die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland durchaus sparsam mit Energie umgehen, klettern die Preise weiter. Während die Verbraucherpreise allgemein seit Anfang 2004 um rund vier Prozent zulegten, stiegen die Belastungen für Strom, Wärme und Sprit im Durchschnitt um satte 30 Prozent. Dieses Missverhältnis ist Ausdruck völligen Marktversagens in einem Bereich, bei dem die Daseinsvorsorge eigentlich im Vordergrund stehen sollte.
Besonders drastisch ist die Entwicklung auf dem Strommarkt. Zum Juli dieses Jahres erhöhten über

100 Stromversorger die Tarife um bis zu 34 Prozent. Für einen durchschnittlichen Privathaushalt bedeutet das Mehrkosten von 60 bis 260 Euro im Jahr. Die Stromversorger begründen die massiven Preisaufschläge in der Regel mit höheren Beschaffungskosten bei den Brennstoffen, gestiegenen Belastungen durch erneuerbare Energien und administrativen Zusatzaufwand durch neue Verordnungen oder Gesetze.

Preiserhöhungen sind meist unbegründet

Bei näherem Hinsehen wird aber schnell deutlich, dass diese Argumente nicht haltbar sind und die Verbraucherinnen und Verbraucher an der Nase herumgeführt werden. Die Beschaffungskosten für Brennstoffe machen nur etwa zehn Prozent der Stromkosten aus. Wind-, Solar- und Bioenergie, die über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) per Umlage durch alle Stromverbraucher gefördert werden, schlagen lediglich mit drei Prozent zu Buche. Seit Anfang 2004 sind Strom- und Ökosteuer nicht mehr angehoben worden. Die unsinnige Mehrwertsteuererhöhung rechtfertigte höchstens einen Preisanstieg von zweieinhalb Prozent.
Hauptgrund für den ungebremsten Anstieg der Strompreise sind die kartellartigen Strukturen auf dem Strommarkt, die von der Bundesregierung sorgfältig geschützt werden. Die vier Energiekonzerne Eon, RWE, Vattenfall Europe und EnBW haben den Markt weitgehend untereinander in vier Versorgungszonen aufgeteilt, die sich kaum überschneiden. Sie liefern rund 80 Prozent der Kraftwerksleistung, sind alleinige Eigentümer der Übertragungsnetze und beeinflussen etwa die Hälfte der Stadtwerke durch Beteiligungen. Die auf dem Energiegipfel der Bundesregierung angekündigten Investitionen in Höhe von 30 Milliarden Euro in deren Infrastruktur aus Kohlekraftwerken und Höchstspannungsnetzen zementieren den Status quo der Großversorger. Dadurch können die Konzerne auch künftig ihre marktbeherrschende Stellung optimal nutzen und weitgehend frei über die Gestaltung der Energiepreise entscheiden.

Ein Selbstbedienungsladen für die Monopolisten

Allein für die Netznutzung kassieren die Energieversorger ordentlich ab. Sie macht rund ein Drittel der Stromrechnung eines durchschnittlichen Privathaushalts aus und liegt um bis zu 70 Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Die Netzentgelte betrugen 2006 rund 21 Milliarden Euro. Investiert in die Infrastruktur wurden aber nur 2,4 Milliarden Euro. Aufgrund der Marktmacht kommt es offensichtlich auch zu Manipulationen an der Strombörse. Hier wird der Marktpreis für Strom am teuersten Spitzenlast-Kraftwerk festgemacht. Diese Kraftwerke springen immer nur dann kurzzeitig an, wenn viel Energie gebraucht wird. Das ist in etwa so, als würde für alle Äpfel auf dem Wochenmarkt immer das teuerste Preisschild gelten - egal, ob das Obst wurmstichig ist oder nicht. So produzieren marode Braunkohleblöcke und gefährliche Atommeiler preiswerte Grundlast-Energie, die dann aber zu Höchstpreisen auf den Markt gebracht wird.
An der Strombörse halten die Monopolisten das Angebot knapp, weshalb der Strompreis zu Spitzenzeiten im Vergleich zum Durchschnittspreis um 30 Prozent überhöht ist. Allein das bescherte Eon & Co. im Jahr 2005 Sondergewinne von 650 Millionen Euro zu Lasten der Stromkunden. Noch einmal fünf Milliarden Euro jährlich stecken die Energieversorger durch den Emissionshandel in die eigene Tasche. Um den Ausstoß von Klimagasen einzuschränken, dürfen die Konzerne nur noch begrenzte Mengen Kohlendioxid (CO_2) in die Luft blasen. Dazu bekommen sie von der Bundesregierung in Form von Zertifikaten sogenannte Verschmutzungsrechte zugeteilt - und das kostenlos. Was nun nicht vorgesehen war: Die Energieversorger geben den Zertifikaten einen Marktwert, schlagen ihn auf den Strompreis auf und verbuchen die Milliarden als „unerwartete Gewinne“. Die Zeche zahlen auch hier die Verbraucherinnen und Verbraucher über ihre Energierechnung. Immerhin wird die Bundesregierung ab 2008 auf Druck der Opposition acht Prozent der Zertifikate versteigern.
Ein Aspekt in der Diskussion um die Strompreise wird häufig übersehen: Die fossil-atomare Stromerzeugung der Energiekonzerne verursacht erhebliche zusätzliche Kosten für die Allgemeinheit. Der Abbau und die Verstromung von Kohle und Uran verursachen dauerhafte Kosten, erzeugen messbare Gesundheits- und Umweltschäden, beschleunigen den Klimawandel, überlassen die Haftungsrisiken weitgehend den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und schwächen durch die Monopolgewinne die Sozialsysteme. Diese „externen Effekte“ belasten die deutsche Volkswirtschaft jährlich mit mehreren Milliarden Euro. Das heißt: Obwohl diese Kosten nicht auf der Stromrechung auftauchen, bezahlt sie jeder der 39 Millionen Privathaushalte in Deutschland über den Fiskus mit.
Bei Anlastung dieser Kosten beim Verursacher würde deutlich, was uns die einzelnen Energieträger wirklich kosten. Die Kosten der Atomwirtschaft sind schwer messbar. Tatsache ist aber, dass die Allgemeinheit das Haftungsrisiko für Reaktorunfälle tragen muss und kommende Generationen für die Endlagerkosten aufkommen. Davon wurden die Reaktorbetreiber weitgehend befreit. Ohne diese Regelungen wäre Atomkraft der mit Abstand teuerste Energieträger. Würden die externen Kosten der Braunkohle auf den Strompreis umgelegt, stiege dieser um 45 Prozent, Steinkohlestrom wäre 35 Prozent teurer.

Erneuerbare Energien sind Strompreis-Senker

Ein wachsender Anteil erneuerbarer Energien hingegen senkt die Kosten der Stromerzeugung erheblich, da von Solar- und Windstrom deutlich geringere volkswirtschaftliche Schäden ausgehen. Diese vermiedenen Kosten betrugen 2006 zusammen genommen 3,4 Milliarden Euro. Die Mehrkosten für Verbraucherinnen und Verbraucher durch das EEG betrugen 3,2 Milliar-

den Euro oder 0,63 Cent je Kilowattstunde. Volkswirtschaftlich betrachtet, werden die Umlagekosten des EEG also vollständig kompensiert. Wind- und Solartechnik entwickeln sich ohnehin weiter und werden mit wachsendem Anteil billiger, während der Preis für fossile Energieträger weiter steigt.
Noch vor 2020 werden die erneuerbaren Energien deshalb auf dem Preisniveau von Kohle und Co. angelangt sein. Aufgrund des zusätzlichen Angebots wird Windenergie an der Strombörse zum Teil schon jetzt billiger gehandelt als konventioneller Strom. Erneuerbare Energien sind damit der einzige Garant für stabile Strompreise. Diesen „Einbruch" in den Monopolmarkt wissen die vier großen Energieversorger zu bremsen. Nur 0,7 Prozent ihrer geplanten Investitionen gehen in diesen Bereich. Hauptsächlich setzen Eon & Co. auf weitere große Kohlekraftwerke, die eine dezentrale Versorgungsstruktur auf der Basis von effizienter Energienutzung und erneuerbarer Energien behindern.

Bundesregierung schützt das Stromkartell

Die Bundesregierung sieht dieser Entwicklung weitgehend tatenlos zu oder stärkt dem Energiekartell sogar noch den Rücken. Zum 1. Juli 2007 wurde die Strompreisgenehmigung der Länder aufgehoben. Bis dahin mussten sich die Konzerne ihre Tariferhöhungen noch genehmigen lassen, was wenigstens zu einer Mäßigung beim Strompreiszuschlag führte. Seither - und das ist auch der Grund für die jetzt horrenden Aufschläge beim Haushaltsstrom - soll es der Markt richten. Stattdessen will die Bundesregierung die Netzentgelte besser kontrollieren und hierüber Senkungen erwirken. Die Idee dahinter ist, dass mit diskriminierungsfreien Netzen, die jeder Anbieter braucht, um Stromkunden bedienen zu können, ein Markt mit sinkenden Strompreisen entsteht.
Das soll mit der sogenannten Anreizregulierung geschehen, die ab 2009 gilt. Die Netzbetreiber sollen zu einem „effizienten" Netzbetrieb angehalten werden. Sie dürfen nur noch bestimmte Kosten geltend machen, und ihnen wird eine Erlösobergrenze vorgegeben. Maßstab für den Netzbetrieb sollen die effizientesten Netzbetreiber sein. Wer seine Leitungen unwirtschaftlicher handhabt, zahlt drauf, da er nicht alle Kosten geltend machen darf. Wer effizienter als die Behördenvorgabe wirtschaftet, darf auch die Überschüsse bei den Kunden abrechnen. Dieses Vorgehen soll Anreize für sinkende Netzgebühren schaffen.
Netzregulierung wird weitgehend wirkungslos bleiben.
Was für große Netzbetreiber als Konzerne ohne Probleme zu schultern ist, kann für die kleinen Stadtwerke jedoch zur Überlebensfrage werden. Im Kleinen sind Effizienzgewinne nur begrenzt erreichbar - ein noch so engagierter Einzelhändler kann es trotz hoher Qualität bei den Preisen mit Aldi & Co. nicht aufnehmen. Viel problematischer ist aber, dass auch die Lohnkosten und betrieblichen Zusatzleistungen in die Effizienzrechnung mit einbezogen werden. Die Bundesnetzagentur als zuständige Behörde greift also gezielt in die Tarifautonomie ein und fördert das Lohndumping. Für die Übertragungsnetzbetreiber, also Eon, RWE, Vattenfall Europe und EnBW, sieht die Verordnung an den entscheidenden Stellen Vereinfachungen vor, so dass ihre Monopolstellung nicht gefährdet ist.
Kleine Stadtwerke befürchten als Folge der Anreizregulierung Gewinneinbrüche und Entlassungen, wenn sie zu übermäßigen Einsparungen im Netzbetrieb gezwungen werden. Das hätte zum Teil weitreichende Folgen. Viele Stadtwerke sind in öffentlicher Hand. Mit den Gewinnen aus dem Netzbetrieb werden vor Ort kommunale Aufgaben wie Busverkehr oder Kindergärten mit finanziert. Notorisch klamme Kommunen befürchten deshalb, dass die Anreizregulierung zum weiteren Niedergang kommunaler Daseinsvorsorge führt.
Für die Verbraucher zahlt sich die Netzregulierung kaum aus. Die Kostensenkungen werden erst fünf Jahre nach Einführung der Anreizregulierung wirksam, also frühestens 2013. Die Verbraucherzentrale geht dann davon aus, dass die Strompreise um 50 Euro pro Jahr sinken könnten. Allein die diesjährige Strompreiserhöhung von Vattenfall in Berlin führte aber zu Preiserhöhungen von durchschnittlich 60 Euro. Die Anreizregulierung ist damit für die Stromkunden weitgehend wirkungslos und benachteiligt kleine Energieversorger zugunsten der Monopolisten.

Dem Stromkartell die rote Karte zeigen

Verbraucherinnen und Verbrauchern, die nicht weiter bereit sind, der Preistreiberei tatenlos zuzusehen, bleibt nur der Weg zum Wechsel des Stromanbieters. Obwohl dies für viele Bürgerinnen und Bürger ungewohnt ist, zahlt sich dieser Weg aus. Ein Privathaushalt kann dabei leicht 200 Euro im Jahr sparen. Noch bis Anfang 2007 konnten viele Stromkunden bei überzogenen Tariferhöhungen die Zahlung gegenüber dem Stromanbieter verweigern, da ein Anbieterwechsel in der Vergangenheit schwierig war. Der Weg über diese sogenannte Billigkeitsklausel ist mittlerweile aber versperrt. Der Bundesgerichtshof hat in einem Grundsatzurteil festgestellt, dass es inzwischen ausreichend viele Anbieter auf dem Strommarkt gibt.
Tatsächlich gibt es jetzt zahlreiche echte Alternativen auf dem deutschen Strommarkt, und der Anbieterwechsel ist oft unproblematisch. Viele - auch Ökostromer - sind günstiger als die Monopolisten. Der Stromwechsel ist sehr einfach: Neuen Anbieter anrufen und Vertrag anfordern. Man braucht dann noch die Zählernummer und die bisherige Kundennummer. Den Papierkram mit dem alten Versorger erledigt der neue Stromanbieter. Informationen zum Anbieterwechsel findet man bei den Verbraucherzentralen oder unter www.linksfraktion.de.
Entscheidet man sich für einen Ökostrom-Anbieter, unterstützt man den Ausbau heimischer erneuerba-

rer Energien und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ökostrom trägt nicht nur zur Senkung der Strompreise bei, er bremst auch den Klimawandel und beschleunigt den Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie. DIE LINKE. unterstützt deshalb die Stromwechsel-Kampagne „Atomausstieg selber machen“, die von zahlreichen Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden getragen wird. Mehr Informationen dazu gibt es unter www.atomausstieg-selber-machen.de.

Hans-Kurt Hill aus dem Saarland ist energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Sozial gerechte linke Klimaschutzpolitik

Ordnungspolitische Maßnahmen, staatliche Investitionen und Besteuerung des Ressourcenverbrauchs

Franz Groll

1. Der Klimawandel erfordert tiefgreifende Veränderungen

Der Klimawandel ist in vollem Gange. Er erfordert eine rasche und konsequente Reduzierung des CO_2-Ausstoßes, sowie der anderen klimaschädlichen Gase. Nach den Berichten des UNO-Klimarates IPCC steht die Bewohnbarkeit großer Teile der Erde auf dem Spiel. Der Klimawandel ist von uns Menschen verursacht, vor allem durch die Wirtschaftsweise und die Konsumgewohnheiten in den Industrieländern und in zunehmendem Maße auch in den Schwellenländern. Die Lösung dieses Problems ist die größte Herausforderung für die Menschheit.
Die notwendigen Veränderungen erfordern neben einem veränderten Konsumverhalten neue Produktionsmethoden und neue Produkte, die sowohl bei der Herstellung wie beim Gebrauch einen immer geringeren Energieverbrauch verursachen. Der Umstieg zu Atomenergie ist dabei keine Lösung, da hier ein anderes, noch größeres Gefährdungspotential besteht, außerdem sind die nutzbaren Reserven an spaltbarem Material sehr gering.
Wenn der ökologische Umbau unserer Wirtschaftsweise weiter verzögert wird, ist er mit immer höheren Gefahren und Kosten verbunden. Außerdem werden ohne eine Veränderung unserer Wirtschaftsweise die Energie- und Rohstoffpreise in kurzer Zeit exorbitant steigen.
Beide Kostenfaktoren zusammen werden vor allem für die Menschen mit geringen Einkommen zu einer nicht mehr tragbaren Belastung, wenn nicht möglichst rasch und konsequent und sozial verträglich gehandelt wird.
Unsere klare Option für die wirtschaftlich benachteiligten Menschen erfordert deshalb ein ebenso klares Eintreten für ein zukunftsfähiges Wirtschaften. Die Ökologisierung der Wirtschaft steht nicht im Gegensatz zu unserer Politik der sozialen Gerechtigkeit, im Gegenteil, dies ist eine Bedingung für eine erfolgreiche soziale Politik, vorausgesetzt, dass die Ökologisierung sozial gerecht gestaltet wird.
Ökologische Politik ist auch eine Voraussetzung für unsere Friedenspolitik: Ohne massive Reduzierungen des Verbrauchs an Energie und Rohstoffen wird die Kriegsgefahr um die Rohstoffversorgung immer stärker.

2. Auswirkungen der Ökosteuer

Um den Verbrauch von Energie und Rohstoffen zu drosseln, wurde die Ökosteuer als Energiesteuer vorgeschlagen und in Deutschland ab 1999 bis Januar 2003 stufenweise eingeführt, allerdings mit vielen Ausnahmeregelungen für die Industrie. Der Erlös aus der Ökosteuer beträgt z.Z. etwa 21 Mrd. €; diese Einnahmen werden überwiegend zur Senkung der Rentenbeiträge verwendet, dies führte zu einer Senkung des Beitragssatzes um 1,7 %.
In der Realität hat sich die erhoffte, energiesparende Wirkung jedoch kaum merkbar eingestellt. Wegen des geringen Kostenanteils der Energie am BIP würde sich der gewünschte Effekt erst bei einer sehr hohen Energiebesteuerung erzielen lassen, dies ist aber politisch nicht durchsetzbar. Dazu kommt, dass die Ökosteuer seit Januar 2003 wegen der steigenden Rohölpreise nicht mehr erhöht wurde, und somit keine weitere nennenswerte Senkung der Bruttolohnkosten möglich war.
Auch mit der Art, wie die Ökosteuer erhoben wird, hat sie vier prinzipielle Nachteile.
1. Sie führt bei energieintensiven Branchen zu Wettbewerbsnachteilen, deshalb wurde sie gerade dort, wo sie am wirksamsten wäre, nicht eingeführt.
2. Nur etwa 40 % des Ökosteueraufkommens werden von den Unternehmen aufgebracht; da nur mit diesem Teil die Wirtschaftsweise der Unternehmen beeinflusst werden kann, hat die Ökosteuer zu wenig Anreizwirkung für rohstoffsparende Technologien.
3. Dadurch, dass nicht die Rohstoffe, sondern das Produkt Strom besteuert wird (und einige Produkte des Erdöls und Gas), wird auch der Strom aus Sonne-, Wind- und Wasserkraftwerken besteuert, was aber aus ökologischer Sicht unsinnig ist.
4. Sie ist nicht sozial ausgewogen, da mit den Einnahmen nur Einkommensbezieher entlastet wurden. Familien mit Kindern und RentnerInnen sind dadurch benachteiligt. Einen Ausgleich gab es nicht.
Die bisherige Ökosteuer kann daher kein Konzept der LINKEN sein.

3. Ausgabe bzw. Verkauf von CO_2 Zertifikaten

Die Ausgabe von CO_2-Zertifikaten war bisher völlig wirkungslos, da zu viele Zertifikate ausgegeben wurden, es bestand daher für die Unternehmen keine Notwendigkeit, in energiesparende Produktionsmethoden zu investieren.
Der Vorschlag, die CO_2-Zertifikate zu verkaufen, hat die gleiche Wirkung wie eine Energierohstoffsteuer, sie erhöht den Energiepreis, was einen sozialen Ausgleich erfordert.
Die von der EU beschlossene Methode hat den Nachteil, dass nur Großverbraucher betroffen sind und damit nur etwa 40 % der gesamten Emissionen direkt beeinflusst werden können.
Deutsche Firmen sind mit diesem System benachteiligt, da die Reduktionsvorgaben für Deutschland am höchsten sind. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass z.B. Zementwerke und Papierfabriken nach Frankreich abwandern, was letztlich wegen der längeren Transportstrecken eine Erhöhung des CO_2-Ausstoßes zur Folge hätte.

4. Sozial gerechte, linke Klimaschutzpolitik

Die Komplexität und die Dringlichkeit des Problems erfordern den Einsatz von vielen verschiedenen Maßnahmen. Ordnungspolitische Maßnahmen, also Vorschriften, können meistens kurzfristig erlassen werden und wirken in vielen Fällen schnell, sind aber nur in begrenztem Umfang möglich. Sie müssen klar definierbar und mit angemessenem Aufwand überprüfbar sein. Dazu zählen Vorschriften über die Isolierung der Gebäude, der maximal zulässige Kraftstoffverbrauch bei Kraftfahrzeugen oder der Schadstoffausstoß bei Heizungen und Motoren. Weitere 27 Vorschläge wurden bereits von der Bundestagsfraktion DIE LINKE als Gesetzentwurf eingebracht.
Staatliche Investitionen und Fördermaßnahmen sind notwendig, um weitere Techniken für den Klimaschutz zu erschließen und möglichst rasch in die Praxis zu überführen. Auch beim Ausbau einer energiesparenden Verkehrsinfrastruktur ist der Staat gefordert.
Das Ziel der Reduzierung des CO_2-Ausstoßes um 80 % kann aber nur dann erreicht werden, wenn zusätzlich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass die Unternehmen aus rationalen, betriebswirtschaftlichen Gründen verstärkt in die Rationalisierung des Rohstoff- und Energieverbrauchs investieren (müssen) und ihre Wirtschaftsweise dadurch zukunftsfähig machen. Nur dann, wenn die Unternehmen ihre Mitarbeiter für die Rationalisierung des Energie- und Rohstoffverbrauchs einsetzen und weniger für die Rationalisierung der Arbeit, werden wir das Ziel erreichen.
Dazu muss das Steuer- und Abgabensystem verändert werden.

Mit Steuern steuern

Heute wird der Produktionsfaktor Arbeit mit Sozialabgaben und hohen Steuern (ein Drittel des gesamten Steueraufkommens sind Lohnsteuern) um etwa 50 % direkt künstlich verteuert und damit sein Einsatz unattraktiv gemacht. Der zweite essentielle Produktionsfaktor, die Rohstoffe, werden dagegen gar nicht besteuert, der Verbrauch von Kohle wird sogar subventioniert. Nur einzelne Erzeugnisse aus dem Rohöl, Gas und Strom werden mit der Mineralöl- und der Ökosteuer belastet. Durch diese einseitige Verteuerung der Arbeit werden die Betriebe zu volkswirtschaftlichen Fehlinvestitionen getrieben, sie rationalisieren weiter die Arbeit, obwohl sie gar nicht knapp ist und die Rationalisierung des Rohstoffverbrauchs unterbleibt, obwohl genau das für die Zukunft dringend notwendig wäre. Unser derzeitiges Steuer- und Abgabensystem wirkt dem Klimaschutz entgegen.
Um diesen systematischen Fehler zu beheben, wurde die Ökosteuer eingeführt, die jedoch, wie oben beschrieben, falsch konzipiert ist.
Eine für den Klimaschutz wirksame und sozial gerechte Steuerreform muss neu konzipiert werden. Folgende Kriterien sind entscheidend:
1. Sie muss schon bei niedrigen Steuersätzen eine hohe Anreizwirkung für ressourcensparende Technologien ausüben, d.h. sie braucht eine breite Bemessungsgrundlage.
2. Sie muss für die Wirtschaft kalkulierbar sein
3. Sie darf nicht zu Wettbewerbsverzerrungen mit im Ausland produzierten Waren führen
4. Sie muss das Konsumverhalten beeinflussen
5. Sie muss dazu führen, dass der Sozialbeitrag der Unternehmen auch entsprechend dem Ressourcenverbrauch entrichtet wird
6. Sie muss sozial gerecht sein.

Das Konzept der Ressourcensteuer

Damit die oben genannten Ziele erreicht werden, müssen in Zukunft, neben den ordnungspolitischen Maßnahmen und den staatlichen Investitionen, die Preise für alle Rohstoffe (nicht nur für Energierohstoffe) durch ein Nutzungsentgelt, ich nenne es Ressourcensteuer, Schritt für Schritt, aber zügig und für die Wirtschaft kalkulierbar, erhöht werden. Dadurch können und werden die Betriebe die Produktionskosten weniger durch Arbeitsrationalisierung sondern durch Ressourcenrationalisierung zu senken versuchen. Das heißt: Sie investieren in neue Verfahren, Materialien und Produkte, um mit immer weniger Ressourcen auszukommen! Dafür werden zusätzliche Arbeitkräfte gebraucht.
Rohprodukte zur Erzeugung von Nahrungsmitteln sind selbstverständlich von dieser Maßnahme ausgenommen, es sind keine Rohstoffe im hier verstandenen Sinn.
Besteuert werden alle im Inland abgebauten oder geernteten (Biomasse zur Energieerzeugung) und importierten Rohstoffe. Importierte Halbfabrikate werden entsprechend ihrem Rohstoffkostenanteil besteuert. Waren, die im Ausland produziert werden, müssen bei der Einfuhr ebenfalls mit einer ent-

sprechenden, anteiligen „Ressourcen-Umsatzsteuer“ belegt werden, sonst würden die Betriebe begünstigt, die im Ausland produzieren. Diese Steuer wird zusammen mit der Einfuhrumsatzsteuer erhoben und erfordert daher wenig zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Beim Export von Waren wird diese Steuer zusammen mit der Umsatzsteuer zurückerstattet. Unsere Betriebe werden also mit der Erhebung einer Ressourcensteuer weder beim Export, noch durch den Import benachteiligt. Wie wir später noch feststellen werden, werden sie damit sogar begünstigt.
Die Ressourcensteuer wird einmal erhoben und ist dann Bestandteil des Preises, sie wird also nicht wie die Mehrwertsteuer verrechnet.
Die Erhebung einer zusätzlichen Steuer, die ausschließlich von den Unternehmen zu entrichten ist, würde eine allgemeine Teuerung hervorrufen. Da diese Steuer aber nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern erfolgt, sondern um unsere Wirtschaftsweise in die richtige Richtung zu steuern, müssen die Einnahmen in geeigneter Form wieder zurückerstattet werden. Dazu bieten sich zwei Varianten an, die beide der Erhaltung bzw. Wiedergewinnung des sozialen Gleichgewichts dienen:
a) Verwendung der Steuereinnahmen zur Mitfinanzierung der Sozialversicherungen
b) Direkte Auszahlung an alle BürgerInnen und - entsprechend der Anzahl der Beschäftigten - an die Unternehmen

Zu a)
Bei dieser Variante werden die Einnahmen aus der Ressourcensteuer zur Absenkung der lohnbezogenen Sozialbeiträge der Unternehmen benutzt. Dies führt zu einer Senkung der so genannten Lohnnebenkosten und somit der gesamten Lohnkosten, jedoch ohne eine Senkung der Sozialleistungen, was ganz entscheidend ist. Um vor allem die Arbeitsplätze zu entlasten, die von der Rationalisierung und den Verlagerungen in Niedriglohnländer betroffen sind, schlage ich vor, dass nicht der Beitragssatz gesenkt, sondern ein Freibetrag eingeführt wird. Damit werden die Kosten für jeden Arbeitsplatz in gleicher Höhe reduziert, prozentual aber sinken die Kosten für die geringer entlohnten Tätigkeiten stärker. Nach meinen Erhebungen könnten für 10 % Ressourcensteuer die ersten 200 € an monatlichen Lohnzahlungen für den Arbeitgeber sozialbeitragsfrei bleiben. Das bedeutet bei einem Sozialbeitragssatz von 20 % für jeden sozialbeitragspflichtigen Arbeitsplatz eine Entlastung um 480 € pro Jahr unabhängig von der Lohnhöhe. Da die Ressourcensteuer jährlich nach einem festen Plan angehoben werden muss, um den gewünschten Steuerungseffekt zu erzielen und um den Unternehmen Kalkulationssicherheit zu geben, wären bei einer jährlichen Anhebung der Ressourcensteuer um 6 % nach 7 Jahren die ersten 1000 € frei von Sozialabgaben, dies bedeutet eine Entlastung jedes Arbeitsplatzes um 2 400 € pro Jahr, wohlgemerkt ohne eine Reduzierung der Sozialleistungen.
Mit dieser Maßnahme bleibt der Preis aller Produkte und Dienstleistungen, die im Inland hergestellt werden, im gesamten Durchschnitt gleich teuer, denn die Summe der Steuern und Abgaben für die Betriebe bleiben gleich hoch. Es verändert sich lediglich das Kostengefüge. Da die Rohstoffpreise steigen und die Arbeitskosten sinken, werden alle Produkte, deren Produktion mit viel Rohstoffverbrauch verbunden ist, teurer, solche mit geringem Rohstoffverbrauch werden dagegen billiger, allen voran die Dienstleistungen. Dies wird nicht nur dazu führen, dass die Unternehmen versuchen werden mit weniger Rohstoffen auszukommen - dazu wird sie der Wettbewerb zwingen. Es wird auch zu einer Veränderung des Konsumverhaltens führen, hin zu Produkten mit geringerem Rohstoffverbrauch. Dies wird auch zu neuen Marketing- und Servicestrategien führen. Es ist zu erwarten, dass wesentlich langlebigere Produkte auf den Markt kommen werden, verbunden mit den erforderlichen Service- und Reparaturangeboten.

Zu b)
Die zweite Möglichkeit ist, dass die Einnahmen aus dieser Besteuerung der Rohstoffe an alle Personen (also vom Kleinkind bis zum Greis) und an die Betriebe für jeden Beschäftigten in gleicher Höhe ausbezahlt werden. Dies wird im Kanton Basel schon mit der Rückerstattung der Stromsteuer so praktiziert. Betriebe, die ökologisch bewusst wirtschaften und mehr Mitarbeiter beschäftigen, sind dadurch im Vorteil. Und wer ökologisch bewusst konsumiert, also Produkte mit geringem Rohstoffverbrauch kauft oder Dienstleistungen in Anspruch nimmt, die kaum einen Rohstoffverbrauch verursachen, erhält dadurch einen „Ökobonus“, weil er gleich viel zurückerstattet bekommt wie der ökologisch weniger bewusste Verbraucher und alle die überdurchschnittlich viel verbrauchen; diese werden höher belastet. Es ist also eine sozial wirksame Umverteilung und gleichzeitig ein Beitrag zur Erhaltung der Lebensgrundlagen.
Bei diesem Verfahren steigt zwar nominal das Preisniveau, es wird aber durch die Rückerstattung der Einnahmen aus der Ressourcensteuer wieder ausgeglichen.
Aus der Sicht der sozialen Verträglichkeit ist die Variante b) günstiger, weil sie gleichzeitig zu einer Umverteilung von oben nach unten beiträgt. Die Variante a) ist aber effektiver, da der Arbeitseinsatz um den Faktor 3 stärker verbilligt wird als bei der Variante b). Da deshalb mit der Variante a) die Arbeitslosigkeit schneller zurückgehen wird als mit der Variante b), was ein ganz wesentlicher sozialer Sekundäreffekt darstellt, ist die Variante a), verbunden mit zusätzlichen sozialen Maßnahmen, zu bevorzugen. Erforderlich wäre z.B. die Erhöhung des Wohngeldes.
Die Wirkung der Variante a) könnte noch verstärkt werden, wenn die verbleibenden Sozialabgaben der Unternehmen nicht nur nach der Lohnsumme berechnet werden, sondern nach der gesamten Wertschöpfung. In diesem Fall würden die Bruttolöhne noch

schneller sinken und die Wertschöpfungsgewinne, durch den Import billiger Vorprodukte aus Niedriglohnländern und den Einsatz von Kapital, zur Finanzierung der Sozialkosten mit herangezogen.
Ich höre öfters den Einwand: Die Ressourcensteuer sei eine indirekte Steuer, indirekte Steuern seien per se ungerecht, aus diesem Grund sei die Ressourcensteuer abzulehnen. Ob die direkten Steuern generell gerechter sind als indirekte, möchte ich hier nicht diskutieren. Ich bin aber der Meinung, dass die Ressourcensteuer die gerechteste Steuer überhaupt ist, denn auf die Nutzung der natürlichen Ressourcen haben alle Menschen, die heute wie zukünftig lebenden, das gleiche Anrecht. Ihre Nutzung zum Zwecke der Gewinnerwirtschaftung kann daher nicht frei sein, denn dadurch wird ihre Nutzung jedes Einzelnen eingeschränkt. Es ist deshalb sogar ungerecht, die Ressourcensteuer nicht zu erheben.
Außerdem ist die Ressourcensteuer gar keine indirekte, sondern wie die Lohnsteuer eine direkte Steuer. In beiden Fällen wird auf den Preis des Produktionsfaktors direkt eine zusätzliche Steuer erhoben.
Wirtschafts- und sozialpolitisch wird diese grundsätzliche Veränderung der Rahmenbedingungen folgende Auswirkungen haben:
- Die Arbeitslosigkeit wird sukzessive abgebaut, denn es werden zusätzlich Arbeitskräfte benötigt, die neue, ressourcensparende Verfahren und Produkte entwikkeln und es verlieren weniger Menschen durch die Rationalisierung der Arbeit ihren Arbeitsplatz.
- Der höhere Beschäftigungsgrad führt zu einer höheren Kaufkraft, belebt dadurch die Inlandsnachfrage und führt zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen und zu einer Senkung der Staatsausgaben.
- Dadurch wird der Staat wieder handlungsfähig, kann wieder mehr Personal beschäftigen und es wird die Möglichkeit des allmählichen Abbaus der Staatsschulden eröffnet.
- Durch die sinkenden Lohnkosten und die Rückerstattung der Ressourcen-Umsatzsteuer beim Export wird die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe weiter gestärkt. Dies eröffnet den Gewerkschaften neue Verhandlungsspielräume für bessere Tarifabschlüsse bei Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen.
- Durch diese Politik wird unsere Industrie in die Entwicklung von zukunftsfähigen Technologien geführt, dies erhöht ihre Chancen auf dem Exportmarkt.
- Diese Veränderung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird auch dazu führen, dass insgesamt die Materialströme geringer werden und weniger Arbeitsplätze in Niedriglohnländer verlagert werden. Beides zusammen ergibt einen Rückgang des Transportvolumens. Anstatt in unsinnige Straßenbauprojekte investieren zu müssen, kann der Staat weitere Mittel in Bildung und Forschung investieren, um unsere Wirtschaftsweise noch schneller zukunftsfähig zu machen.
- Mit dieser Politik wird der Verbrauch an natürlichen Ressourcen reduziert, dies ist eine wichtige Voraussetzung für unsere konsequente Friedenspolitik.

Diese Veränderungen führen zwar für einige Jahre zu einer wirtschaftlichen Belebung, sprich Wachstum, was nicht das eigentliche Ziel ist. Das wichtigste Ziel ist, den Ressourcenverbrauch zu drosseln, dazu sind mehr Arbeitskräfte erforderlich. Je mehr Arbeitskräfte wir dazu einsetzen, desto schneller kommen wir diesem Ziel näher. Wir tun gut daran, dies jetzt zu tun, so lange die geburtenstarken Jahrgänge noch im erwerbsfähigen Alter sind und die hohe Arbeitslosigkeit herrscht. So lange nicht alle Arbeitskräfte genutzt sind, können wir diese Aufgabe ohne Wohlstandsverlust erreichen, im Gegenteil, wir werden für die Arbeitslosen den Wohlstand erheblich steigern.
Mit dieser Maßnahme werden die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen initiiert, mit denen die kommenden geburtenschwachen Jahrgänge entlastet werden und wir erhalten für die zukünftigen Generationen die Lebensgrundlagen. So werden aus den Zukunftsängsten Zukunftshoffnungen

Franz Groll ist Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes DIE LINKE Baden-Würtemberg

Die heimliche Absicht hinter den Bio-Sprit-Plänen der Bush-Administration

Kauft Futtermais: Sie hören gerade damit auf, ihn herzustellen ...

F. William Engdahl

Die Schale Kellogg‘s Cornflakes auf dem Frühstückstisch oder die Portion Nudeln oder Mais-Tortillas, Käse oder Fleisch auf dem Tisch werden im Laufe der kommenden Monate teurer werden, so sicher wie die Sonne im Osten aufgeht. Meine Damen und Herren, willkommen zum Lebensmittelpreisschock in der Neuen Welt, passend gelegt, um unseren gegenwärtigen Ölpreisschock zu begleiten.
Merkwürdiger- und vielsagenderweise ähnelt er in vieler Hinsicht den Ereignissen in den frühen 1970er Jahren, als die Preise für Öl und für Lebensmittel innerhalb weniger Monate um mehrere 100 Prozent explosionsartig anstiegen. Diese Preisexplosion Mitte der 1970er brachte Präsident Nixon dazu, seinen alten Kumpel Arthur Burns, damals Vorsitzender der Federal Reserve Bank zu bitten, einen Weg zu finden, den CPI-Preisindex (CPI = Consumer Price Index) zu ändern, um die Aufmerksamkeit von den steigenden Preisen abzulenken. Das Ergebnis war die mittlerweile alltägliche Veröffentlichung absurder „Kerninflationszahlen“ - der Preisindex ohne Öl und Lebensmittel. Stephen Roche war der junge Ökonom

bei der Fed, der von Burns mit der Manipulation der Statistiken beauftragt wurde.
Der amerikanische Satiriker Mark Twain bemerkte in seinen alten Tagen einmal: „Kauft Land! Sie haben aufgehört, es herzustellen...“ Heute können wir fast dasselbe über Mais oder alle anderen Getreidesorten in der Welt sagen. Die Welt befindet sich in den ersten Monaten des größten nachhaltigen Anstiegs der Getreidepreise seit drei Jahrzehnten, und zwar für alle wichtigen Getreidesorten wie Mais, Weizen, Reis. Diese drei Nutzpflanzen stellen annähernd 90 Prozent des gesamten in der Welt angebauten Getreides.

Washingtons kalkulierter und absurder Plan

Was bewirkt diesen außerordentlichen Wandel? Hier wird es ziemlich interessant. Die Bush-Administration unternimmt große Anstrengungen in ihrer Öffentlichkeitsar-beit, um die Welt zu überzeugen, daß sie sich zu einem „besseren Hüter der Umwelt“ gewandelt hat. Das Problem ist, daß viele auf die Werbung hereingefallen sind.
Im Zentrum des Programms, das Bush in seiner Rede zum Zustand der Union im Januar ankündigte, wird „20 bis 10“ genannt - den Benzinverbrauch in den USA bis 2010 um 20 Prozent senken. Der offizielle Grund lautet, „die Abhängigkeit von importiertem Öl zu verringern“, sowie die unerwünschten Emissionen von „Treibhausgasen“ zu verringern. Das stimmt zwar nicht, aber es macht einen guten Eindruck. Wenn man es oft genug wiederholt, werden es vielleicht die meisten Leute glauben. Vielleicht bekommen sie nicht mit, wie die Förderung von Ethanolmais statt Futtermais mit ihren Steuergeldern gleichzeitig den Preis für ihr tägliches Brot durchs Dach treibt.
Das Herzstück des Plans ist eine großangelegte, vom Steuerzahler bezahlte Ausweitung des Einsatzes von Bio-Ethanol als Treibstoff für den Straßenverkehr. Der Plan des Präsidenten erfordert die Produktion von 35 Milliarden Gallonen (ca 133 Milliarden Liter) Ethanol pro Jahr. Dies soll bis 2017 erreicht sein. Der Kongreß hat mit dem Energy Policy Act im Jahr 2005 bereits bestimmt, daß die Produktion von Ethanol aus Mais von 4 Milliarden Gallonen im Jahr 2006 auf 7,5 Milliarden Gallonen im Jahr 2012 ansteigen muß. Um sicherzustellen, daß dies auch geschieht, erhalten Farmer und die Giganten der Agrarindustrie wie ADM oder David Rockefeller großzügig bemessene Subventionen, um Mais zur Ethanolgewinnung anstatt als Nahrungsmittel anzubauen. Gegenwärtig erhalten Ethanolproduzenten in den Vereinigten Staaten einen Zuschuß von 0,51 US Dollar pro Gallone Ethanol, die an das Unternehmen gezahlt wird, das das Ethanol zum Verkauf mit Benzin mischt. In der Regel ist dies eine Ölfirma.
Als Ergebnis dieser wunderbaren Zuschüsse für die Produktion von Bio-Ethanol von Seiten der US-Regierung und der gesetzlichen Bestimmungen investiert die US Raffinerie-Industrie massiv in den Bau neuer spezieller Destillieranlagen, die Ölraffinerien ähnlich sind, aber Ethanol produzieren. Die Zahl der gegenwärtig in Bau befindlichen Destillieranlagen übersteigt die Zahl von Ölraffinerien, die in den USA im Laufe der letzten 25 Jahre gebaut wurden. Wenn diese Destillieranlagen im Laufe der nächsten 2-3 Jahre fertiggestellt sind, wird sich die Nachfrage für Mais und anderes Getreide für die Ethanolproduktion für Autotreibstoff im Vergleich zum gegenwärtigen Stand verdoppeln.
Nicht nur die Nachfrage für Bio-Ethanol aus den USA. Im März traf sich Bush mit dem brasilianischen Präsidenten, um einen bilateralen „Ethanol-Pakt“ zu unterschreiben, um in Forschung und Entwicklung von Technologien der „nächsten Generation“ zur Herstellung von Bio-Treibstoff wie etwa der Produktion von Zellulose Ethanol aus Holz zusammenzuarbeiten. Des weiteren will man kooperieren, um den Einsatz von Bio-Treibstoffen in Entwicklungsländern, vor allem in Südamerika zu „stimulieren“ und ein OPEC-ähnliches Kartell für Bio-Treibstoffe mit Regeln schaffen, die die Schaffung eines Ethanolmarktes für die westliche Hemisphäre ermöglichen.
Kurz gesagt wird die weltweite Nutzung von Anbauflächen für Bio-Ethanol und anderen Bio-Treibstoffen in Washington, Brasilien und anderen Wirtschaftszentren, darunter auch der EU, als eine bedeutende neue Wachstumsindustrie gehandelt - also die Verbrennung von Nahrungsmitteln anstatt sie für die Ernährung von Menschen oder als Tierfutter zu verwenden.

Fadenscheinige grüne Argumente

Bio-Treibstoff beziehungsweise aus Nahrungsmitteln hergestellter Treibstoff wird als Lösung für das kontroverse Problem der globalen Erwärmung angepriesen. Gefälschte wissenschaftliche Ergebnisse und politische Interessen hinter der plötzlichen Aufregung über die Gefahren der globalen Erwärmung einmal beiseite gelassen, bieten die Bio-Treibstoffe in der Bilanz selbst unter besten Bedingungen keine Vorteile im Vergleich zum Öl. Die Befürworter von Bio-Treibstoffen behaupten, daß Bio-Treibstoffe der ersten Generation „bis zu 60 Prozent weniger CO_2-Emissionen verursachen.“ Auch sind angesichts steigender Ölpreise von 75 US Dollar pro Barrel Erdöl von der Brent Qualität Regierungen wie die Brasiliens ganz wild darauf, importiertes Benzin durch selbst hergestellten Bio-Treibstoff zu ersetzen. In Brasilien haben heute 70 Prozent aller Autos „flexible“ Motoren, die in der Lage sind, von konventionellem Benzin auf reinen Bio-Treibstoff sowie auf jede Mischung von Benzin und Bio umzuschalten. Die Produktion von Bio-Treibstoff ist auch zu einer von Brasiliens bedeutendsten Exportindustrien geworden.
Die grünen Behauptungen, daß Bio-Treibstoffe umweltfreundlicherer und besserer Treibstoff seien als Benzin, sind bestenfalls zweifelhaft, wenn nicht geradewegs betrügerisch. Je nachdem wer die Tests durchführt, wirkt sich Ethanol, wenn überhaupt, nur wenig auf die Auspuffgase bei gängigen Autotypen aus. Bei der Verbrennung entstehen in jedem Fall

bedeutende Mengen einiger Giftstoffe, darunter Formaldehyd und Azetaldehyd, ein mutmaßliches Nervengift, das in Kalifornien als krebserregend verboten ist. Ethanol ist keine irgendwie gutartige Substanz, wie uns die Propaganda der Industrie glauben machen will. Es ist höchst korrosiv und greift Pipelines ebenso an wie die Dichtungen und Treibstoffsysteme von Autos und anderen benzinverbrennenden Motoren. Es macht spezielle neue Benzinpumpen erforderlich. Alle diese Umstellungen kosten Geld.

Aber der ultimative Nachteil von Ethanol ist, daß es wenigstens 30 Prozent weniger Energie pro Gallone enthält als normales Benzin, was für eine 85 prozentige Ethanol-Mischung eine geringere Treibstoffeffizienz von wenigstens 25 Prozent im Vergleich zu Benzin bedeutet. Kein Befürworter des Ethanol-Firlefanz spricht die enormen sozialen Kosten an, die beginnen sich auf die Eßtische in den USA, Europa und dem Rest der Welt auszuwirken. Lebensmittelpreise explodieren, und die Preise für Mais, Sojabohnen und alle Arten von Getreide erreichen wegen der astronomischen - vom Kongreß angeheizten - Nachfrage für Mais zur Verbrennung als Bio-Treibstoff schwindelerregende Höhen.

Das Massachusetts Institute of Technology (MIT) hat in diesem Jahr einen Bericht herausgegeben, der zu dem Schluß kommt, daß die Verwendung von Ethanol aus Mais anstelle von Ethanol keine Auswirkungen auf den Ausstoß von Treibhausgasen haben wird und sogar den Verbrauch von fossilen Brennstoffen noch erhöht, da die Nachfrage für Düngemittel und Bewässerung für die Ausweitung der Anbauflächen für Pflanzen zur Ethanolerzeugung stiege. Zudem stellt dem MIT zufolge „der Verbrauch von Erdgas 66 Prozent der gesamten aus Mais-Ethanol gewonnenen Energie dar“, was neue große Belastungen für die Versorgung mit Erdgas bedeutet und die Preise auch hier in die Höhe treibt.

Die Vorstellung, daß sich die Welt mit landwirtschaftlich erzeugten Bio-Treibstoffen aus der Abhängigkeit vom Erdöl befreien könnte ist Propaganda, mit der uns die größte Bedrohung für die Lebensmittelversorgung auf dem Planeten seit der Kreation von patentiertem genmanipuliertem Mais und anderen Anbaupflanzen verkauft werden soll.

US-Farmen werden Fabriken für Bio-Treibstoff

Der Hauptgrund dafür, daß die Getreidepreise in den letzten zwei Jahren in den USA und weltweit rasant gestiegen und jetzt vorprogrammiert sind, noch weiter anzusteigen, ist die Umwandlung von Anbauflächen in den USA zu de-facto-Bio-Treibstoff-Fabriken. Im Jahr 2006 wuchs die Anbaufläche für Pflanzen zur Herstellung von Bio-Treibstoff um 48 Prozent. Nichts von diesem Land wurde für den Anbau von Nahrungspflanzen ersetzt. Die steuerliche Unterstützung macht es allzu profitabel, Ethanol-Treibstoff herzustellen.

Seit 2001 ist die Menge Mais, die zur Herstellung von Bio-Ethanol eingesetzt wird, um 300 Prozent gewachsen, Trend steigend. Tatsächlich war 2006 die Menge von Mais zur Treibstoffherstellung in Tonnen gleich der Menge des für den Export bestimmten Mais. Für das Jahr 2007 wird geschätzt, daß sie die Menge des Exportmais beträchtlich übersteigen wird. Die USA sind der weltweit führende Exporteur von Mais. Das meiste geht als Viehfutter in die EU und in andere Länder. Die herkömmlichen Statistiken der USDA (US Department for Agriculture) über Anbauflächen für Mais sind kein brauchbares Maß mehr für die Lebensmittelpreise, da alle Kleinanbauflächen für Mais für Bio-Treibstoff verwendet werden. Die Ackerfläche, die für Futterpflanzen und menschliche Nahrung zur Verfügung steht, nimmt in Wirklichkeit ab.

Auf ähnliche Weise widmen Brasilien und China große Anbauflächen für die Gewinnung von Bio-Treibstoff.

Ein Ergebnis der Bio-Treibstoff-Revolution in der Landwirtschaft ist, daß die Überjahresspeicherung (also das, was im laufenden Jahr nicht verbraucht wurde und als Reserve ins folgende Jahr mitgenommen wird, A.d.Ü.) in sechs der letzten sieben Jahre abgenommen hat. Überjahresspeicherungsreserven aller Getreidesorten fiel Ende 2006 auf Vorräte für 57 Tage. Das ist der niedrigste Stand seit 1972. So verwundert es nicht, daß die Getreidepreise auf dem Weltmarkt in den letzten 12 Monaten um 100 Prozent stiegen. Und das ist nur der Anfang.

Es ist vorprogrammiert, daß diese Abnahme der Getreidevorräte, Maß für Ernährungssicherheit im Falle von Trockenheit oder Fehlernten - zunehmend normale Ereignisse in den letzten Jahren - in absehbarer Zeit weitergehen wird. Geht man von einem moderaten Anstieg der Weltbevölkerung im Laufe des nächsten Jahrzehnts aus, vor allem auf dem indischen Subkontinent und in Afrika, dann bedeutet die Stagnation oder gar die Verminderung der jährlich geernteten Tonnen Futtermais oder anderen Futtergetreides und Reis, bei gleichzeitigem Einsatz wachsender Mengen für die Produktion von Bio-Ethanol und anderen Bio-Treibstoffen, daß wir tatsächlich am Beginn der größten Umwandlung der globalen Landwirtschaft seit der Einführung des Agribusiness mit der „grünen“ Revolution durch den Einsatz von Düngemitteln und mechanisierter Landwirtschaft nach dem Ende des zweiten Weltkriegs stehen. Der Unterschied bei dieser Revolution ist, daß sie auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion geht. Das programmiert global explodierende Getreidepreise vor. Gleichzeitig wird der Effekt auf die Benzinimporte minimal sein.

Professor M.A. Altieri von der Universität Berkeley schätzt, daß, wenn man die gesamte Anbaufläche für Mais und Sojabohnen in den USA für die Produktion von Bio-Treibstoffen einsetzte, dies nur 12 Prozent des Benzinbedarfs und sechs Prozent des Bedarfs an Diesel deckte. Er merkt an, daß ein Fünftel (20 Prozent) der Maisernte des letzten Jahres für die Herstellung von Bio-Ethanol verwendet wurde, dieses aber nur drei Prozent des Energiebedarfs deckte. Aber Anbauflächen werden in Rekordtempo umgewandelt. Im Jahr 2006 gingen mehr als 50 Prozent der Maisernte von Iowa und South Dakota an Ethanol-Raf-

finerien. Im ganzen Mittelwesten geben Farmer das traditionelle Prinzip des Fruchtwechsels auf, um ausschließlich Sojabohnen oder Mais anzubauen, weil sie nach Jahren fallender Preise für Mais dringend neue Einkünfte brauchen. Dies hat dramatische Auswirkungen auf die Bodenerosion und schafft zusätzlichen Bedarf für chemische Pestizide. In den USA werden schon jetzt 41 Prozent aller insgesamt eingesetzten Herbizide beim Mais eingesetzt. Monsanto und andere Hersteller von glyphosathaltigen Herbizden wie Roundup zeigen jedenfalls ein eindeutiges Lächeln, wenn sie zur Bank gehen.

Globalisierung der Bio-Treibstoffe

Der Pakt zwischen Bush und Lula ist nur der Beginn eines globalen Runs, Feldfrüchte zur Gewinnung von Bio-Treibstoff anzubauen. Wiesenland und Wälder in Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Ecuador und Paraguay weichen riesigen Plantagen von Zuckerrohr, Palmenöl und Soja für die Herstellung von Bio-Treibstoff. Der Anbau von Soja hat die Entwaldung von 21 Millionen Hektar in Brasilien und von 14 Millionen Hektar in Argentinien verursacht und ein Ende ist nicht in Sicht. Gleichzeitig steigen die Getreidepreise. Soja wird zur Herstellung von Bio-Treibstoff verwendet.
China, das verzweifelt nach Energiequellen Ausschau hält, ist ein Hauptprotagonist bei der Kultivierung von Bio-Treibstoffen, wodurch die Anbauflächen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln auch dort verringert werden. In der EU wird der meiste Bio-Diesel aus Raps gewonnen, einer populären Futterpflanze.* Das Ergebnis? Die Preise für Fleisch steigen weltweit, und soweit man bis jetzt sehen kann, werden sie dies auch weiter tun. Die EU hat als Ziel einen Mindestanteil von Bio-Treibstoffen von zehn Prozent vorgegeben, ein törichtes Vorhaben, das 18 Prozent der Anbauflächen in Europa dem Anbau von Feldfrüchten widmen wird, die als Bio-Treibstoff verbrannt werden sollen.
Auch der Run auf Bio-Treibstoffe wird von den großen Ölkonzernen gelenkt. Professor David Pimentel von der Cornell Universität und andere Wissenschaftler behaupten, daß der Netto-Energieertrag von Bio-Ethanol geringer ist als die Energie aus den fossilen Brennstoffen, die zur Herstellung des Ethanols eingesetzt werden. Indem er alle zur Herstellung von Ethanol aufzuwendende Energie maß, von der Produktion von Stickstoff-Dünger bis hin zu der Energie, die benötigt wird, den beträchtlichen Abfall aus den Raffinerien für Bio-Treibstoff zu beseitigen, zeigten Pimentels Unter-suchungen einen Netto-Energieverlust von 22 Prozent für Bio-Treibstoff - ihre Herstellung kostet mehr Energie, als sie liefern. Das stellt kaum eine Bedrohung für die Nachfrage nach Öl dar, so daß die Ölkonzerne weiter riesige Gewinne einstreichen können, während sie sich gleichzeitig ein „grünes“ Profil geben.
Von daher verwundert es nicht, daß ExxonMobil, Chevron und BP alle in Bio-Treibstoffe investieren. Im vergangenen Mai kündigte BP den größten jemals an eine Universität vergebenen Forschungs- und Entwicklungszuschuß aller Zeiten an, 500 Millionen US Dollar an die Universität von Kalifornien in Berkeley für die Finanzierung von Forschung und Entwicklung von alternativen Energien, darunter auch Bio-Treibstoffe, nach den Vorgaben von BP. Das Forschungsprogramm über globales Klima und Energien der Stanford Universität erhielt 100 Millionen US Dollar von Ex-xonMobil, die Universität von Kalifornien-Davis erhielt 25 Millionen US Dollar von Chevron für seine Forschungsgruppe Bio-Energien. Die Initiative zur Begrenzung von Kohlendioxyd der Universität Princeton nimmt 15 Millionen US Dollar von BP.
Der in Ungnade gefallene frühere Vorstandsvorsitzende von BP, Lord Browne, erklärte im Jahr 2006: „Die Welt braucht neue Technologien, um eine angemessene Versorgung mit Energie auch in Zukunft aufrechtzuerhalten. Wir glauben, daß die Biowissenschaften dem Energiesektor einen enormen Gewinn bringen können.“ Der Markt für Bio-Treibstoffe boomt gegenwärtig wie kaum ein anderer. Diese ganze Geschichte ist ein Paradies für die globalen Industriekonzerne des Agribusiness wie Cargill, ADM, Monsanto und Syngenta.
All dieses in Kombination mit ernsten Wetterproblemen in China, Australien, in der Ukraine und in großen Teilen der EU in der laufenden Erntesaison garantieren, daß die Getreidepreise in den kommenden Monaten und Jahren explodieren werden. Einige berichten schadenfroh vom Ende der Ära „billigen Essens“. Mit abnehmenden Nahrungsmittelreserven und schwindenden Anbauflächen für Mais und Getreide zur Nahrungsmittelproduktion wird die Umstellung auf Bio-Treibstoffe in den kommenden Jahren massive Auswirkungen auf die globalen Lebensmittelpreise haben.

Andere Absichten hinter Ethanol?

Sieht ganz danach aus. Die dramatische Hinwendung zu Bio-Treibstoffen seitens der Bush-Regierung seit 2005 war eindeutig die treibende Kraft hinter den steigenden Getreide- und Lebensmittelpreisen in den letzten 18 Monaten. Die Anzeichen legen nahe, daß dies kein durch schlampige Gesetzgebung verursachter Unfall ist. Die US-Regierung betreibt Forschung und Entwicklung in Sachen Bio-Treibstoffen seit den 1970er Jahren. Die Architekten des Bio-Ethanols haben ihre Hausaufgaben gemacht, dessen können wir gewiß sein. Es wird zunehmend deutlich, daß dieselben Leute, die uns die Inflation der Ölpreise bescherten, jetzt absichtlich eine entsprechende Inflation der Preise für Nahrungsmittel schaffen.Wir erlebten seit Ende 2000 eine Steigerung des durchschnittlichen Preises für Erdöl von 300 Prozent, nachdem George W. Bush und Dick Halliburton Cheney Erdöl zum Hauptanliegen der US-Außenpolitik machten.
Im letzten Jahr, als die Produktion von Bio-Ethanol zum ersten Mal ein bedeutungsvoller Faktor am Markt wurde, stiegen die Preise für Mais an der Börse in Chicago innerhalb von 14 Monaten um 130 Prozent.

Als der Kongreß und die Bush-Regierung im Jahr 2005 die Weichen für den Boom von Bio-Ethanol stellten, war es mehr als bekannt, daß die Getreidereserven der Welt seit Jahren in alarmierendem Maß im Schwinden begriffen waren, zu einer Zeit, als die weltweite Nachfrage vor allem wegen des steigenden Wohlstands und der wachsenden Nachfrage nach Fleisch in China anstieg.
Als Ergebnis der Umwidmung von riesigen Anbauflächen von amerikanischem und brasilianischem Mais für die Produktion von Bio-Treibstoff, sind die Nahrungsmittelreserven im Wortsinne dabei, zu verschwinden. Daten der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) zufolge befinden sich die weltweiten Lebensmittelreserven auf dem niedrigsten Stand seit 1972.
Merkwürdigerweise war das genau die Zeit, als Henry Kissinger und die Nixon-Regierung, gemeinsam mit ADM und Cargill - den Hauptunterstützern des aktuellen Ethanol-Schwindels - das organisierten, was als „der große Getreideraub“ bezeichnet wurde: der Verkauf von großen Mengen US-Getreides im Austausch gegen den Verkauf von Rekordmengen russischen Erdöls an den Westen. Sowohl die Ölpreise als auch die Preise für Mais stiegen bis 1975 um rund 300 - 400 Prozent. Wie das genau funktionierte, habe ich eingehend in „Ein Jahrhundert der Kriege: Anglo-Amerikanische Ölpolitik“ (A Century of War: Anglo-American Oil Politics) behandelt.
Heute hat ein neues Element die Nachfrage der UdSSR nach Getreide und Ernteausfälle ersetzt. Die durch Subventionen der US-Regierung angeheizte Nachfrage nach Bio-Treibstoffen ist im Wortsinne dabei, die Preise für Nahrungsmittel an die Ölpreise anzubinden. Der Verbrauch von subventioniertem Bio-Treibstoff ist seit Anfang 2006, als der US Energy Policy Act erste Auswirkung auf die Entscheidungen über den Anbau von Nutzpflanzen nicht nur in den USA zeitigte, derart dramatisch angestiegen, daß in der Tat ein Wettbewerb von Menschen und Autos um das vorhandene Getreide entsteht. Lester Brown (bekannter amerikanischer Umwelt-Analytiker und Buchautor) schrieb kürzlich: „Auf dem Weltmarkt sehen wir einen Wettbewerb um dasselbe Gut zwischen 800 Millionen Automobilen und zwei Milliarden der ärmsten Menschen der Welt. Wir sind jetzt in einem neuen ökonomischen Zeitalter, in dem Öl und Nahrungsmittel austauschbare Güter sind, denn wir können Getreide, Zuckerrohr, Sojabohnen - alles - in Treibstoff für Autos umwandeln. Tatsächlich beginnt der Ölpreis, die Preise für Nahrungsmittel zu bestimmen.“
Mitte der 1970er Jahre stellte US-Außenminister Henry Kissinger, ein Protégé der Familie Rockefeller und ihrer Institutionen, fest: „Kontrolliere das Öl, und Du kontrollierst ganze Nationen; kontrolliere die Versorgung mit Nahrung, und Du kontrollierst die Menschen.“ Dieselbe Bande von Charakteren, die der Welt den Irak-Krieg gebracht hat und das globale Gerangel ums Öl, die uns patentierte genmanipulierte Samen und jetzt Terminator-Selbstmordgene bescheren, und die über das „Problem der Überbevölkerung der Welt“ klagen, unterstützen jetzt, zu einer Zeit sinkender Getreidevorräte in der Welt, die Umwandlung der globalen Getreideproduktion in Brennstoff. Das alleine sollte uns innehalten und nachdenken lassen. Wie der populäre Spruch besagt: „Bloß weil Du paranoid bist, heißt das noch lange nicht, daß sie nicht wirklich hinter Dir her sind.“

* Die Vorliebe der deutschen Bauern für den subventionierten Rapsanbau wirkt sich auch auf den Preis für Gerste aus, Ausgangsstoff für deutsches Bier, welches damit ebenfalls deutlich teurer werden dürfte. So sagte der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Dr. Otmar Bernhard in einer Rede vor dem bayeri-schen Landschaftspflegetag: „... Nicht zuletzt kann der Energiepflanzenanbau auch in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion treten - der Deutsche Brauerbund befürchtet schon jetzt steigende Bierpreise, weil immer mehr Bauern auf die lukrativere Biodie-selproduktion umsteigen. [...]“ (http://www.stmugv.bayern.de/aktuell/reden/detailansicht. htm?tid=12333)
Wenn einen das nicht aufmerksam und mißtrauisch werden läßt, was dann? Viel-leicht liegt ja auch die bevorstehende Preissteigerung bei Milchprodukten nicht dar-an, daß die Chinesen (die gelbe Gefahr) jetzt alle täglich Milch trinken. (vgl.: http://www.diepresse.com/home/wirtschaft/economist/306481/index.do), sondern an dem Push für Bio-Treibstoff. (A.d.Ü.)

Quelle: Global Research

F. William Engdahl ist Autor des in Kürze erscheinenden Buchs Seeds of Destruction: The Hidden Agenda of Genetic Manipulation (Saat der Zerstörung: Der versteckte Plan der Genmanipulation) bei Global Research Publishing, und Autor des Buches A Century of War: Anglo-American Oil Politics and the New World Order (Ein Jahrhundert der Kriege: Anglo-Amerikanische Ölpolitik), erschienen bei Pluto Press. Er kann über seine Webseite erreicht werden: http://www.engdahl.oilgeopolitics.net

URL dieses Artikels auf Tlaxcala:
http://www.tlaxcala.es/pp.asp?reference=3482&lg=de
Übersetzt von Hergen Matussik, überprüft von Fausto Giudice

Biokraftstoffe in die richtigen Kanäle leiten

Roland Schnell

Die Blauäugigkeit ist erschütternd, die Jean Ziegler als besonderer Berichterstatter zum „Menschenrecht auf Nahrung“ in seinem Zwischenbericht an die Vollversammlung der Vereinigten Nationen an den Tag legt. Nachdem er die kommerziellen und strategischen Interessen hinter dem derzeitigen Boom bei Biokraftstoffen analysiert hat, fällt ihm nichts weiter ein, als ein fünfjähriges Moratorium vorzuschlagen. In dieser Zeit sollten die Auswirkungen auf die Welternährungslage, aber auch auf soziale und ökologische Aspekte, sowie die Menschenrechte untersucht werden. Die Kräfte, die ihr Interesse an Biokraftstoffen erklärt haben, werden schnell zur Tagesordnung übergehen. Damit reiht sich ein weiterer prominenter Kritiker in die Phalanx ein, die über alle politischen Grenzen hinweg die Sinnfälligkeit von Biokraftstoffen in Frage stellt. Als Ikone der antiimperialistischen Linken hat sich Fidel Castro dazu erklärt und wird wohlwollend von denen zitiert, die ansonsten kaum für den kubanischen Weg zu begeistern sind. Auch Jean Ziegler zitiert den kubanischen Staatchef mit dem Satz, daß es eine „unheilvolle Idee sei, aus Nahrung Treibstoff“ zu machen und zeigt damit eigentlich nur, wie wenig er von der Angelegenheit verstanden hat.
Schon immer wurden Substanzen, die auch als Nahrung dienen können, auch zu anderen Zwecken benutzt. Angefangen vom Olivenöl, das Römer und Griechen in ihre Lampen gefüllt haben, bis hin zu den erklecklichen Mengen Palmöl, die der Ausgangsstoff für moderne Waschmittel sind. Ein Zehntel der Rohstoffe für die Chemische Industrie wächst auf Äckern und Plantagen. Das hat Jahrzehntelang niemand interessiert und es wird erst zum emotional aufgeladenen Thema, seitdem das Auto im Spiel ist.

Voller Tank oder voller Bauch

Auf diesen plakativen Spruch wird das Problem gerne verkürzt und damit unterstellt, es sei nicht genug Nahrung für alle da und die Herstellung von Biokraftstoffen würde den Hungernden auf der Welt ihre letzte Hoffnung nehmen, jemals satt zu werden. Hunger ist selten eine Folge von einem absoluten Mangel an Lebensmitteln, sondern von einer ungerechten Verteilung. Es ist mehr als genug da, um alle satt zu bekommen. Doch nicht selten sind es Kriege, die Menschen davon abhalten, ihre Ernte einzubringen oder es gibt eine ungerechte Verteilung des ertragreichen Landes. Jean Ziegler sitzt dem Mythos auf, den Hungernden könnte wirksam durch Lebensmittelhilfen aus Industrieländern geholfen werden. Insbesondere Vertreter der Kirchen konstruieren daraus eine „Ethikdebatte“ und können sich der Zustimmung vieler sicher sein, wenn sie sagen, daß man „Brot nicht verbrennen“ dürfe. Abgesehen davon, daß überschüssiger Roggen aus der Uckermark auch zu Brot gebacken in vielen Teilen der Welt auf wenig Zuspruch stoßen dürfte, haben gerade die kirchlichen Hilfsorganisationen, wie „Brot für die Welt“, in den letzten Jahrzehnten immer wieder betont, daß solche Hilfslieferungen oft kontraproduktiv sind und stattdessen versucht, den Menschen zu helfen, ihre Nahrung selbst herzustellen.
Es sind nicht nur die billigen T-Shirt aus der Altkleidersammlung, die in Afrika die lokale Textilbranche in den Ruin treiben, sondern die Märkte werden auch systematisch mit heruntersubventionierten Lebensmitteln überschwemmt. In Kamerun haben gefrorene Hühnerschenkel aus der EU, wo nur die Hühnerbrust in die Gefriertruhe kommt, die einheimischen Hühnerproduzenten, die ihre Ware komplett und lebend verkaufen, beinahe in den Ruin getrieben. In diesem Fall gab es Gegenwehr. Jean Ziegler erwähnt die gestiegenen Maispreise in Mexiko, die im Januar 2007 zu einer Verteuerung des Grundnahrungsmittels Tortilla geführt hat. Völlig richtig führt er aus: „Obwohl Mexiko traditionell ein Exporteur von Mais war, ist es zum Importeur aufgrund der ‚Freihandels-Abkommen‘ geworden, die auf dem mexikanischen Markt zu einem unfairen Wettbewerb mit subventionierten Mais-Importen aus den USA geführt haben und die einheimische Produktion verdrängt haben“ Aber mehr, als daß es „ernsthafte Risiken“ für die Staaten gäbe, die Grundnahrungsmittel importieren, mag er daraus nicht ableiten. Er stellt eine Erhöhung bei den Preisen für Agrarprodukte fest, meint aber, daß nicht einmal die Bauern davon profitieren würden. Die Kleinbauern hätten zuwenig Fläche und müßten selbst teuere Nahrungsmittel zukaufen.

Für ewig am Tropf der Industriestaaten

Die implizite Logik dieses Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen ist, daß bestimmte Länder für alle Zeiten am Tropf der Industriestaaten hängen sollen, die sie mit billigen Grundnahrungsmitteln
versorgen. Das impliziert auch die Anerkennung der Tatsache, daß diese Staaten, vor allem die USA, diese Agrarprodukte effizienter und billiger herstellen können als diese Länder selbst. Diese Behauptung, die das Leitbild der Agrartechnik darstellt, wird zunehmend in Frage gestellt, da sich die ökologischen Folgen dieser Form von Landnutzung immer klarer abzeichnen. Aber seit Jahrhunderten wird an der Herstellung und Festigung einer Weltordnung gearbeitet, bei der vor allem die Länder in tropischen Regionen reine Zulieferbetriebe für die Industrieländer sind. Sie mußten Rohstoffe liefern, wie Kautschuk oder Indigo und Genußmittel, wie Kaffee oder Kakao.
Diese wurden nicht im Ursprungland veredelt, was technisch durchaus möglich wäre. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Begierde der Industrieländer auf Tropenholz, pflanzliche Öle, Zellstoff, Soja oder auch Rindfleisch für Imbißketten verlagert. Kaum jemand von denen, die nun die Biokraftstoffe bekämpfen, hat

sich dafür interessiert, wieviel Ackerland den Hungernden dadurch entzogen wurde, daß Sojabohnen angebaut wurden, die als Kraftfutter beim Mästen von Tieren eingesetzt werden. Ohne diese Proteinpakete wäre das Elend der Massentierhaltung, bei dem Schweine in Rekordzeit auf ihr Schlachtgewicht gemästet werden oder Turbokühe 10.000 l Milch im Jahr geben, schlicht nicht möglich. Kritikern von Biokraftstoffen ist selten bewußt, daß bei der Umwandlung von pflanzlichem Eiweiß in das begehrte tierische Eiweiß ungefähr 9/10 als glatter Verlust zu verbuchen sind. Aber treu und brav wird die Botschaft nachgebetet, daß die Chinesen von gesunder Kost mit geringem Fleischanteil Abschied nehmen werden und sich von Fast-Food ernähren.
Vertreibung der Bevölkerung ist alles andere als ein neues Problem. Jean Ziegler führt einige Beispiele an, die ihm von Menschenrechtsorganisationen genannt worden sind und zeigen,wie etwa in Paraguy die einheimische Bevölkerung vertrieben wurde um für den Anbau von Soja Raum zu schaffen. Allerdings sind solche Beispiele nicht unbedingt als Argumente gegen Biokraftstoffe geeignet, denn es hat 1990 begonnen, einem Zeitpunkt, als Biokraftstoffe noch überhaupt kein Thema waren.
Es wäre wünschenswert gewesen, wenn Jean Ziegler besser herausgearbeitet hätte, daß an dem Biokraftstoff-Boom im Moment genau die Unternehmen beteiligt sind, die in der Vergangenheit an Bananen, Soja, Rindfleisch, Tropenholz oder Zellulose verdient haben. Sie wenden die selben Methoden an, die sich ihrer Meinung bewährt haben, und haben noch nie Rücksicht auf Naturschutzgebiete oder die Interessen der einheimischen Bevölkerung genommen. Es ist kein Zufall, daß gerade
in Mittel- und Südamerika über lange Jahre Militärdiktaturen an der Macht gehalten wurden, die wenig auf Demokratie und Menschenrechte gegeben haben. Mit dem wachsenden Interesse an den Bedingungen, unter denen Palmöl in Südostasien erzeugt wird, daß dort genau die selben Verhältnisse geherrscht haben. Es war nur nicht aufgefallen. Aber erst seit in Europa darüber nachgedacht wurde, das billige Palmöl statt teurem Erdöl in Kraftwerken oder Autos einzusetzen, erreichen die Botschaften über die Zerstörung des Regenwalds die Medien. Was jahrzehntelang gängige Praxis war um Waschmittel, Margarine, Mayonaise oder industrielle Schmierstoffe herzustellen, wird nun ausschließlich den Biokraftstoffen angelastet.

Moratorium, aber bitte konsequent

Jean Ziegler hat nicht zu einem Moratorium bei der Herstellung von Waschmitteln aufgerufen, er hat niemand gebeten, weniger Fleisch zu essen oder mit dem Klopapier sparsamer umzugehen. Er hat auch kein Wort über die Branche der Biotechnologie verloren, die einer der größten Abnehmer von Zucker ist und die damit unbemerkt von der Öffentlichkeit viele mehr oder weniger nützliche Dinge herstellt. Zitronensäure für „biologische“ Reinigungsmittel zum Beispiel. Er zitiert die brasilianische Landlosenbewegung MST (Movimento dos Trabalhadore Rurais Sem Terra), die zu Recht die Sklaverei auf den Zuckerrohrfeldern anprangert. Allerdings muß er auch zugestehen, daß ein Drittel des Zuckerrohrs in Brasilien bei den von ihm geschätzten Kleinbauern wächst.
Die Vorstellung, daß sich Kleinbauern zusammentun könnten und in Genossenschaften ein ausgewogenes Verhältnis von Nahrung und Kraftstoff produzieren könnten, ist Jean Ziegler ebenso fremd wie den meisten anderen Kritikern. Er sitzt wieder dem Mythos der „Biokraftstoffe der 2. Generation“ auf, die Reststoffe aus der Landwirtschaft verwerten sollen. Aber einerseits gehen die meisten Fachleute davon aus, daß das noch einige Jahrzehnte dauern wird, andererseits gibt es keinen Grund zu der
Annahme, daß dies auch den gewünschten Effekt haben wird. Wenn man demnächst aus Zellulose Ethanol herstellen kann, dann wird man Pflanzen anbauen, die möglichst viel dieser Zellulose liefern und auf die eßbaren Teile gerne verzichten.

Nur ein Job für die Großkonzerne?

Auch Jean Ziegler kann sich nicht von dem Gedanken lösen, daß Biokraftstoffe nur ein Geschäft für die großen und multinationalen Konzerne ist. Natürlich engagieren sich Weltkonzerne, wie Monsanto,
Archer Daniels Midland oder Cargil, aber nicht weil sie eine besondere Neigung zu Biokraftstoffen hätten, sondern weil es im Wesentlichen ein Geschäftsfeld ist, in dem sie schon immer präsent und dominierend waren. Die letzte Etappe, die Destillation von Ethanol oder Umesterung von Pflanzenöl zu Biodiesel ist kein wirklich großer Schritt mehr, wenn man vorher Saatgut, Dünger, Pflanzenschutzmittel oder Maschinen verkauft hat. Dabei geht unter, daß viele Formen von Biokraftstoffen in regionalem und dezentralem Rahmen sehr effektiv produziert werden können. Die Technik ist überschaubar und kostengünstig. Aber das wollen hysterisierte Umwelt- und Naturschützer nicht zur Kenntnis nehmen und werfen alles in einen Topf. Wer für eine angepaßte Nutzung von Biokraftstoffen eintritt,
was eine Optimierung des Verbrauchs und eine Vermeidung von Verkehr einschließt, wird als williger Erfüllungsgehilfe der Großkonzerne abgestempelt. Es gibt genügsame Ölpflanzen, die auch in ariden Gebieten wachsen. Es gibt Pflanzen, die eigentlich nur zum Erosionsschutz angepflanzt werden,
aber auch als Brennstoff genutzt werden können. Der Bericht von Jean Ziegler an die Vollversammlung der Vereinten Nationen war auch in diesem Punkt in keiner Weise hilfreich und sollte dringend nachgebessert werden. Er war ja nur als Zwischenbericht bezeichnet, so daß vielleicht noch Hoffnung besteht.

„Peak Oil“ bereits Realität

Studie: Kluft zwischen Ölförderung und Verbrauch wächst rasch

Steffen Bogs

Die Welt hat laut einer neuen Studie den Höhepunkt bei der Ölförderung bereits erreicht. Die Produktionsmenge wird sich bis 2030 halbieren. Dies wäre das Ende der globalen Weltwirtschaft, die auf einer Transportkette von Rohstoffen, Halb- und Fertigprodukten beruht.

Die deutsche Nichtregierungsorganisation Energy Watch Group (EWG) geht davon aus, dass die Ölforderung im Jahr 2006 ihren Scheitelpunkt („Peak Oil“) erreicht hatte. Seither nimmt sie stetig ab, was nachhaltig an unserer Lebensweise rütteln wird. So ist die Ära des billigen Öls Geschichte. Laut der EWG-Studie wird bis zum Jahr 2030 ein jährlicher Förderabfall von im Schnitt drei Prozent erwartet - auf dann noch 39 Millionen Barrel (je 159 Liter) täglich (Mb/d). Für diesen Zeitpunkt hat der „World Energy Outlook“ der Internationalen Energieagentur (IEA) jedoch einen weltweiten Bedarf von 116 Mb/d prognostiziert. Diese große Differenz hätte enorme Konsequenzen: einen gewaltigen Ölpreisanstieg, eine echte Versorgungskrise und eine tiefe Rezession. Allerdings ist die IEA, die einst vom Industrieländerclub OECD gegründet wurde, optimistischer was die Ölreserven angeht: Sie gibt die Reserven mit 1255 Gigabarrel an, während die unabhängigen Wissenschaftler der EWG von 854 Gigabarrel ausgehen.

Besonders drastisch ist der erwartete Einbruch bei Nordseeöl, der sich laut der Studie bis 2030 fünfteln wird. Der Produktionsrückgang der Offshore-Anlagen von 3,2 Mb/d 1999 auf 1,7 Mb/d in diesem Jahr hat Großbritannien bereits vom großen Ölexporteur zum Nettoimporteur mutieren lassen.

Hans-Josef Fell, grüner Bundestagsabgeordneter und Mitinitiator der EWG, sagte: „Ich fürchte, die Welt wird in eine große wirtschaftliche Krise in den kommenden Jahren geraten.“ Dies deckt sich mit der Äußerung des saudischen Königs Abdullah: „Der Ölboom ist vorbei und wird nicht zurückkehren. Wir müssen uns alle an einen anderen Lebensstil gewöhnen.“

Die Frage, wann der „Peak Oil“ erreicht ist, hat wichtige Implikationen. Schließlich, so heißt es schon im Hirsch-Report 2005, der für das US-Energieministerium erstellt wurde, müssten rechtzeitig Maßnahmen zur Abwehr der weltweiten, „risikoreichen“ und „dramatischen“ wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen ergriffen werden. „Diese müssten, um Wirkung zu erzielen, mehr als ein Jahrzehnt vor der Förderspitze in Kraft gesetzt sein.“

Geschehen ist bisher aber wenig. Deshalb warnt Jörg Schindler von der EWG eindringlich: „Das alarmierendste Zeichen ist die steile Abnahme der Ölversorgung nach dem Peak.“ Die Versorgungsengpässe könnten so gravierend werden, dass ihre Folgen auch durch andere fossile Rohstoffe, Kernkraft und erneuerbare Energien nicht sofort abgefangen werden können.

Vorteil der EWG-Studie ist, dass sich ihre Prognosen zeitnah überprüfen lassen. Bei 2,4 Prozent Nachfragesteigerung laut IEA im Jahr 2008 und einem dreiprozentigen Rückgang der Förderung laut EWG müssten die Folgen ab Mitte 2008 bis Anfang 2009 deutlich sichtbar werden. Die Lagerbestände von Rohöl werden schnell abschmelzen.

Nach jüngsten Angaben des US-Energieministeriums sind die Bestände in den USA im Vergleich zu 2006 um 5,9 Prozent auf 316 Millionen Barrel zurückgegangen. Die USA, wo die Ölförderung schon seit 1971 abnimmt, sind mit 21 Millionen Barrel täglich weltgrößter Verbraucher. Fakt ist auch, dass sich die drei größten Ölfelder der Welt, Ghawar in Saudi Arabien, Cantarell in Mexiko und Bhurgan in Kuwait, im Förderabfall befinden. Mexiko, Großbritannien und Norwegen verzeichnen sogar eine starke Abnahme. Die OPEC-Förderung stagniert trotz hoher Preise. Der Anstieg der Förderrate Russlands flacht weiter ab. Dabei muss noch berücksichtigt werden, dass der Eigenverbrauch der ölexportierenden Staaten enorm steigt.

Auch Anzahl und Größe neuentdeckter Ölfelder nehmen ständig ab. Einen Anhaltspunkt lieferte dieser Tage der Ölkonzern British Petroleum (BP): Um satte 45 Prozent oder 1,82 Milliarden Dollar ist der Gewinn im dritten Quartal eingebrochen. Eine Ursache ist der Rückgang der Öl- und Gasförderung um vier Prozent.

Während die Fördermengen schon jetzt sinken, steigt indes der Verbrauch. So meldet die IEA für September 2007 eine weltweite Fördermenge von 85,1 Mb/d, die im vierten Quartal auf 87,8 Mb/d ansteigen dürfte. Die Folge sind Rekorde bei den Ölpreisen: Das Barrel der US-Sorte West Texas Intermediate kostete am Montag erstmals über 93 Dollar. Für OPEC-Öl musste 84,80 Dollar bezahlt werden - so viel wie noch nie.

Neues Deutschland, 30.10.2007

Nord-Süd-Konflikt und Klimawandel

Marko Ferst

Diejenigen, die am wenigsten Treibhausgase verursacht haben, werden die Folgen als erste und am härtesten zu spüren bekommen und sie können sich am wenigsten davor schützen. Viele Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Südamerika werden besonders betroffen sein. Dort weiten sich extreme Unwetter viel schneller zu Katastrophen aus. Gleichwohl dürften die Folgen sehr unterschiedlich ausfallen in den einzelnen Weltregionen. Z.B. sind nicht nur etliche Pazifikinseln durch einen Meeresspiegelanstieg bedroht, in Bangladesh müßten bei einem Meter Anstieg des Ozeans 70 Millionen Menschen umgesiedelt werden, die Reisproduktion dort würde sich halbieren.
Laut WHO sterben schon heute jährlich 150000 Menschen an den Folgen des Klimawandels. Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung lebt in Trockengebieten, ein Viertel der bewohnten Erdoberfläche ist von Verwüstung bedroht. Eine ungebremste globale Erwärmung trifft in zahlreichen armen Staaten auf eine bereits sehr fragile soziale Situation. Schon um 2000 herum registrierte man jährlich 25 Millionen Umweltflüchtlinge. Diese Ströme werden gewaltig anschwellen, wenn sich die verschiedenen Klimaauswirkungen potenzieren. Besonders in den Transit- und Zielländern solcher Fluchtbewegungen steigt die Gefahr gewaltsamer Konflikte. Auch aus anderen Gründen bestehende Krisensituationen könnten sich aufschaukeln.
Während wir im Norden darüber reden, wie wir zu einer vollständigen solaren Energiewende gelangen können und mit einem Bruchteil der heutigen Ressourcen auskommen, stellen sich in vielen armen Ländern die Herausforderungen viel existentieller dar. Ein Drittel der Menschheit lebt ohne elektrischen Strom. Ein Anschluß an zentrale Energienetze ist oft nicht in Sicht. Dezentrale Versorgung auf der Basis erneuerbarer Energien wäre oft die einzig sinnvolle Chance. Punktuell in kleinem Ausmaß sind entsprechende Programme auch gefördert worden, wie in Marokko oder Indien. Dies wäre eine der zentralen Aufgaben einer internationalen Agentur für erneuerbare Energien auf UN-Ebene. Die Linke unterstützt den Aufbau einer solchen Einrichtung. Zugleich müssen Institutionen wie die Weltbank dazu veranlaßt werden, die finanzielle Förderung der fossilen Energieerzeugung einzustellen. Einstweilen kann aber auch eine internationale Bank für erneuerbare Energien und Energieeffizienz hilfreich sein. Gerade die Idee der Kleinkredite für Familien dürfte auch in diesem Bereich höchst wirksam sein, wenn damit berufliche Möglichkeiten verknüpft sind.
Solange die Regierungen der Industrieländer eine Perspektive anstreben, die auf ein „starkes Wirtschaftswachstum“ setzt und man mit einem globalen Energiebedarf rechnet, der bis 2030 noch einmal um 60% steigen würde, wird am Ende der Untergang der heutigen Zivilisation stehen. Diese Steigerungswünsche sind nachzulesen im Kommunique des Gleneagler G8 Gipfels zu „Klimawandel, sauberer Energie und nachhaltiger Entwicklung“.
Eine Milliarde Menschen lebt weltweit in Slums. Ein Fünftel der Erdbevölkerung hat weniger als einen Dollar am Tag zur Verfügung. Häufig bringen auch normale Beschäftigungsverhältnisse nicht genug ein. Fast drei Milliarden Menschen verdienen zu wenig, um über zwei Dollar Einkommen am Tag zu kommen. Eine exportorientierte Landwirtschaft gefährdet allzuoft die regionale Selbstversorgung und an anderer Stelle unterminieren hoch subventionierte Lebensmittel aus den reichen Industriestaaten den Lebensunterhalt der Bauern im Süden. Durch die stetig zunehmende Ölknappheit werden in Zukunft immer mehr Felder zu Treibstofflieferanten. Unterernährung für den Mobilitätswahn der reicheren Bevölkerungsteile wird die Folge sein.
Eine ökologische und gerechte Perspektive bedeutet, daß zuerst die eigene Versorgung sicher gestellt wird, bevor man darüber hinaus Handel treibt. Doch neoliberale Strukturanpassung, Schuldenabbau im Sinne von IWF und Weltbank führen in aller Regel zur Zerstörung sinnvoller regionaler Wirtschaftskreisläufe. Gelöst werden muß das Problem der Überschuldung der Entwicklungsländer. 2006 waren 3,2 Billionen US-Dollar aufgelaufen. Ohne Schuldenerlaß gibt es keine sinnvollen Perspektiven. Dieser muß freilich so geschehen, daß danach nicht neue Schulden aufgenommen werden für militärische Aufrüstung oder Spielräume entstehen, die durch schlechte Regierungsführung zu Geldflüssen führen, die in korrupten Strukturen enden. Insofern sollten Erlasse schon an Maßnahmen für Bildung, soziale und ökologische Bedingungen geknüpft werden.
Entwicklungszusammenarbeit, die auf eine nachholende Entwicklung zielt und nur die Modelle der Industriestaaten zum Vorbild nimmt, ist keine wirkliche Lösung mehr. Gleichwohl setzt sich die LINKE für eine Erhöhung der Mittel auf 0,7% des Bruttosozialprodukts ein, sosehr über eine sinnvolle Verwendung gestritten werden muß. In dem Zusammenhang ist ein schweres Manko anzusprechen. Wir hatten in der PDS eine Zeit lang die AG Internationalismus. Höchste Zeit, daß sich eine analoge AG der Süd-Nord-Thematik wieder annimmt.
Es wäre völlig vermessen, wollte man den ärmsten Ländern eine Steigerung ihrer Klimagasemissionen völlig verwehren. Jeder Deutsche stößt im Jahr 12 Tonnen der verschiedenen Klimagase aus. Zudem haben die Industriestaaten eine gigantische ökologische Schuldenlast aufgebaut, wenn man die Emissionen der Vergangenheit mit einbezieht. Die reichen Staaten müssen dabei unterstützen, daß künftig Technologien und Produkte Vorrang bekommen, die eine ressourcenleichte Wirtschaftsweise ermöglichen. Die Fehlentwicklungen in den reichen Industrieländern dürften nicht nachvollzogen werden. Das setzt voraus,

daß in den Industrieländern konsequent umgesteuert wird. China produziert derzeit jährlich 2,6 Millionen PKW. Würde in Europa und Deutschland auf eine ökoeffiziente und bezahlbare Bahn gesetzt, statt daß man eine Strecke nach der anderen stillegt, kämen vielleicht auch Schwellenländer auf die Idee andere Prioritäten zu setzen.

Verantwortung übernehmen müssen die armen Länder jedoch beim Bevölkerungswachstum. Viele Entwicklungsländer haben höchste Wachstumsraten. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stieg die Erdbevölkerung um jährlich 78 Millionen Menschen. Das zukünftige Bevölkerungswachstum hängt unmittelbar mit dem Bildungsgrad der Frauen zusammen. Zugleich spielen Rentensysteme zur Absicherung des Alters eine wichtige Rolle, auch kulturelle Faktoren. Die Familien sollten zu erschwinglichen Preisen oder kostenfrei Verhütungsmittel erhalten können.

Es kann nicht darum gehen den chinesischen Politikstil der Ein-Kind-Politik zu kopieren, der oft genug auch von schweren Menschenrechtsverletzungen begleitet war. Aber es macht einen gravierenden Unterschied, ob 2050 acht oder elf Milliarden Menschen die Erde bevölkern. Auch viele Diskussionen in Deutschland sind grotesk. Im Kontext der ökologischen Begrenzungskrise ist es eher ein Gewinn, wenn in Deutschland 2050 nur noch 70 oder 65 Millionen Menschen leben. Selbstverständlich muß sich die Gesellschaft den Problemen der vorübergehenden Überalterung stellen.

Erinnert sei an den einst viertgrößten See der Erde. Ab einem bestimmten Zeitpunkt war er nicht mehr zu retten, obwohl noch Fische zu fangen waren. Heute beeinträchtigt das ausgewehte Salz des Aralsees über Hunderte von Kilometern landwirtschaftliche Flächen, viele Bewohner flüchteten aus der Region. Mit anderen Rahmenbedingungen wiederholen wir dieses Experiment im globalen Maßstab. Zunächst wird es Menschen treffen in Afrika wegen der besonderen klimatischen Empfindlichkeit und geringen Ressourcen darauf zu reagieren. Verschwinden die Himalajagletscher, sind mehr als eine Milliarde Menschen durch fehlendes Trinkwasser bedroht. Trocknen die Amazonaswälder aus, die noch nicht abgeholzt worden sind, wird eine gigantische Kohlenstoffsenke vernichtet.

In den letzten 15 Jahren verschwand eine Regenwaldfläche dreimal so groß wie Deutschland. Bisher ist nicht erkennbar, daß die Weltgemeinschaft ernsthaft diesen Aderlaß stoppt oder deutlich verlangsamt. Mit dem rasanten Verschwinden der Regenwälder und immer mehr durch den Klimawandel ausgebleichten Korallenriffen verlieren wir die beiden artenreichsten Refugien des Planeten und damit die „Kinderstuben“ der Evolutuion. Prof. Wolfgang Engelhart errechnete allein anhand der Vernichtungsrate des Regenwaldes bei angenommen 10 Millionen Arten insgesamt eine tägliche Aussterberate von 370 Tier- und Pflanzenarten.

Zahlreiche Faktoren verdecken im Augenblick noch das ganze Ausmaß der Klimaerwärmung. Derzeit nehmen die Ozeane rund ein Drittel des anthropogenen Kohlendioxids auf. Bei wärmeren Ozeanen sinkt die Aufnahmekapazität und im Extrem kann es sogar zu einer Abgabe an die Atmosphäre kommen. Gigantische Mengen Methaneis im Permafrost und an den Festlandsockeln der Ozeane hätten das Potential die Erde in einen Wüstenplaneten zu verwandeln. Schmilzt der Eispanzer auf Grönland im neuen Treibhausklima, fällt unter Umständen der Nordatlantikstrom aus. Insgesamt besteht die Gefahr, daß die verhältnismäßig ausgeglichenen Klimaabläufe der letzten 10000 Jahre in ein wechselhafteres Klimageschehen umschlagen mit vielen unkalkulierbaren Abläufen. Wenn ganze Klimazonen sich in Rekordzeit verrücken, bleiben viele Tier- und Pflanzenarten auf der Strecke. Im Klimawandel summieren sich Zersiedlung, Entwaldung und andere ökologische Schäden zu einer völlig neuen Größenordnung.

Besonders in Afrika und Südasien leiden Menschen an Mangelernährung, weltweit fast 850 Millionen Menschen. Seit 1950 hat das Bevölkerungswachstum zu einer Halbierung der weltweit verfügbaren Ackerfläche geführt. 40% aller Lebensmittel kommen aus Trokkengebieten. Mit den zu erwartenden Klimaveränderungen werden alle Regionen unbewohnbar, die sich nicht selbst mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser versorgen können. Die Logik des globalen Freihandels stellt in diesem Kontext die größtmögliche Fehlentwicklung dar. Schon heute hat ein Sechstel der Weltbevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, über 50 Länder leiden unter großer Wasserknappheit. Über drei Millionen Menschen sterben jährlich durch verunreinigtes Wasser und damit verbundene Krankheiten.

Es ist völlig klar, die globale Temperatur wird deutlich über die 2 Grad-Grenze steigen, selbst wenn es gelänge sofort drastische Reduktionen in den Industrieländern durchzusetzen. Sie müssen sich jedoch aus den Umwelträumen armer Länder zurückziehen und können nicht noch zusätzlich riesige Flächen beanspruchen für die Fleischproduktion, pflanzliche Rohstoffe und Pflanzentreibstoffe. Das ganze Entwicklungsmodell des Nordens steht grundsätzlich in Frage. Er müßte seine industriellen Stoffströme um den Faktor 10 reduzieren. Passiert dies nicht freiwillig, werden Wirtschaftskrisen diese Aufgabe viel radikaler umsetzen. Für viele Regionen des Südens ist deutlich erkennbar: Nehmen die Klimaveränderungen immer mehr Form an, wird hier eine große Menschheitstragödie apokalyptische Ausmaße annehmen. Im fortgeschrittenen Stadium wird selbst Schadensbegrenzung kaum noch möglich sein.

DIE LINKE und die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue - Für eine zukunftsfähige Energiepolitik“

Thomas Nord

Am 11.10. 07 erklärte Ministerpräsident Matthias Platzeck im Brandenburger Landtag zur Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue - Für eine zukunftsfähige Energiepolitik“: „…jeder, der politische Verantwortung trägt und sich solchen Initiativen anschließt, hat auch die Pflicht, auf die Komplexität der Vorgänge hinzuweisen und nicht einfach in Populismus zu machen…“.
Lange habe ich über diesen Satz nachgedacht. Bin ich doch einer der Mitinitiatoren dieser Volksinitiative. Ohne Zweifel trage ich auch politische Verantwortung. Unterschätze ich die Komplexität der Vorgänge? Mache ich einfach auf Populismus? Denke ich ganz kleinteilig?
Sehe ich die Welt nur aus der Brandenburger lokalen Sicht? Sage ich: „Nichts wie raus aus der Braunkohle!“? Und um weitere Vorwürfe des Ministerpräsidenten zu benennen: Sind mir 10.000 oder auch 12.000 Arbeitsplätze in der Lausitz, jährliche Aufträge für 430 Millionen € bei 1.000 Brandenburger Firmen und 32 Millionen € Gewerbesteuereinnahmen egal?
Ich könnte es mir an dieser Stelle einfach machen und mich darauf zurückziehen, dass alleine diese unlauteren Vorwürfe deutlich machen: Eine wirklich sachliche Debatte über die künftige Nutzung der Braunkohle zur Stromerzeugung ist seitens der Landesregierung nicht gewollt. Es ist diese unseriöse Form der Auseinandersetzung, die mich immer wieder an der Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit auch der übrigen Argumente der Landesregierung für den Aufschluss neuer Tagebaue zweifeln ließ und zweifeln lässt.
Zunächst die einfachste Richtigstellung: Die LINKE will den allmählichen und sozial verträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis spätestens 2050. Also in den kommenden 40(!) Jahren. Diese Zahl ist den meisten von uns aus einem ganz anderen Zusammenhang bekannt für eine ganze historische Epoche. Es ist Konsens unter den Initiatoren der Volksinitiative, dass die bestehenden Kraftwerke nur allmählich auslaufen sollen, bestehende Tagebaue ausgekohlt und also Zeit gewonnen werden soll für soziale, ökonomische, ökologische und technologische Alternativen vor allem in der Lausitz. Wenn diese Zeit allerdings nicht genutzt wird durch eine zukunftsfähige Politik - und als solche kann heute nur noch eine Politik genannt werden, die das absehbare Ende der fossilen Rohstoffe vorweg nimmt - der verheizt in der Tat die Zukunft der Lausitz. D.h. auch die Initiatoren gehen davon aus, dass ein sofortiger Ausstieg aus der Braunkohleförderung und Verstromung ein unrealistisches Vorhaben wäre.
Das ist angesichts der Potsdamer(!) Erklärung von 15 Nobelpreisträgern, abgegeben einen Tag vor Platzecks Rede im Landtag, eine für konsequente Umweltschützer ungewöhnliche Kompromissbereitschaft. Die Preisträger hatten erklärt: „Wir stehen in der Geschichte an einem Punkt, an dem als Antwort auf die immense Bedrohung unseres Planeten ein großer Wandel notwendig ist.“ Mit drastischen Schritten müsse man dem Klimawandel begegnen. Auch für Linke ist dieser Kompromiss nicht selbstverständlich, warnt doch selbst Klaus Töpfer (CDU): „Die Klimagase, insbesondere CO^2, steigen weiter an, Artenvielfalt geht verloren, Wasser wird bald zum umkämpften Naturgut“ und an anderer Stelle stellt er fest: „Klimapolitik ist Friedenspolitik, der Schutz der Umwelt ist eine Friedensaufgabe.“
Angesichts dieser Dramatik beinhaltet die Volksinitiative das - wie ich finde - sehr weitgehende Kompromissangebot, die jetzige Form der Braunkohleverstromung im Interesse von Arbeitsplätzen, Aufträgen und Steuereinnahmen noch Jahrzehnte fortzusetzen. Ist das Populismus?
Die Landesregierung hatte vor, den CO^2 Ausstoß in Brandenburg bis 2010 auf 52 Mill.Tonnen jährlich zu begrenzen. Angekommen sind wir zurzeit bei 63 Mill. Tonnen. Wie soll man Politiker bezeichnen, die das in de facto Regierungserklärungen noch nicht mal erwähnen? Fest steht: Nach den jetzigen Plänen von Vattenfall, der Landesregierung und der IG BCE soll dieser Zustand in den nächsten 10 bis 20 Jahren unverändert so bleiben.
Auch hier ist festzuhalten: Bleibt es dabei, wird in den kommenden Jahrzehnten der CO^2-Ausstoß aus Brandenburger Heizkraftwerken nicht sinken. Nach Al Gore sind es die kommenden 23 Jahre, in denen das Grönlandeisschelf vollständig abschmelzen, derMeeresspiegel steigt und die Klimakatastrophe wahrscheinlicher wird. Wer unterschätzt hier die Komplexität der Vorgänge? Wer denkt hier kleinteilig und sieht die Dinge nur aus lokaler Sicht? War da nicht mal was, im Wendejahr 89? Hieß eine Losung der Bürgerbewegungen damals nicht: „global denken - lokal handeln“? Heute sagt der Ministerpräsident: „keinen Menschen juckt es in der Welt, wenn wir hier in Brandenburg aussteigen“. Und weiter sagt er: „Es wird keine neuen Kraftwerksneubauten in diesem Land mehr geben, wenn die CO^2 Abscheidetechnik nicht funktioniert. Es wird keine mehr geben“ - Basta, möchte man hinzufügen. Was aber ist, wenn sie nicht funktioniert? Wer stoppt dann die Kraftwerke, die schon stehen? Was passiert mit neuen Tagebauen, wenn sie dann genehmigt sind? 2007 bricht Matthias Platzeck das Wort von Manfred Stolpe, der nach der Abbaggerung von Horno sagte, dies sei der letzte Ort, der den Baggern weiche müsse. Welcher Sozialdemokrat bricht in 10 Jahren das Wort von Matthias Platzeck, dass es bei drei weiteren Orten bleibt? Warum sagt Martina Gregor (MdL/SPD) im Landtag, neue Tagebaue dürfen nur genehmigt werden, wenn die CO^2 Abscheidetechnologie funktioniert und der Ministerpräsident spricht von der Genehmigung neuer Kraftwerke? Nur eine unterschiedliche Formulierung - oder mehr? Oder sollte man doch eher den Vertre-

tern der IG BCE trauen, die ganz offen von der Braunkohle als der Zukunft der Lausitz reden und sie noch über 100 Jahre fördern möchten? Als Mitglied des Aufsichtsrates von Vattenfall sagt der Vize-Bundeschef dieser Gewerkschaft am 18.10.07 in der MAZ: „Die Entwicklung kohlendioxidarmer Kraftwerke muss ebenso vorangetrieben werden wie die Erhöhung der Wirkungsgrade in Kraftwerken ohne CO^2-Abscheidung. Denn erst die Zukunft wird zeigen, welche Lösung die nachhaltigere ist“.
Ich bin Herrn Freese für diese offenen Worte sehr dankbar. Ich denke, ihm kann man vertrauen. Er will die Braunkohle der Lausitz nutzen, so lange es geht und sie auch in Kraftwerken verstromen, die ohne CO^2- Abscheidung arbeiten. Er spricht aus, was sich Vattenfall und Regierungsvertreter nicht zu sagen trauen, aber real betreiben. Diesen verlogenen Populismus sollten wir stoppen. Im Interesse Brandenburgs, des Klimas, der Umwelt und der sozialen, ökonomischen und ökologischen Zukunft der Lausitz: unterschreibt die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue - Für eine zukunftsfähige Energiepolitik“.

Thomas Nord ist Landesvorsitzender der LINKEN in Brandenburg

Energiepolitische Konferenz der LINKEN in Cottbus

Christian Rehmer

Selten hat eine Konferenz der LINKEN schon im Vorfeld für so viel Aufregung gesorgt. Der Landesvorstand wurde von zahlreichen Genossinnen und Genossen schon vor dem letzten Septemberwochenende, an welchem die energiepolitische Konferenz in Cottbus stattfand, mit Positionspapieren und Stellungnahmen überhäuft. DIE LINKE. Forst fand, eine Entscheidung für einen mittelfristigen Braunkohleausstieg sei nicht richtig: „Der soziale Frieden in der Lausitz wird damit erheblich gestört“. Im Gegensatz dazu gab es einen Aufruf, in welchem gefordert wurde: „Nach der energiepolitischen Konferenz in Cottbus sollte sich der Landesverband der Volksinitiative durch einen Beschluss des Landesvorstandes anschließen.“
Am Ende der Tagung wurde eine ungewöhnlich klare Entscheidung vom Landesvorstand gefasst: 12 zu 1 für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung und die Unterstützung der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik“.
Ein breiter Diskurs über die Energie von Morgen stand im Mittelpunkt. Viele Standpunkte und eine breite Debatte wurden den ca. 110 Anwesenden geboten. Den Anfang machte Vattenfall. Reinhard Hassa referierte über die „Energieversorgung für Brandenburg 2050 - Der Beitrag von Vattenfall“. „2050 ist aus heutiger Sicht noch in weiter Ferne. Doch nehmen Genehmigungs- und Aufschlusszeiten für Tagebaue zusammen rund zwei Jahrzehnte in Anspruch“, so der Konzernvertreter. Damit sei die Diskussion darüber keinen Tag zu früh gestartet. Stefan Peter (ISUSI) betonte die Möglichkeit von der Braunkohle wegzukommen. „Wir brauchen erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung statt alter Kraftwerke“, forderte der Energieexperte aus München. Im dritten Vortrag erläuterte Dr. Obst vom Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe die „Fortführung von Braunkohletagebauen in Brandenburg“. Allerdings war sein Vortrag nicht, wie angekündigt und erwartet, über die an die TU Clausthal vergebene Potentialstudie zur Lausitzer Braunkohle. Den letzten Vortrag vor der Mittagspause hatte René Schuster von der Grünen Liga Brandenburg e.V. Er stellte klar, dass bereits mit den aktuell von Vattenfall geplanten fünf Tagebauen 3.700 Menschen umzusiedeln seien. „Die durch die Braunkohleverstromung erzeugten Probleme beim Klimaschutz und die Umsiedlungen sind unverantwortlich“, so der Umweltschützer. Er forderte einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung.
Auf dem Podium des Nachmittags nahmen Wolfgang Thiel (MdL) und Ralf Christoffers (MdL) als Vertreter der Landtagsfraktion, Jonas Mey vom BUND, Ralf Bartels von der IGBCE und Hans-Kurt Hill (MdB) als Vertreter der Bundestagsfraktion Platz. Der Moderator Jörg Staude verstand es geschickt die Themen des Vormittags aufzugreifen und die Diskussion anzufachen. Die Debatte drehte sich um die Arbeitsplätze der in der Braunkohle Beschäftigen, um den Widerstand der von der Abbaggerung bedrohten Dörfer und die Möglichkeiten alternativer Energieerzeugung für Brandenburg. Besonders die Möglichkeiten der so genannten CO^2-neutralen Kraftwerke wurden kontrovers debattiert. Ralf Bartels vertrat die Meinung, diese Technik käme den Anliegen der Klimaschützer entgegen und sichere gleichzeitig die Arbeitsplätze der Lausitzer. Wolfgang Thiel (MdL) hielt das für Zukunftsphantasien ohne reale Grundlagen. Im Dialog mit dem Publikum wurde klar, dass das emotionale Thema Braunkohleausstieg nicht einvernehmlich gelöst werden würde. Die Interessen der einzelnen Betroffenen waren zu unterschiedlich. Und es gäbe unterschiedlich Betroffene: Nicht nur Beschäftigte und Bewohner der von der Abbaggerung betroffenen Dörfer, sondern auch die Menschen auf der anderen Seite der Welt, die von den Folgen des Klimawandels bedroht seien. „Ich dachte, es geht bei der LINKEN auch um die internationale Solidarität“, meinte Jonas Mey vom BUND.
Der Sonntag war in der Geschäftstelle der LINKEN. Cottbus für die parteiinterne Debatte vorgesehen. Allerdings war das Interesse so groß, dass der Versammlungsraum aus allen Nähten platzte. Der Landesvorsitzende Thomas Nord eröffnete die Debatte und stellte von Beginn an fest, die Diskussion über die Zukunft der Braunkohle sei nicht erst wenige Monate

alt, sondern würde schon seit 1992 im Landesverband geführt. Eine zentrale Kritik aus den Reihen der Kohle-Freunde war mangelnde Zeit für eine wirklich intensive Debatte gewesen.
Die Mehrheit der Anwesenden griff die Argumente des Vortages für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle auf. Weitere Umsiedlungen seien nicht zu akzeptieren. Die Braunkohle bedrohe weiterhin den Wasserhaushalt. In Spremberg stoße die Papier- und Textilindustrie bereits an die Grenzen ihrer Produktionsmöglichkeiten. Beide bräuchten viel Wasser, welches jedoch von Vattenfall entzogen werde.
Einig waren sich die Befürworter und Gegner eines Braunkohleausstiegs in einem Punkt: Ein schlüssiges LINKES Energiekonzept müsse erarbeitet werden. Dazu solle auch die „LAG Energiepolitik“ wiederbelebt werden.

Chancen und Risiken erneuerbarer Energien in Brandenburg

Kirsten Tackmann

Traditionell ist Brandenburgs Energiewirtschaft von der Förderung und Veredelung der heimischen Braunkohle sowie der Verarbeitung großer Erdölimporte geprägt. Mit Folgen: 2004 stand dem Anteil Brandenburgs am deutschen Primärenergieverbrauch von 4,3% ein Anteil von 7,7% an den energiebedingten CO_2-Emissionen gegenüber (Umweltdatenbericht 2007). Wir brauchen in Brandenburg eine Energiewende hin zu einer nachhaltigen Klima-, Umwelt- und Energiepolitik. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist dafür unverzichtbar - neben Effizienzsteigerung bei der Energieerzeugung und -Nutzung sowie Reduktion des Energieverbrauchs.
Die Forderung, keine neuen Braunkohletagebaue zu genehmigen, also in den nächsten 40 Jahren aus der Braunkohleförderung auszusteigen, forciert die Entwicklung sozial, wirtschaftlich und ökologisch sinnvoller Aus- bzw. Einstiegskonzepte, um die Energieversorgung ohne fossile Energieträger zu sichern. Dabei steht für DIE LINKE die dezentrale und ökologische Erzeugung und Nutzung eines Energiemix im Vordergrund. Das senkt Überleistungsverluste (und -kosten) und sichert regionale Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze. Kommunen wie Jühnde und Schönau zeigen, dass es sich rechnet.
Eine aktuelle Potentialstudie zu erneuerbaren Energien beweist: Bereits 2020 können bis zu 2/3 des Brandenburger Strombedarfs aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden.
Nach dieser Studie hat die Solarenergienutzung das größte Potential unter den erneuerbaren Energieträgern. Das wird jedoch bislang nur begrenzt genutzt - vor allem aus technologischen Gründen. Aber selbst zur Wärmeversorgung werden schon jetzt jährlich 36.000 Öllieferfahrzeuge aus dieser Quelle ersetzt. Immer häufiger hilft in landwirtschaftlichen Betrieben die Photovoltaikanlage auf dem Dach nicht nur Kosten zu sparen, sondern sie ist eine zusätzliche Einkommensquelle.
Auch Windenergie gehört - begrenzt - in den Brandenburger Zukunftsenergiemix. Ende 2006 gab es in Brandenburg 2.302 Windkraftanlagen (~3.000 MW = Kraftwerksleistung Jänschwalde). Zum Ausbau der Windenergienutzung ist allerdings statt der Ausweisung neuer Windparks der Ersatz durch leistungsstärkere Windräder (Repowering) sinnvoller.
Die dritte Säule des Zukunftsenergiemix in Brandenburg ist die Biomasse. Hier gibt es viele Spannungsfelder bei der Erarbeitung ökologisch sinnvoller Nutzungskonzepte. Energetische und stoffliche Nutzung konkurrieren vor allem beim Holz um den nachwachsenden Rohstoff. Nahrungs- und Futtermittel konkurrieren um die 12 Mio. ha Ackerfläche der Bundesrepublik. Die gerade erfolgte Reduktion der obligatorischen Flächenstilllegung auf 0% bringt kaum Entspannung, da sie für den Anbau nachwachsender Rohstoffe bereits nicht mehr galt. Andererseits liegt unser Selbstversorgungsgrad bei vielen Agrarprodukten über 100% (bei Rindfleisch: 124%). Wäre es nicht sinnvoller, die dafür zusätzlich notwendigen Flächen zur Sicherung der Energieversorgung zu nutzten?
Die Bioenergie-Strategie muss land-/forst-, energie- und klimapolitische Zielkonflikte auflösen. Auf 2 Mio. ha (= 16,7% der Ackerfläche) werden aktuell nachwachsende Rohstoffe angebaut, davon auf 1,75 Mio. ha Energiepflanzen. Die Energierapsanbaufläche hat sich von 1,1 (2000) auf 1,7 Mio. ha (2007) erhöht; der Anbau von Energiemais von 0,07 Mio. ha (2005) auf 0,16 Mio. ha (2006) - allerdings zu Lasten des Silomaises, denn die Gesamtmaisfläche blieb bundesweit mit 1,7 Mio. ha relativ stabil. Laut Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe (FNR) kann die Anbaufläche für nachwachsende Rohstoffe ohne Einschränkung der Nahrungsmittelproduktion und unter Beachtung ökologischer Kriterien (z. B. Fruchtfolge) bis 2030 auf 4 Mio. ha verdoppelt werden.
Hauptziel der Biomassenutzung muss die Treibhausgasreduktion sein, so das aktuelle Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU). Die Ökologische Gesamtbilanz und der Energieertrag pro Hektar sind weitere wichtige Entscheidungskriterien.
Aus diesem Blickwinkel müssen einige Entwicklungen korrigiert werden. So ist die Biokraftstoffstrategie der Bundesregierung gescheitert. Zwangsbeimischungsquote und Strafsteuer zerstören die einzig sinnvolle Perspektive von Biokraftstoffen: ihre regionale Nutzung. Wir brauchen dringend einen niedrigeren Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr. Die Bioethanolherstellung ist bei uns nicht sinnvoll. Die Anlage in Schwedt galt auch von Anfang an als zu groß. Das Mammutprojekt mit 40 Biogasanlagen in Penkun ist kritisch zu sehen. Biogasanlagen sollten generell nur

mit Wärmenutzung (Kraft-Wärme-Kopplung) genehmigt werden. Die Direkteinspeisung in das Gasnetz scheitert derzeit an gesetzlichen Regelungen.
Trotz einiger Negativ-Beispiele wird auch der märkische Acker und Forst zukünftig zur nachhaltigen Energieerzeugung beitragen. Das sichert Arbeitsplätze und Einkommen in den ländlichen Räumen. Mit der Fortentwicklung der Energiestrategie beschäftigen sich auch die FH Eberswalde und die BTU in Cottbus. Brandenburg hat das Potential zum Energieland - auch jenseits des Braunkohle-Zeitalters. Dazu werden mutige Entscheidungen gebraucht - und zwar jetzt.

Kirsten Tackmann ist MdB und stellv. Landesvorsitzende in Brandenburg

Keine neuen Tagebaue!

Erika Schulz

Am 6. Oktober verabschiedete DIE LINKE. auf ihrer Gründungsversammlung in Löwenberg die kommunalpolitischen Leitlinien für ihre Region Oberhavel. Unter dem Abschnitt „Global denken - lokal handeln“ orientiert sie u.a. folgendermaßen: „Den Herausforderungen zur Nachhaltigkeit, der Ökologie sowie einer sozial- und basisdemokratischen Energieversorgung muss künftig die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet werden wie den Fragen zur Arbeits- und Ausbildungsplatzsicherung ... Vorrangig setzt sich DIE LINKE auch auf kommunaler Ebene für erneuerbare Energien ... ein.“
Ich begrüße diese Zielsetzung sehr und will mich für ihre Umsetzung einsetzen. Endlich findet der unser Leben am meisten beeinflussende Problemkreis auch Eingang in unsere kommunalpolitische Arbeit, nachdem er nun (viel zu spät, obwohl seit Jahren von linken Ökologen gefordert) ebenso von führenden Vertretern unserer Partei offensichtlich erkannt und aufgegriffen wird. Deutliche Aussagen trifft Oskar Lafontaine auf dem Gründungsparteitag der LINKEN, dass die neue LINKE auch eine Partei der ökologischen Erneuerung sein wird. Und weiter:
„Ein System, das nur auf Mehrverbrauch, Umsatz und Gewinnsteigerung orientiert ist, kann ökologische Fragen nicht lösen.... Die Systemfrage wird durch die Umweltfrage gestellt.“
Innerhalb des ökologischen Problemkreises spielt die Energie- und Klimafrage die zentrale Rolle. Die Energieversorgung hat schon immer in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft die entscheidende Rolle gespielt. Sie entschied über Erblühen oder Untergang von Zivilisationen und über den Ausgang von Kriegen!
Was in Jahrmillionen an Kohlenstoff in Kohle, Erdöl und Erdgas gebunden wurde, wird in 100 Jahren Industriegesellschaft durch den Schornstein gejagt. Daß die Atmosphäre wieder in vorgeschichtliche Zeiten zurückfällt und Kohlendioxid die Klimabedingungen weitgehend bestimmt und höheres Leben auf unserem Planeten gefährdet, ist lange bekannt. Der erste deutsche Chemie-Nobelpreisträger Ostwald hat schon 1909 in seinem Werk „Energetische Grundlagen der Kulturwissenschaften“ auf fossile Brennstoffe bezogen geschrieben: dass „... auch ein sparsamer Verbrauch die Erschöpfung nur hinausschieben, nicht vermeiden kann. Die dauerhafte Wirtschaft muss anschließend auf die regelmäßige Benutzung der jährlichen Strahlungsenergie (der Sonne) gegründet werden.“ Die Sonne liefert uns in 2-3 Tagen die Energie, die gegenwärtig in einem gesamten Jahr weltweit verbraucht wird!
Heute wissen wir, dass atomare und fossile Energie durch erneuerbare Energien vollständig ersetzt werden kann, und dies im Prinzip bis 2050 möglich und notwendig ist.
Wir wissen nun auch: dass die Geschwindigkeit und die Dauerhaftigkeit der gegenwärtigen Klimaveränderungen tatsächlich einen anthropogenen Hintergrund haben, also von Menschen gemacht sind. Dies hat der Internationale Klimarat (IPCC; ein UNO-Gremium), soeben mit dem Friedens-Nobelpreis geehrt, deutlich mit seinen Analysen und Einschätzungen im ersten Halbjahr 2007 bestätigt.
Und hier verknüpft sich die Energiefrage mit dem Klimaproblem:
„Zeitlich näher als die Verfügbarkeitsgrenze liegt die ökologische Belastungsgrenze für die Weltzivilisation.“ (Herrmann Scheer in „le monde diplomatique“, 6/06). Daraus folgt: die dramatische Entwicklung des Klimas lässt es nicht zu, die noch vorhandenen Ressourcen fossiler Energieträger bis zu ihrer Erschöpfung auszubeuten. Dies trifft besonders auf die Kohle zu, da „bei der Herstellung von Strom aus Kohle mit deutlichem Abstand die größte
Menge von CO_2 freigesetzt wird. Braunkohle setzt bei der Umwandlung zu Strom pro Kilowattstunde 20 bis 100 Mal mehr Treibhausgase frei als erneuerbare Energien.“ (Heiko Balsmeier in Tarantel 3/2007, S.19).
Um die Schädlichkeit der Kohleverbrennung für das Klima zu vertuschen, wird die Lüge von der „sauberen Kohle“ aufgetischt. Das bei der Verbrennung entstehende CO_2 soll abgeschieden und in Erdlagerstätten gespeichert werden. Diese auch als CO_2-Sequestierung bezeichnete Technologie ist noch im Forschungsstadium und wird nicht vor 10-15 Jahren zur Anwendung stehen. Es stellen sich weitere Fragen der Sicherheit der langfristigen Lagerung, der Kosten, des Anteils der Energieproduktion, der hierfür verbraucht wird. Dieses Forschungspotential und die Finanzmittel sollten sinnvoller für die Weiterentwick-

lung von erneuerbaren Energien eingesetzt werden. Diese Zielrichtung ist rückwärtsgewandt.
Zusammengefasst müssen wir für uns feststellen, wollen wir eine zukunftsorientierte Partei sein und uns von anderen Parteien unterscheiden, müssen wir der Energiefrage zumindest die gleiche herausgehobene Aufmerksamkeit widmen wie den sozialen Fragen und wir müssen die ökologischen Probleme immer mit denen der Lösung der sozialen Fragen verbinden.
Am 8. Oktober begann die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“. Die Initiative richtet sich aufgrund des Klimawandels gegen den Aufschluss neuer Tagebaue in Brandenburg. Bestehende Tagebaue dagegen können bis zu Ende geführt werden. Damit ist es möglich in einem mittelfristigen Zeitrahmen notwendige neue alternative Strategien zu entwickeln und für die Lausitzer Region neue Arbeits- und Lebensmöglichkeiten für die Bevölkerung zu entwickeln und zu schaffen sowie weitere Umsiedlungen zu verhindern..
Zu den Initiatoren der Volksinitiative gehören neben den Umweltverbänden und Bündnisgrünen auch DIE LINKE Brandenburgs. Dem Bündnis beizutreten war eine kluge und gute Entscheidung unseres Landesvorstandes, die unterstreicht, dass die Brandenburger LINKE es mit der Leitbilddebatte und der Weiterentwicklung der Energiestrategie ernst meint.
Es sollte uns ein bisschen stolz machen, wenn Axel Kruschat, Geschäftsführer des BUND Brandenburg in einem Interview mit dem ND vom 29./30.09.07 bezüglich der Wichtigkeit unserer Teilnahme am Bündnis feststellt: „Es ist sehr wichtig für den Erfolg der Initiative...Wenn die Linkspartei sich für die Volksinitiative engagiert, dann merken die Menschen, dass sie nach dem Ausstieg nicht allein gelassen werden sollen.“
Man spricht uns also soziale Glaubwürdigkeit zu und setzt auf unsere Aktionsfähigkeit. Machen wir uns nun engagiert auf den Weg!

CO - Pipeline

Ein kurzer Bericht über die CO-Pipeline von Bayer in NRW.

Volker Hauke

Die Bayer AG baut zur Zeit eine 67km Pipeline, in der CO (Kohlenmonoxyd) von Dormagen bis Krefeld geleitet werden soll. Betroffene Städte sind: Monheim, Langenfeld, Düsseldorf, Erkrath, Ratingen, Duisburg. Gegen den Bau und Betrieb dieser Verbindung gibt es immer stärker werdenden Widerstand. Warum?
Kohlenmonoxyd ist ein Gas, geruchlos, geschmacklos, unsichtbar, brennbar, explosiv. Es ist kaum wasserlöslich, es ist so schwer wie Luft (ähnliche Dichte). Und das Wichtigste: CO ist ein Atemgift. Es dockt anstelle des Sauerstoffs an die roten Blutplättchen an (mit einer 200fachen stärkeren Bindungsfähigkeit). Um ein Teil CO vom Blutplättchen wieder zu verdrängen, sind 201 Teile Sauerstoff nötig. Die Atemluft eines Menschen beinhaltet lediglich 68 Teile Sauerstoff. Zur Engiftung würde eine Mund-zu-Mundbeatmung also gar nicht helfen, es muss schon ein Sauerstoffzelt- oder eine Maske mit reinem Sauerstoff sein. Hierfür sind meist keine ausreichenden Kapazitäten vorhanden. In Düsseldorf beispielsweise können maximal 12 Leute in 3 Stunden entgiftet werden.
CO ist tödlich! Es ist so schwer wie Luft. Bei einer Lekkage würde folgendes passieren: Zuerst horizontale Ausbreitung in Windrichtung. Die sauerstoffführende Umgebungsluft wird „durchtränkt“, eine Vermischung oder Verdünnung fände statt, bereits 0.03% reichen aber für eine tödliche Wirkung in 1 Stunde.
Pipelinebau
Ein vom NRW Landtag 2006 extra beschlossenes Gesetz für den Bau dieser Rohrleitung gibt der Bayer AG die Möglichkeit die Grundstücke im Trassenverlauf zu enteignen. Hinzu kommt, dass die wenigsten Betroffenen überhaupt klagen dürfen. Diese Enteignungen stehen in krassem Gegensatz zum Artikel 14 Abs. 1 und 3 Grundgesetz. Ein von der Stadt Monheim in Auftrag gegebenes Gutachten von Prof. Muckel und Prof. Ogorek (http://www.monheim.de/aktuelles/pipeline/gutachten_verfassung.pdf) belegt dies. Diese Enteignungen werden laut Prof. Muckel vor dem Bundesverfassungsgericht im Sinne des GG „keinen Bestand haben können“. Eine Klage vor dem Verfassungsgericht wird aber etliche Jahre in Anspruch nehmen, „danach muss Bayer die Leitung wieder rausholen“.
Im Zuge der Bauarbeiten gab es rechtliche Auseinandersetzungen mit Initiativen und den betroffenen Städten einerseits und Bayer und der Bezirksregierung andererseits. Ein Artikel von CBG beschreibt einen Teil dieser Auseinandersetzung: http://www.cbgnetwork.org/2041.html.
In Gesprächen mit Leuten der Initiativen zeigt sich deutlich, wie Bayer versucht, ungeachtet aller recht-

lichen Unwägbarkeiten, das Projekt voranzutreiben und vollendete Tatsachen zu schaffen. „Die Baustellen werden einfach nur brutal durch die Landschaft gewalzt“. Zudem wird es wahrscheinlich so sein, dass Bayer am Ende die Leitung wieder ausbuddeln muss (siehe Muckels Gutachten), dafür aber das Land auf Schadenersatz verklagt, (wegen Verlusten der Investitionen aufgrund eines nicht konformen Gesetzes).
Es sei darauf hingewiesen, dass es Kritik an Landesregierung und Bayer gibt, wie dieses Baugesetz entstand und durch den Landtag ging, aber auch an den einzelnen betroffenen Städten. Es fiel, diesen zunächst nicht auf, was da eigentlich geplant und gebaut werden soll und welche Dimensionen, vor allem durch Gefährdung, das mit sich bringt.

Pipelinematerial

Es wird ein unlegiertes „kunststoffummanteltes Stahlrohr aus hochwertigem Material mit einem Durchmesser von 25 cm verbaut“. Mit Isolierung beträgt der Durchmesser ca. 27 cm. Es ist meines Wissens nicht bekannt wie das CO beschaffen sein wird, was da durchgeleitet werden soll. Ebensowenig ist bekannt, wie der Stahl auf das CO reagieren wird und welche Beständigkeiten (nicht) vorliegen.
Es werden 5 Ventilstationen eingesetzt, damit das Gas nicht auf einmal austreten kann, sowie zum Messen und Regeln. Die Sicherung der Stationen ist ein einfacher Deckel, den jeder manipulieren kann. Hier sind auch die verwendeten Abdichtungen kritisch zu hinterfragen.
Zur Zeit tourt Bayer mit einem Stück Rohr durch die betroffenen Städte und jede/r Interessent/in darf mal mit einem Hämmerchen auf das Rohr klopfen, um zu sehen, wie stabil es sei. Eine Lachnummer, meint ein CO-Gegner.

CO-Pipeline Erfahrungen

Es gibt wenige Pipelines dieser Art. In Europa sind es zwei, und die sind allerdings wesentlich kürzer. Es heißt zu Recht, als Kritikpunkt, dass es keine Erfahrungen mit solchen Anlagen gibt. Eine der bestehenden Leitungen liegt im Chiemgau, vor Jahren mußte sie total erneuert werden, ist gerade mal 19 km lang. Sie bekam ein Leck, dieses wurde daraufhin gesucht, allerdings musste überhaupt erstmal die Leitung gesucht werden, der Verlauf war gar nicht mehr bekannt! Es zeigte sich zudem, dass die Leitung an vielen Stellen kurz vor dem Durchrosten stand. Die Wandstärke der Rohre war von 6 mm auf 2,5 mm geschrumpft. Diese Leitung war knapp 60 Jahre alt. An manchen Stellen sind sogar Gebäude über diese Leitung gebaut worden, an einer Stelle wurde kräftig gebaggert oder Stützpfeiler drauf gebaut.
Die zweite Leitung liegt in Holland. Ein Besuch dieser Pipeline von Duisburger CO-Pipeline-Gegnern ergab folgendes: Gerade Strecke, wesentlich dünneren Querschnitt, Bebauung in wenig besiedeltem Gebiet, dort wo Bebauung in der Nähe liegt (200m) sind die Rohre jeweils im Querschnitt noch dünner gehalten, wesentlich mehr Zwischenstationen (also kleiner Abstand der Stationen). Die holländische Leitung steht, laut Aussage der Besucher, im klaren Verhältnis zur Umwelt und Bürger. Sicherheit hat klare Priorität. Diese Leitung liegt in einem betonierten Leitungstunnel, welcher mit PKW sogar befahrbar ist. Und das wichtigste: das Rohrmaterial ist wesentlich dicker und ganz anders beschaffen. Als den Holländern erklärt wurde, was und wie Bayer baut, haben sie die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und „um Gottes Willen“ gerufen. Soweit zu dieser Pipeline. Näheres siehe: http://www.contra-pipeline.de/content/view/137/2/
Warum wird von Bayer propagiert, dass es keine solche Leitung gäbe? Nun, Bayer sagt: es gäbe keine „planfestgestellte“ CO-Leitungen. Planfeststellungen sind aber erst seit den 60er Jahren vorgeschrieben, die Chiemgauer Leitung wurde vor dieser Regelung gebaut, (daher wusste auch niemand mehr, wo diese Leitung überhaupt liegt). Von daher ist Bayers Behauptung schon richtig. Mit der zweiten, holländischen Pipeline verhält es sich anders, dort wird Sicherheit wirklich groß geschrieben und danach gehandelt. Es wird also so sein, dass die Bayer AG wegen Mängeln bzw. wegen der vorherrschenden Sicherheit nicht auf diese CO-Pipelines verweisen will. (Verständlich, aber nicht akzeptabel, meinen wir.)

Sicherheit und Versorgung

Es sind einige Sicherheitsvorkehrungen vorgesehen, die teilweise gar nicht erst funktionieren können (Geräuschmessungen) oder wie anhand des Membranschlauchs (welcher austretendes Gas einfängt und nach einiger Zeit Alarm auslöst). Dieser funktioniert bei Unterführung von Wasserläufen überhaupt nicht zuverlässig bzw. gar nicht. Bei einem Vollbruch dauert es viele Stunden vom Bruch bis zum Entleeren der Leitung, Zeit, in der das Gas austritt. Bei Lecks wird die Erkennung wesentlich später erfolgen. Zwei Schieber schließen das defekte Teilstück. Wobei der Inhalt des Teilstückes munter austreten kann.
Bei einem Leck - groß oder klein - können die Rettungskräfte oder Reparaturteams unter Umständen (siehe Ausbreitungsbild) gar nicht an die defekte Stelle bzw. an die Verunglückten herankommen. Sie müssen in sicherer Entfernung bleiben. Denn nur mit unabhängiger Sauerstoffversorgung können betroffene Gebiete betreten werden. Über so etwas verfügt zwar die Feuerwehr, allerdings bei weitem nicht in ausreichender Anzahl, wie es im Falle des Falles nötig wäre. Bayers „angebliches Sicherheitskonzept“ schweigt sich eher aus, wenn es um die Frage geht, was tun bei einem „Worst Case“, also einem Gau.

Widerstand

Als bekannt wurde, um was es sich eigentlich handelt bei dieser CO-Pipeline, gab es Reaktionen. Immer-

hin der CDU-Bürgermeister von Monheim war es, der schließlich schnell reagierte und das gründlich. Er gab den Auftrag für ein Gutachten, ob die Enteignungen gesetzeskonform sind oder nicht. Alle betroffenen Städte bis auf Düsseldorf reagieren und agieren nunmehr fast geschlossen (Duisburg erst seit kurzer Zeit).
Und gerade Düsseldorf mit seiner Stellung hätte durchaus großen Einfluss. Allerdings ist die Düsseldorfer Kommunalpolitik mit CDU/FDP eher konzernwirtschaftsfreundlich orientiert und tut nichts. Die Düsseldorfer Bevölkerung, sofern sie davon weiß, ist ebenso wie die konkret Betroffenen völlig entsetzt über dieses Projekt. Die Forderung der CO-Pipelinegegner ist: Die Stadt Düsseldorf soll endlich reagieren und auch Klagen einreichen. Düsseldorfer Bürger und einige Initiativen sind schon lange dabei, gegen diesen Wahnsinn anzugehen, mit Informationsveranstaltungen, Unterschriftenlisten und auch Demonstrationen.
Dieses Lied der CO-Gegner zeigt auf, welche Brisanz dieses Projekt birgt: Das COntra Pipeline Lied!

Danke für diese Giftgasleitung,
Danke für den Erstickungstod!
Danke für all die Zukunftsängste,
das tut echt nicht Not!

Danke für die Enteignungssache,
Danke für BAYERs 40 bar!
Danke für Eure Rücksichtsnahme,
denn nichts davon ist wahr!

Danke für all die Sicherheiten,
Danke für diesen blanken Hohn!
Danke für diese Trassenlegung,
da will ich nicht wohn'!

Text: Verena Meinhold, Melodie: Originallied ,,Danke, o Herr"

Ich verweise weiterhin auf die Broschüre der Co-Gegner: „Bayer_Märchenbuch", dort wird einiges treffend dargelegt.

Links:
http://www.ig-erkrath.de/Download/Files/
Bayers_Maerchenbuch_20070925.pdf
http://www.ig-erkrath.de
http://www.contra-pipeline.de
http://www.cbgnetwork.org/
http://www.muthilden.de/

Ökologische Plattform NRW

Das SPD-Grundsatzprogramm und die Ökologie

Ralf Henrichs

Auch wenn seit der Durchsetzung der Agenda 2010, die nicht dem damaligen SPD-Parteiprogramm entsprach, die mittlerweile geringe Bedeutung, die ein Parteiprogramm innerhalb der SPD einnimmt, deutlich geworden ist, macht es Sinn, sich mit dem neuen Grundsatzprogramm der SPD im Hinblick auf die Umweltpolitik zu beschäftigen. Denn nach dem SPD-Vorsitzenden Beck macht die SPD hierin deutlich, dass sie sich weiterhin als „linke Volkspartei" versteht. Insofern kann man dies als die am weitesten links stehenden Positionen betrachten, die gegenwärtig in der SPD mehrheitsfähig sind.

Wirtschaftssystem:
Die SPD bekennt sich zum demokratischen Sozialismus, indem sie betont, dass der „demokratische Sozialismus ... für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft" bleibt (S. 9). Der demokratische Sozialismus, wie ihn die SPD versteht, „verlangt eine Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Menschen akzeptiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, also in sozialer und menschlicher Sicherheit führen können." (S. 9) Von einer Vergemeinschaftung von Produktionsmitteln, zumindest der in Bezug auf die öffentliche Daseinsvorsorge, ist in dieser Definition keine Rede. Daher ist es auch kein Widerspruch, dass sich die SPD nicht vom Kapitalismus, so dieser sozial abgefedert ist, distanziert. Im Gegenteil im Abschnitt „Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert" heißt es deutlich: „Im 20. Jahrhundert ist mit der Sozialen Marktwirtschaft ein hervorragendes Erfolgsmodell geschaffen worden. Sie verbindet wirtschaftliche Stärke mit Wohlstand für breite Schichten... Für uns gilt: So viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierender Staat wie nötig." (S. 24)

Wachstum:
Zwar propagiert die SPD kein Wachstum um jeden Preis, aber in Form eines „qualitativen Wachstums" versucht sie doch möglichst alle Ziele zu vereinen. „In der Vergangenheit ist Fortschritt vor allem als quantitatives Wachstum verstanden worden... Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Dafür ist qualitatives Wachstum mir reduziertem Ressourcenverbrauch nötig." (S. 24) Ob aber Ökologie und Wirtschaftswachstum - und sei es in Form eines qualitativen Wachstums mit reduziertem Ressourcenverbrauch - wirklich zu vereinen sind, wird nicht diskutiert.

Technischer Fortschritt:
Die SPD setzt gerade in der Umweltpolitik stark auf technologische Innovationen. „Strategische Industriepolitik muss ökologische Industriepolitik sein. Ökologische Marktanreize sind Antrieb des qualitativen Wachstums... Damit neue Ideen rasch in neue Produkte und neue Arbeitsplätze umgemünzt werden, wollen wir eine Politik, die Forschung, Produktentwicklung und unternehmerische Investitionen eng miteinander vernetzt.“ (S. 26) Zuvor heisst es auf S. 25: „Der Staat kann und soll die Märkte nicht ersetzen. Aber er kann Leitmärkten Impulse geben.“ Das klingt sehr nach Appellen und Anreizen, die die Industrie annehmen kann oder auch nicht. Die SPD möchte der Industrie offensichtlich keine Vorgaben machen, die diese auch zwingend umsetzen muss.

Umweltpolitik im Rahmen der Vereinten Nationen:
Die SPD fordert „einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Soziales- und Umweltpolitik. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen, die Gefahren unkontrollierter Kapitalbewegungen, soziales und ökologisches Dumping begrenzen helfen“. (S. 12) Bis hierhin ist zuzustimmen, doch heisst es weiter: „Alle Regionen und die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen sollen in diesem Rat vertreten sein.“ Da aber Umweltinstitutionen diesem Rat offensichtlich nicht angehören sollen, dürfte klar sein, welche Interessen dort dominieren würden. Zumal anschließend eine Stärkung der Internationalen Arbeitsorganisation angestrebt wird, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) jedoch nicht erwähnt wird.

Umweltpolitik innerhalb der Europäischen Union:
Da die Europäische Union einen immer größeren politischen Einfluss hat, erklärt die SPD: „Wo der Nationalstaat den Märkten keinen sozialen und ökologischen Rahmen mehr setzen kann, muss dies die Europäische Union tun.“ (S. 15) Wie dieser ökologische Rahmen aber aussehen könnte, bleibt unbeantwortet, denn im weiteren Verlauf ist nur noch vom sozialen und demokratischen Europa sowie von der „Friedensmacht Europa“ die Rede.

Energiepolitik:
Die SPD bekräftigt „den Ausstieg aus der Atomkraft“ (S. 28). Weitergehende Ziele (beschleunigter Ausstieg, keine Hermes-Kredite für deutsche Unternehmen für Atomkraftbauten im Ausland, Verzicht auf überflüssige Atomtransporte etc.) gibt es aber nicht.
Bei den fossilen Energieträgern geht der Weg für die SPD zwar weg von Öl, aber Kohle wird weiterhin akzeptiert. „Wir wollen weg vom Öl und anderen erschöpflichen Energien, bei denen wir auf Importe angewiesen sind. Als Brücke ins solare Energiezeitalter setzen wir auf moderne Kohle- und Gaskraftwerke mit hocheffizientem Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung.“ (S. 28). Dass aber auch hocheffiziente Kohlekraftwerke klimapolitisch sehr problematisch sind, findet im SPD keinen Niederschlag.
Die einzige regenerative Energiequelle, die die SPD nennt, ist die Solarenergie: „Unser Ziel ist ein solares Energiezeitalter.“ (S. 25) Welche Positionen die SPD aber bei den anderen regenerativen Energieträgern einnimmt, die ja umweltpolitisch nicht unumstritten sind, bleibt unklar.

Verkehrspolitik:
In diesem Umweltbereich ist ein Konzept nur schwer zu erkennen. Zum motorisierten Individualverkehr heißt es, dass die SPD „die Chancen der Hybrid-, der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie entschlossen nutzen“ will. Da es sich dabei noch weitgehend um Zukunftstechnologie handelt (Ausnahme: Hybridantrieb), wäre eine Aussage zu den benzin- bzw. dieselbetriebenen Fahrzeugen interessant. Doch hierzu findet sich nichts. (Der bekannte Beschluss zu „Tempo 130 auf Autobahnen“ ist nicht Teil des Grundsatzprogramms und daher nicht Teil dieser Analyse)
Auch die Aussage zu den Transporten bleibt unklar: „Notwendige und gewünschte Mobilität fördern wir. Überflüssigen Verkehr wollen wir durch bessere Logistik und klügere Siedlungsstrukturen vermeiden.“ Wann ist Verkehr überflüssig?
Die Bedeutung des Bahnverkehrs wird gesehen („Wir wollen einen modernen und leistungsfähigen Schienenverkehr.“), aber allenfalls begrenzt unterstützt, denn „der öffentliche Personennahverkehr bleibt für uns eine öffentliche Aufgabe“ (alle Zitate auf S. 28). Von Bahntransporten und dem Personenfernverkehr ist nicht die Rede. Im übrigen könnte hierfür eventuell auch ausreichen, wenn 51% des Schienennetze in öffentlicher Hand verbleiben würden. Eine Absage zur Bahnprivatisierung ist (natürlich) nicht Teil des Programms.
Zum Flugverkehr und zu den Wasserstraßen findet sich keine Äußerung.

Klimapolitik:
Die SPD spricht sich dafür aus, dass der „weltweite Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 halbiert“ wird. Berücksichtigt man die obigen Aussagen im Bereich der Energie- und Verkehrspolitik, aber auch das Setzen auf den technischen Fortschritt statt klarer gesetzlicher Vorgaben, ist unklar, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Zumal allgemein davon ausgegangen wird, dass diese Zielvorgabe für Deutschland eine CO_2-Reduktion um 80% bedeuten würde. Diese auf Deutschland bezogene Zielmarke fehlt allerdings im Grundsatzprogramm der SPD. Hierzu heißt es nur unverbindlich: „Wir dringen auf weitere, ehrgeizigere Abkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen.“ (alle Zitate auf S. 28).

Gentechnik:
„Landwirte und Verbraucher haben einen Anspruch auf gentechnikfreien Anbau.“ (S. 28) Das klingt nicht nach einem Verbot von gentechnischem Anbau sondern danach, dass gentechnischer Anbau so prakti-

ziert wird, dass daneben auch gentechnikfreier Anbau möglich ist. Ob und unter welchen Bedingungen dies möglich ist, wird nicht thematisiert.

FAZIT:
Auch wenn die SPD wohl auch den Umweltteil ihres neuen Grundsatzprogramms als „links“ bezeichnen sollte, ist dies noch sehr weit von den Vorstellungen der Ökologischen Plattform entfernt.

LAG Ökologische Plattform in Baden-Württemberg gegründet

Anne Maike Rahlfs und Wolfgang Kämmerer

Am Samstag, den 29. September 2007, wurde in Stuttgart die „LAG Ökologische Plattform“ der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg gegründet. Das Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist die konsequente Umsetzung von umweltpolitischen Belangen für eine zukunftsfähige Gesellschaft.
Als Referent zur Gründung kam Marko Ferst von der Bundesinitiative Ökologische Plattform. Er beschrieb deren Aktivitäten seit 1994 und die inhaltlichen Schwerpunkte. Franz Groll - Mitglied im Interims-Landesvorstand der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg - erläuterte die notwendigen Reformen des Wirtschaftssystems in ökologischer Hinsicht. In einer lebhaften Diskussion wurden die Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit diskutiert: die Vertiefung der bisherigen Konzepte und die Entwicklung von kommunalpolitischen Forderungen für den Kommunalwahlkampf 2009.
Gegen Ende der Diskussion wurde ein Erweiterungsantrag für den Leitantrag des Landesvorstandes zum Landesparteitag beschlossen. Ziel ist es, ökologischeThemen in allen Bereichen der Partei zu verankern und diese Vorstellungen der Linken auch in der Öffentlichkeit zu präsentieren.
Zu Sprechern der Landesarbeitsgemeinschaft wurden Anne Maike Rahlfs aus Stuttgart und Wolfgang Kämmerer aus Esslingen gewählt. DIE LINKE in Baden-Württemberg hat somit ihr Themenspektrum deutlich erweitert und bietet zusätzlich zu ihren sozialen Zielsetzungen auch eine fundierte ökologische Ausrichtung an. Die AG trifft sich an jedem dritten Montag im Büro des Landesverbandes in Stuttgart und wird in Zukunft quartalsweise Samstags, erstmalig am 19. Januar 2008 Veranstaltungen durchführen.

Linke Umweltpolitik unter der Lupe: „Wie grün ist DIE LINKE?“

Christian Rehmer

Am 26.09.2007 fand im Café am Weidendamm (Eberswalde) die Veranstaltung „Wie GRÜN ist DIE LINKE?“ statt. Eingeladen hatten der Eberswalder Stadtvorstand und die AG Umwelt (AGU) bei der LINKEN im Barnim. Der Sprecher der AGU - Christian Rehmer - begrüßte die ca. 15 Anwesenden und stellte die drei Referenten des Abends vor: Bernd Brouns (Umweltreferent der Bundestagsfraktion DIE LINKE), Axel Kruschat (Geschäftsführer des BUND Landesverband Brandenburg e.V.) und Dr. Andreas Steiner (Barnimer Baumschutzstammtisch & SPD Finow).
Und schon ging´s los. „Warum sollte sich DIE LINKE als soziale Partei jetzt auch noch um die ökologische Frage kümmern?“, fragte Umweltexperte Brouns. Dafür gäbe es fünf gute Gründe. Für DIE LINKE sei die internationale Solidarität mit den Armen und Schwachen von zentraler Bedeutung. Gerade diese seien es, welche unter den Auswirkungen des Klimawandels verstärkt zu leiden hätten. „In Holland werden sie die Deiche höher bauen, in Bangladesh führt das aber zu viel größeren Schwierigkeiten“, gab Brouns zu bedenken.
Des Weiteren müsse die Partei glaubhaft für den Frieden streiten. Schon heute seien Klimakonflikte Kriegs- und Vertreibungsgründe. Die Linke müsse konsequent die ökologische mit der sozialen Frage verknüpfen, das würde die Mittelstandspartei der Grünen schon lange nicht mehr machen. Letztendlich würde die von der LINKEN gestellte Systemfrage immer auch automatisch die ökologische Frage stellen, wie der neue Parteivorsitzende Lafontaine auf dem Gründungsparteitag hervorhob.
Brouns betonte, „wir sind programmatisch nicht schlecht aufgestellt“, allerdings bekäme das kaum jemand mit. In der Umweltpolitik der LINKEN bestünde ein Kommunikationsproblem. Das läge vor allem daran, dass niemand des Führungspersonals glaubhaft für die Ökologie stünde. Daran sei zu arbeiten. Des Weiteren gäbe es kritische Umweltthemen, in welchen noch viel Debattenbedarf bestünde: z.B. bei der Braunkohleverstromung oder der Pendlerpauschale.
Der anschließende Vortrag des BUND-Geschäftsführers Axel Kruschat begann mit der Frage „Ist DIE LINKE grün genug?“. Kruschat ließ einen theoretischen Vortrag über die Themen „links „ bzw. „grün“ folgen. DIE LINKE müsse die Solidarität und Subsidiarität in der Gesellschaft zum Ziel haben. Grün würde sie dadurch, dass sie dabei nicht die Belange der zukünftigen Gesellschaften aus den Augen verliere. Für die Brandenburger Umweltverbände sei DIE LINKE durchaus ein Partner, allerdings könne man sich nicht immer auf die Zusagen der einzelnen Abgeordneten verlassen. Kruschat mahnte an, „vom Ver-

zichtsdiskurs zum Management überzugehen“. DIE LINKE dürfe nicht den Fehler machen das Thema „Verzicht“ so sehr in den Fokus zu rücken, wie dies viele Umweltverbände tun würden. Aufgabe der LINKEN sei es „grüne Politik sozial gerecht zu machen“.
Der dritte Vortrag des Abends hatte die Barnimer Umweltpolitik zum Inhalt. Dr. Andreas Steiner, von 2004 bis 2007 Mitglied des Umweltausschusses (A5) des Kreistages, stellte die aus seiner Sicht wichtigsten umweltpolitischen Themen der letzten Jahre vor. Hierbei schätzte er DIE LINKE sehr unterschiedlich ein. Bei einigen Themen sei sie ein guter Partner der Umweltpolitik, bei anderen wie z.B. beim Konflikt um die Rüdnitz-Danewitzer Allee allerdings nicht. Steiner betonte, „die partei- und gruppenübergreifende Zusammenarbeit muss im Vordergrund stehen. Nur gemeinsam können wir die zentralen umweltpolitischen Fragen lösen“. Ein Ort für eine solche parteiübergreifende Zusammenarbeit ist beispielsweise die AG Umwelt bei der LINKEN im Barnim, die jedem offen zugänglich ist.
Dr. Steiner betonte in seinen Ausführungen die teilweise mangelnde Fachkompetenz der Kreistagsmitglieder. Er bemängelte auch die offensichtliche Anbiederung einzelner an die Kreisverwaltung und kritisierte fehlenden Abstand zwischen Legislative und Exekutive.
Nach den drei Vorträgen folgte eine lebhafte Diskussion. Kontrovers wurde beispielsweise die Studie zum demographischen Wandel in Brandenburg des Berlin-Institutes diskutiert. In dieser wird vorgeschlagen, den wenig besiedelten Gebieten Brandenburgs eine Wegzugsprämie zukommen zu lassen. „Ökologisch sinnvoll, aber menschlich heftig“, meinte ein Anwesender. Trotzdem müsse auch DIE LINKE sich Gedanken darüber machen, wie die gesellschaftliche Infrastruktur in den peripheren Regionen des Landes aufrechterhalten werden solle.
Ein weiterer Debattenpunkt war die Frage nach energetischen Einsparpotentialen. „Das bringt doch nichts, das Kraftwerk Jänschwalde wird trotzdem weiter die Luft verschmutzen“, meinte Kruschat. „In Kuba wurde im Jahr der Energierevolution 2003 nur durch das Austauschen der Glühbirnen und den Zukauf von Reiskochern eine Menge Energie eingespart, die muss nun auch nicht mehr durch Öl erzeugt werden“, entgegnete Rehmer. Einig war man sich darin, dass ein massiver Wechsel der Stromerzeugung hin zu erneuerbaren Energien nötig sei. Die Braunkohle habe keine Zukunft.
Das Fazit des Abends: DIE LINKE ist auf dem Weg grüner zu werden, aber ein steiniger Weg scheint noch vor uns zu liegen. „Was passiert, wenn wir auch in Regierungsverantwortung sind?“, meinte Brouns kritisch. Das wird sich zeigen.

Stellungnahme

zur Nichtbehandlung der von Cuba Si, der Ökologischen Plattform und der Kommunistischen Plattform zur Sitzung des Parteivorstandes vom 17. November 2007 eingereichten Vorlage (Anlage).

Wie wir erfuhren, hat es der geschäftsführende Vorstand auf seiner Sitzung vom 5. November 2007 abgelehnt, unsere Vorlage für die Sitzung des Parteivorstandes am 17. November 2007 auf die Tagesordnung zu setzen. Wir können diese Entscheidung nicht nachvollziehen.
Worin bestand das Wesen unserer Vorlage? Wir wollten, dass vier Zusammenschlüsse, nämlich das Antieiszeitkomitee, die AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, das Marxistische Forum und die Seniorenarbeitsgemeinschaft gemäß § 7 (2) Satz 2 der Bundessatzung als bundesweit anerkannt werden und mindestens ein Delegiertenmandat mit beschließender Stimme für den Bundesparteitag erhalten. Selbstverständlich waren wir uns a priori dessen bewusst, dass § 38 (8) der Bundessatzung „Bis zur Konstituierung des ersten Bundesausschusses im ersten Quartal 2008 werden dessen Aufgaben durch den Parteivorstand wahrgenommen“ auslegbar ist. Es war uns also von vornherein klar, dass der Antrag aus formalen Gründen abgelehnt werden kann bzw. - wie geschehen - gar nicht erst zur Behandlung gelangt. Wir haben nicht auf Formalitäten gesetzt, sondern in der Hoffnung gehandelt, dass eine politische Entscheidung gefällt wird.
Aber genau genommen ist das ja auch geschehen; nur anders als gedacht. Es ist eine politische Entscheidung, wenn beispielsweise den behinderten Genossinnen und Genossen in unserer Partei nicht die sichere Möglichkeit gegeben wird, ihre spezifischen Interessen auf dem Parteitag durch einen stimmberechtigten Delegierten zu vertreten. Ähnliches ließe sich für die anderen drei Zusammenschlüsse sagen; dass geht aus den Selbstdarstellungen hervor, die dem Antrag als Anlagen beigefügt sind.
Wir bitten den Vorstand hiermit sehr, vor dem 28. Januar 2008, wenn u.a. die Delegiertenmandate für Zusammenschlüsse beschlossen werden, noch einmal zu prüfen, ob in den genannten wenigen Fällen nicht eine Ausnahmeregelung getroffen werden kann. Zu warten, bis der Bundesausschuss zusammentritt, bedeutet, den Genossinnen und Genossen aus den entsprechenden Zusammenschlüssen mindestens für eine ganze Wahlperiode die Möglichkeit auf ein Stimmrecht vorzuenthalten.

Für die Zusammenschlüsse:

Reiner Thiele, Marko Ferst, Thomas Hecker

DIE TARANTEL-BÜCHERECKE

Stefan Rahmstorf, Katherine Richardson
Wie bedroht sind die Ozeane? Biologische und physikalische Aspekte
Die Meere sind eine Grundlage unseres Lebens - sie regulieren unser Klima und sind ein wichtiger Nahrungslieferant. Doch wir zerstören sie durch globale Erwärmung, Überfischung und Verschmutzung. Das wird verheerende Folgen haben, wenn wir nicht rasch umdenken und handeln. Dieser Band zeigt Ansätze auf, wie wir unsere ozeanischen Ökosysteme wirkungsvoll schützen können.
Katherine Richardson ist Professorin für Biologische Ozeanographie an der University of Aarhus (DK) und Vize-Präsidentin des Scientific Committee of the European Environment Agency. Stefan Rahmstorf ist Professor für Physik der Ozeane in Potsdam und Leiter der Abteilung Klimasystem am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Schwerpunkt: Rolle der Meeresströmungen bei Klimaänderungen.
280 Seiten, Fischer Taschenbuch-Verlag, 2007, 9,95 €

Wolfgang Pomrehn
Heiße Zeiten. Wie der Klimawandel gestoppt werden kann
Die Klimadebatte ist voll entbrannt und geht doch am entscheidenden Punkt vorbei: Es geht um den kompletten Umbau der Industriegesellschaft. Die Frage ist nicht, ob das Zeitalter von Öl, Kohle und Atomenergie zuende geht, sondern wann und wie das geschieht. Den Umbau so schnell wie möglich zu beginnen und nicht abzuwarten, bis die ökologische Krise allgegenwärtig und die ökonomische nicht mehr abzuwenden ist, darum dreht es sich. Und zugleich um die Kontrolle über die gesellschaftlichen Ressourcen: Gelingt die Umstellung der Energieversorgung oder überziehen die Stromkonzerne das Land mit neuen Kohlekraftwerken? Diktiert weiterhin die Autolobby die Verkehrspolitik? Können die Kämpfe für Klimaschutz und sinnvolle Beschäftigung miteinander verbunden werden? Wolfgang Pomrehn trägt die wichtigsten Fakten und Argumente zusammen. Er macht die physikalischen Grundlagen der Klimaprobleme verständlich, nimmt die Bedrohungsszenarien unter die Lupe und diskutiert Sackgassen und echte Alternativen. Wolfgang Pomrehn arbeitet als freier Journalist und war Korrespondent bei den Klimakonferenzen der UN in Berlin, Bonn, Genf, Den Haag und Kyoto.
236 Seiten, PapyRossa-Verlag, 2007, 16,90 €

Tobias Debiel, Dirk Messner, Franz Nuscheler (Hrsg.)
Globale Trends 2007. Frieden - Entwicklung - Umwelt
Der Band liefert die Essenz des Wissens über wesentliche Trends in den Bereichen Frieden, Entwicklung und Umwelt. Gestützt auf die neueste internationale Fachliteratur und auf eine große Menge von Daten aus einer Vielzahl von internationalen Berichten und Analysen dokumentieren und interpretieren sie aktuelle und längerfristige Entwicklungen und Zusammenhänge. Zahlreiche Abbildungen und Tabellen bereiten das Zahlenmaterial auf und veranschaulichen die aufgezeigten Trends. Die einzelnen Kapitel analysieren und interpretieren die Zusammenhänge, ziehen Schlussfolgerungen und liefern Handlungsempfehlungen für die nationale und internationale Politik. Der Band legt einen besonderen Fokus auf den Aspekt der „globalen Verwundbarkeit“, der etwa in dem Kapitel „Klimawandel und globale Gesundheitsrisiken“ besonders deutlich wird. Auch die Frage „menschlicher Sicherheit“ wird prominent behandelt. Weitere neuere Entwicklungen wie die zu beobachtenden Machtverschiebungen im internationalen System, die Problematik fragiler Staaten, die digitale Kluft oder das wachsende Konfliktpotenzial durch Rohstoffverknappung finden ihren Niederschlag.
416 Seiten, Fischer Taschenbuch-Verlag, 2007, 14,95

Reimar Gilsenbach
Wer im Gleichschritt marschiert, geht in die falsche Richtung. Ein biografisches Selbstbildnis
Drei Grundanliegen bestimmten Gilsenbachs Leben: Seine Plädoyers für die gefährdete Natur, seine Solidarität mit verfolgten und bedrohten Menschen, insbesondere mit Sinti und Roma, und sein unbedingtes Eintreten für Gewaltlosigkeit und Frieden. Aus diesen drei Anliegen leitet sich Gilsenbachs strikter Antimilitarismus her. Wann auch immer die Staatsdoktrin zu Verbrechen führte wie im NS-Staat oder Lügen in ewige Wahrheiten verkehrt wurden, entschied Gilsenbach sich gegen den Staat und folgte der Stimme seines Gewissens. 1964 lernte Gilsenbach Wolf Biermann und durch ihn Robert Havemann kennen. Die Freundschaft mit ihnen bestimmte sein zunehmend kritisches Verhältnis zur DDR. Von 1952 bis 1962 redigierte Gilsenbach die Kulturbundzeitschrift „Natur und Heimat“. Nach ihrem Exitus zog er nach Brodowin an den Rand des Naturschutzgebietes „Plagefenn“ und arbeitete als freischaffender Schriftsteller.
333 Seiten, Westkreuz-Verlag, 2004, 19,90 €
www.gilsenbach-gilsenbach.de

Marko Ferst
Republik der Falschspieler. Gedichte
Wohin driftet die Berliner Republik? Ein bißchen Gelddiktatur schadet doch niemandem? Die Gedichte in diesem Band bürsten unbequem gegen den Strich. Hartz IV und Ein-Euro-Job kommen auf den Prüfstand. Da wird nach sozialer Gerechtigkeit ebenso gefahndet wie nach ökologischer Balance. Sind wir als Zivilisation dem Untergang geweiht? Der Autor setzt sich auseinander mit den Folgen von Tschernobyl für die Menschen und thematisiert: Atomkraft ist unverantwortlich. Er führt uns nach Mittelasien und schreibt sich an die Tragödie um den verschwindenden Aralsee heran.
Wieviel unschuldige Opfer fordert der angebliche Kampf gegen den Terror? Was konnte die orange

Revolution in der Ukraine leisten oder wieviel blaue Adern durchziehen sie? Unternommen wird ein Ausflug an die Wolga und nach Kasan. Einen umfangreichen Abschnitt mit Liebesgedichten findet man vor, überdies zahlreiche Landschaftsgedichte. Außerdem: was kann dem streßgeplagten Weihnachtsmann alles passieren? Eine Nachtwanderung führt in spukumwundenes Ferienland.
172 Seiten, Edition Zeitsprung, 2007, 11,60 €
Leseproben: www.umweltdebatte.de

Wie „grün“ muß DIE LINKE. sein?
Dokumentation zur Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag vom 12. Mai 2007 in Berlin. Die DVD enthält Filmmaterial und zusätzlich Text-Dateien und Bilder. Bestellen: Dr. Klaus Meier, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1,10243 Berlin, Tel. 030-44310-145

Heinrich Beindorf

In den Vorstädten

In den Vorstädten
da sitzen sie
die Konstrukteure von
Schützenpanzergetrieben
und 300-PS-Limousinenmotoren
getarnt als Familienväter
die Mitarbeiter der Inkassoabteilung
Genetiker AKW-Chefs
in Grillschürzen unter bunten Markisen
die PR-Assistentinnen der
chemischen Industrie
auf dem Weg zur
Krabbelgruppe.

Nach den Urlauben den
Autos zu urteilen
geht es prima
ist oft richtig was
los hier draußen
bei uns

scheint noch keiner
zu fürchten
dass man uns
holen kommt

kann aber passieren
sagen
einige.

aus: In den Vorstäden. Gedichte
(Anthologie mit verschiedenen Autoren)

Bodenschutz

Positionspapier der BAG „Umwelt / Energie / Verkehr“

„Es gibt in der ganzen Natur keinen wichtigeren, keinen der Betrachtung würdigeren Gegenstand als den BODEN.“

Frédéric Albert Fallou, 1862

Präambel:

Als Boden wird die oberste, belebte Schicht der Erdrinde bezeichnet. Nur diese im Vergleich zum Erddurchmesser hauchdünne Schicht steht als Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen zur Verfügung. Nur in dieser hauchdünnen Schicht vollziehen sich die für den Naturhaushalt, alle terrestrischen Ökosysteme und für den Menschen essentiellen Filter-, Puffer-, Speicher- und Stoffumwandlungsprozesse.
Diese zarte Bodenschicht erzeugt die primäre Biomasse, die für die Ernährung von Mensch und Vieh, für die Energiegewinnung und für die Produktion von Gebrauchsgütern notwendig ist. Der Boden ist darüber hinaus Träger für Bauwerke, prägendes Landschaftselement und Archiv von Kultur- und Klimageschichte. Jede menschliche Aktivität braucht und beeinflußt somit den Boden. Der Boden stellt eine nicht vermehrbare und wegen seiner langen Entwicklungszeit praktisch nicht erneuerbare Ressource dar. Für die Ernährung einer weiter wachsenden Weltbevölkerung und für die Verbesserung der Lage von etwa 800 Millionen hungernden und chronisch unterernährten Menschen steht nur ein endlicher Teil der Pedosphäre zur Verfügung. Von 131 Mio. km² fester Erdoberfläche sind nur reichlich ein Drittel für die Produktion von Nahrungsmitteln geeignet (25 % Grünland, 11 % Ackerland). Weltweit sind die Böden in ihrer Funktionalität und Existenz durch Wind- und Wassererosion, Verlust organischer Substanz, Kontamination, Versiegelung, Verdichtung, Verlust an biologischer Vielfalt und Versalzung bedroht. Zu oft in der menschlichen Geschichte blieb nur unfruchtbares Land, wo einst Hochkulturen ansässig waren. Boden ist uns meist so selbstverständlich, daß sich Umweltbewußtsein mehr an korrekter Mülltrennung, an den neuen Abgasnormen oder an einem Einfuhrverbot von Tropenholz als an Bodenschutz festmacht. Letztlich ist aber der Faktor „Boden“ von entscheidender Bedeutung für das Weiter- eigentlich Überleben der Menschheit.
Die Böden sind grundlegend für das Klima. Sie binden über die auf ihnen wachsenden Pflanzen CO_2. Sie sind wichtig für den Wasserhaushalt als Speicher und Filter, für die Artenvielfalt von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen, für die Ernährung, für nachwach-

sende Rohstoffe und für zahlreiche weitere Nutzungszwecke.
Grundlage ist die Gewährleistung der natürlichen Funktionsfähigkeit, die zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit beiträgt und so auch Schutz vor Erosion bietet. Katastrophen wie Hochwasser stehen in direktem Zusammenhang mit dem Zustand der Böden. Bodenschutz kontra Flächenverbrauch, dies ist eine Herausforderung für Kommunen. Handlungsraum besteht in der Begrenzung des Flächenverbrauchs, in der Förderung flächensparender Bauweisen, in der besseren Ausnutzung von Gebäuden, in der Revitalisierung von Brachen sowie in der Entsiegelung und im Rückbau.
Die künftige Siedlungsentwicklung läßt sich mittels Raumplanung und Lenkungsinstrumenten regulieren, die der Innenentwicklung vor weiterer Inanspruchnahme unüberbauter Flächen den Vorrang geben. Mittels Bodenbewertungsverfahren und Flächenmanagement können gerade die Kommunen direkt zu Bodenschutz und Flächeneffizienz beitragen.
Die ökologische Folgen der Versiegelung (besonders in den Industrieländern) zeigen sich u .a. in den Auswirkungen der Hochwasser der vergangenen Jahre. Es besteht weltweit ein dringender Handlungsbedarf. Alle Länder haben dazu auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene einen nachhaltigen Beitrag zu leisten. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Kommunen zu, die zu lokalen Flächen und ihren Nutzern einen unmittelbaren Zugang haben. Ihre Aufgabe ist die Förderung des Bodenbewußtseins, der Schutz der natürlichen Bodenfunktionen sowie die Beachtung der sozialen Gerechtigkeit. Sie verfügen über Instrumente der Raumplanung und des Bodenrechts, die konkret dazu dienen, einen nachhaltigen Umgang mit Böden in der Kommune zu fördern und umzusetzen.
Die Verantwortung für eine nachhaltige Bodenpolitik umfaßt die ökologische Seite im Sinne der Förderung der natürlichen Bodenfunktionen sowie die wirtschaftlich und sozial gerechte Bodennutzung. Dazu müssen die Handlungsspielräume für eine nachhaltige Entwicklung ausgeschöpft, die Vorbildfunktion von Behörden wahrgenommen und Maßnahmen zur Bewußtseinsbildung der Bevölkerung, die für einen nachhaltigen Umgang mit Böden beitragen, mit allen Akteuren erarbeitet, umgesetzt und bei der Lösung der spezifischen städtischen und ländlichen Bodenprobleme einbezogen werden.
Die anhaltende Zunahme und Ausdehnung der Siedlungs- und Verkehrsflächen basiert auf dem Zusammenwirken verschiedener sich nicht selten bedingender Faktoren, wobei die Ursachen in einer steigenden Baulandnachfrage durch Industrie, Dienstleistung und Gewerbe liegen. Hinzu kommt der individuelle Anspruch auf Wohnraum. Es bestehen derzeit kaum Anreize, mit Bauland sparsam umzugehen. Angesichts niedriger, oft wegen der interkommunalen Konkurrenz subventionierter Bodenpreise für Gewerbebauland werden bestehende
Baurechte immer weniger ausgeschöpft. Dazu gehören z. B. großflächige, meist eingeschossige Bauweisen, ein großzügiges Parkplatzangebot und die Vorhaltung von Reserveflächen. Zentrale Bestimmungsfaktoren für den starken Wohnungsbau sind neben Bevölkerungszuwächsen in Verdichtungsgebieten, der Trend zur Hauhaltsverkleinerung und die Zunahme der Haushalte sowie zunehmende Individualisierung. Das Wachstum der Siedlungsflächen, die Entmischung territorialer Strukturen und das Verkehrswachstum werden durch eine Verkehrspolitik angetrieben, die die Entwicklung und den spezifischen Flächenbedarf des motorisierten Individualverkehrs (MIV) im Fokus hat.

Strategien:

Innenentwicklung der Siedlungsflächen durch Flächenverdichtung, Nutzungsmischung und Brachflächenrevitalisierung im Verbund mit der Durchführung von Wohnumfeldverbesserungen, Verkehrsberuhigung, flächen- und ressourcensparender Bau von Wohnraum-, Gewerbe- und Infrastruktur auf Basis von

- Standorteigenschaften
- Orientierung am Entwicklungspotential und möglicher Vorbelastungen
- konsequenter Sicherung von Freiflächen und Freiräumen
- optimierter räumlich-funktionaler Vernetzung und Gestaltung
- größtmöglicher Entsiegelung
- abgestimmter Nutzung ordnungsrechtlicher Instrumente und finanzieller Anreize

Konzentration der Siedlungsentwicklung einer Region auf Siedlungsschwerpunkte in Abstimmung zu bestehenden oder neuen Knotenpunkten des ÖPNV

Durchsetzung eines verbesserten Bodenschutzes gegen Erosion, Kompaktation, Kontamination durch unkontrollierten und undisziplinierten Eintrag chemischer Substanzen in Land- und Forstwirtschaft und

Versauerung

Ausbau statt Neubau von Verkehrsflächen
Ausgleich von Umweltbeeinträchtigungen bei Inanspruchnahme von Freiraum unter Einbeziehung von Rückbaumaßnahmen durch:
- ökologische Aufwertung brachliegender Siedlungsflächen (Renaturierungs- und durch Rekultivierungsmaßnahmen
- Schaffung von Biotop- und/oder Grünflächenverbunden
- Begrünung von Straßen- und Grundstücksflächen
- Ausweisung von Schutzgebieten und Flächen ohne Bebauung und Verkehrsinfrastruktur
- Begrenzung von Zersiedelung
- Einrichtung örtlicher und überörtlicher Freiraumverbundsysteme
- Entsiegelung

Maßnahmen des Flächenmanagements kontaminierter Industriebrachen/Konversionsflächen

explizite Aufnahme des Bodenschutzes in alle umweltrelevanten programmatischen Aussagen

generelle Aufnahme geeigneter Zielstellungen in die Wahlprogramme von „Die Linke“

Politische Handlungsansätze:

STÄDTE UND GEMEINDEN

Eine besondere Bedeutung im Bodenschutz kommt den Kommunen zu, da sie in unmittelbarem Bezug zum Flächenverbrauch durch die Siedlungsentwicklung stehen. Die Nutzung des Stadtumbaus zur Umsteuerung von Außen- auf Innenentwicklung durch Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (z.B. Handlungskonzept „Stadtökologie“) und Überarbeitung der Flächennutzungspläne ist Basis eines kommunalen Klimaschutzes.

1. Stadtumbau durch
- die Erarbeitung von Verdichtungsplänen für die Innenbereiche von Kommunen
- die Erstellung von Konzeptionen zur innerstädtischen Freiraumsicherung und -vernetzung
- eine Aufnahme des Bodenschutzes als explizites Thema in die räumlichen Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (z.B. Handlungskonzept „Stadtökologie“)
- die Nutzung von Splitterflächen und Lücken in bereits versiegelten und brachliegenden Gebieten statt unversiegelte und ökologisch wertvolle zusammenhängende Flächen zu verbrauchen (Baulückenmanagement)
- den Rückbau von Fahrspuren in verkehrsentlasteten Gebieten zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsarten bzw. der Grüngestaltung bei neuen Straßenbauprojekten
- den Vorrang der Revitalisierung von Altbauten in kommunalen Planungen
- die Umgestaltung bestehender Industriearchitektur vorrangig zur Neunutzung als Gewerbe oder Umnutzung (z.B. in Loft- und Atelierwohnungen, Galerien)
- die Unterbreitung von Angeboten an künftige „Häuslebauer“, statt mehreren Eigenheimen wertvolle Objekte als gemeinsames Eigentum günstig zu erwerben, diese zu modernisieren und einer neuen Nutzung zuzuführen (auch mit sozialen Nebeneffekten)
- die Unterstützung für alternative Wohnprojekte des generationenübergreifenden Wohnens mit möglicherweise unkonventionellen Eigentumsformen
2. Erlaß eines (teilweisen) Moratoriums [im Sinne einer Veränderungssperre des Außenbereichs], wenn Baulandressourcen und Leerstandsflächen in größerem Umfang im Innenbereich einer Gemeinde vorhanden sind
3. Intensivierung der Abstimmung mit umliegenden Landkreisen hinsichtlich boden- und raumwirksamer Vorhaben auf optimale Zweckmäßigkeit und Nachhaltigkeit
4. Bildung von den spezifischen Standortbedingungen angepaßten Arbeitsgruppen zur Erarbeitung einer Altlastenbeseitigungskonzeption (Mitglieder: Stadtverwaltung, Grundstückseigner der „problematischen“ Flächen, Sanierungsunternehmen, Stadtrats-/Gemeinderatsfraktionen und Lokale Agenda sowie als Moderator/wissenschaftlicher Begleiter universitäre Einrichtungen)
5. Durchführung von Maßnahmen des Flächenmanagements von Altlasten und Konversionsflächen einschließlich der Entwicklung neuer Beteiligungsformen zur „unkonventionellen“ Entwicklung vonBrachflächen zur vollen Ausschöpfung von Fördermitteln
6. Erhöhung des Hochwasserschutzes durch Ausweisung von Überflutungsgebieten (Korrektur von BPlänen), naturnahen Gewässerausbau durch Rekultivierung, wenn möglich auch Renaturierung
7. Sicherung wertvollen Grüns durch die Erstellung von Freiflächensatzungen
8. Erarbeitung von kommunalen Kriterienkatalogen zur Grundlage stadtplanerischer Entscheidungen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden, die über das gesetzlich notwendige Mindestmaß hinausgeht
9. Erarbeitung kommunaler Bodenschutzkonzepte für Kommunen und Landkreise
10. Unterstützung lokaler (und globaler) Klimaschutzinitiativen wie dem Beitritt zum internationalen Bodenbündnis
(European Land and Soil Alliance/ELSA e. V.) dem Netzwerk für Kommunen, die gemeinsam
das Ziel eines nachhaltigen Umganges mit Böden anstreben
11. Trennung von Niederschlags- und häuslichem Abwasser in den Abwassergebührensatzungen als Anreiz für private Entsieglung

LÄNDER

Eine adäquate Berücksichtigung und Ausgestaltung des Bodenschutzes im Landesrecht nach einer Föderalismusreform ist genauso wichtig wie die Einbringung von Vorschlägen zur Berücksichtigung bodenschützender Aspekte in den Landesbauordnungen. Die statt rein auf die Gefahrenabwehr ausgerichtete Sanierung ökologischer Altlasten in Zusammenarbeit mit dem Bund und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben auf die wirtschaftliche Wiedernutzung
1. Verstärkte Einflußnahme der Landespolitik auf Raumplanung (überregionaler Abgleich) durch Stärkung der Regionalplanung
2. Vermehrte Schutzgebietsausweisungen auf höherem ökologischem Niveau (höhere Wichtung gesamtgesellschaftlicher im Abgleich mit lokalen/ wirtschaftlichen Interessen)
3. Einschränkung der Zulassung für Ausnahmen von den Nutzungseinschränkungen zur Sicherung des Biotopschutzes einschließlich der Lösung von

Vollzugsproblemen
4. Ausrichtung der Sanierung ökologischer Altlasten in Zusammenarbeit mit dem Bund und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben auf die wirtschaftliche Wiedernutzung statt rein auf die Gefahrenabwehr
5. Schaffung der gesetzlichen Grundlage der Haftungsfreistellung bei der Wiedernutzbarmachung „herrenloser" Industriebrachen
6. Überarbeitung der Förderrichtlinien zur
- Schaffung von Anreizen für eine „kompakte Kommune"
- Ausweisung von Bauland
- Umsetzung des Vorrangs der Revitalisierung von Brachflächen
- Entwicklung modellhafter Finanzierungslösungen für Flächenrecyclingvorhaben

BUNDESEBENE

Der gesellschaftliche Stellenwert des Bodenschutzes ist insgesamt trotz 7 Jahre Bodenschutzgesetzes zu gering. Hauptursache für den geringen Stellenwert des Bodenschutzes ist das geringe gesellschaftliche Problembewußtsein bezüglich der Schutzbedürftigkeit unserer Böden, eine noch immer lückenhafte Gesetzgebung und ein enormes Vollzugsdefizit. Alle Lösungsstrategien zur Begrenzung des Flächenverbrauchs, insbesondere die zur Verfügung stehenden ordnungspolitischen Instrumentarien (Raumordnung, Naturschutzrecht, Bauleitplanung usw.) haben sich letztendlich als zu schwach erwiesen, um wirksam gegenzusteuern. Um die in den Schrumpfungsprozessen insbesondere der ostdeutschen Städte liegenden Chancen zum Umsteuern von der dominierenden Außen- zu einer vorrangig auf eine Innenentwicklung orientierende Siedlungspolitik zu nutzen, bedarf es größter gesellschaftlicher Anstrengungen.

1. Antrag auf Erweiterung des Artikels 20a Grundgesetz (Umweltschutz), den Boden als schutzwürdiges Gut explizit aufnehmen, um die Senkung des Flächenverbrauch bundesweit auf 30 ha/Tag (Zielsetzung in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie) durchzusetzen
2. Modifizierung und Erweiterung des Anwendungsbereichs des Bundesbodenschutzgesetzes in Form von Verordnungen und Durchführungsbestimmungen zur
- Erstellung und Anwendung des Modells eines Versiegelungskontingents zum Erwerb von Versiegelungsrechten zur Begrenzung der Neuversiegelung
- Erweiterung des sachlichen Anwendungsbereichs, da das BBodSchG bisher keine Handhabe gegen einen Flächenverbrauch bietet
- Detaillierung der Entsiegelungspflicht (i.V. mit der Modifizierung § 179 BauGB)
- Definierung der Land- und Forstwirtschaft als Hauptnutzer von Boden
3. Erweiterung bzw. Präzisierung der „guten landwirtschaftlichen Praxis" um Aspekte des Boden-, Flächen- und Naturschutzes.
4. Stärkere Gewichtung zugunsten bodenschützender Aspekte in eine bundeseinheitliche Bauleitplanung, durch die eine Eindämmung des Flächenverbrauchs im Planungsrecht und eine Aufwertung der Umweltfachplanung (u.a. grundsätzliche Bindungspflicht an die Landschaftsplanung ohne behördlichen Abwägungsspielraum) erfolgt,
5. Modifizierung des Baugesetzbuches durch die Festschreibung von Ausgleichsmaßnahmen bei Eingriffen in Natur und Landschaft (bisher nicht obligatorisch vorgesehen, sondern nur im Rahmen der allgemeinen Abwägung als Möglichkeit zu berücksichtigen)
6. Reform der Grundsteuer durch Umwandlung in eine am Verkehrswert orientierte Flächennutzungssteuer unter Beibehaltung der Steuerlast für land- und forstwirtschaftliche Flächen, zur
- Schaffung von Anreizen in Richtung einer Verringerung des Flächenverbrauchs,
- Beseitigung der relativen steuerlichen Begünstigung flächenintensiver Bebauungsformen
- Beseitigung von Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung (neue Steuerbemessungsgrundlage)
7. Umgestaltung und Harmonisierung der Förderprogramme zur Industriebrachensanierung und Altlastenbeseitigung sowie der Stärkung der Innenentwicklung von Kommunen hinsichtlich
- der Antragstellung und Anpassung an reale Situation insbesondere bei Eigentumsfragen
- einer flächensparenden mehrgeschossigen Bauweise
- von Sanierungsmaßnahmen im Altbaubestand
- privater Maßnahmen zur Entsiegelung bzw. Altlastensanierung und Revitalisierung
- Umschichtung der Fördermittel von der Objektförderung zur Subjektförderung für eine effizientere und zielgenauere Förderung
- Erhöhung der Fördermittel für die Freilegung von Industriebrachen im Rahmen des Flächenrecycling
8. Einführung von ökologischen Lenkungsaspekten in die Grunderwerbssteuer, um die Nutzung bestehender Flächen gegenüber der Erschließung neuer Flächen finanziell attraktiver zu machen (z.B. über eine zweckgebundene Sondersteuer - Bodenfreigabesteuer)
9. Allgemeine Reform der Gemeindefinanzierung, worin in bezug auf Bodenschutz künftig eine Umsatzsteuer auf Baugrundstücke erhoben wird
10. Regelung zur juristischen (und finanziellen) Absicherung kommunalen Handelns bei der Beseitigung von Brachen, die zu Gefährdungen führen bzw. zur Minderung der Wohn- und Lebensqualität in Kommunen führen und Enteignung langjähriger Brachflächen (mind. 25 Jahre Leerstand) zur Wiedernutzung im Auftrag der Kommune.
11. Schaffung der steuerlichen Absetzbarkeit von Investitionen für Altlastensanierungen auf Brachflächen
12. Beschränkung der zusätzlichen Steuerabschreibungen auf den sozialen Wohnungsbau, auf Genossenschaften und auf kommunale Wohnungsgesell-

schaften sowie auf die Schaffung von Wohneigentums im Rahmen der Mieterprivatisierung
13. Schaffung von Rahmenbedingungen für die Kooperation mit Banken und Versicherungen (u.a. zur Einbeziehung von Strategien zur Bewältigung des Altlastenrisikos z.B. „green investments“) zur Verringerung des finanziellen Risikos
14. Initiierung der parlamentarischen Behandlung von handelbaren Versiegelungsrechten und Altlastenbeseitigung sowie der Stärkung der Innenentwicklung von Kommunen und zur steuerlichen Absetzbarkeit von Investitionen für Altlastensanierungen auf Brachflächen
15. Zulassung des „Ökokontos“ gemäß §19 (4) des Bundesnaturschutzgesetzes nur auf Landes- und Bundesebene, um die kommunalen Interessen am Landschaftsverbrauch einzudämmen

EUROPÄISCHE UNION:

Der Boden ist das letzte Umweltmedium, für das auf europäischer Ebene noch keine Schutzvorgaben auf Gemeinschaftsebene existieren. Deshalb hat die Europäische Kommission am 22.09.06 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für den Bodenschutz auf Basis der Grundlagen einer künftigen Bodenschutzstrategie vorgelegt. Es sollen europaweit die Hauptgefahren für die Böden (u. a. Erosion, Versiegelung, Versauerung, Kontamination, Versalzung, Verdichtung) eingedämmt werden.

1. Verabschiedung der EU-Richtlinie zur Begrenzung des Flächenverbrauchs und dem Schutz des Bodens vor Erosion noch in 2007
2. Starten von Initiativen im EU-Parlament in Auswertung der Konsultation zum Bodenschutz als Teil des 6. Umweltaktionsprogramms der EU-Kommission mit dem Ziel, ein „Weißbuch zum Bodenschutz“ zu erarbeiten
3. Modifizierung der Rahmenbedingungen von EU-Förderprogrammen hinsichtlich des Bodenschutzes

Berlin, September 2007
gez. Prof. W. Methling (Vorsitzender BAG)
(erarbeitet von Thomas Scherzberg)

Die ökologische Frage und Wirtschaftswachstum

Manfred Wolf

Wieder einmal wurde eine „heilige Kuh“ des Kapitals, das Wirtschaftswachstum, von den Wirtschafts- und politischen Größen dieses Landes stolz herumgezeigt. Die Phase ihrer kurzzeitigen Genesung wird freudig genutzt, um die angeblich soziale Marktwirtschaft zu preisen und sie als die richtige und einzig funktionierende zu beschwören. Nur beständiges Wachstum der Wirtschaft könne allen Menschen und aller Welt schließlich steigenden Wohlstand bringen. Und offensichtlich stellt noch keine Partei dieses Theorem ernsthaft in Frage.
Außen vor bleiben dabei alle Erwägungen darüber, was eigentlich die Komponenten des Wachstums ausmachen und ausmachen sollten, was eigentlich der Mensch zu einer hinreichenden Lebensqualität benötigte, welche Verwüstungen dieses Wachstum, das auch gern als Fortschritt menschlicher Zivilisation bezeichnet wird, in der uns umgebenden Natur, die wir in ihrem intakten Zustand zum Leben als Wichtigstes benötigen, hinterläßt und wieviel von diesen Verwüstungen Mensch und Natur überhaupt noch verkraften können.
Diesen Fragen widmet sich jetzt eine Broschüre der Ökologischen Plattform in der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“. Unter dem Titel „Nachhaltiges Wirtschaftswachstum???“ setzt sich Prof. Götz Brandt mit den ständig strapazierten Behauptungen auseinander, daß Wirtschaftswachstum mehr Wohlstand und soziale Sicherheit, mehr Arbeitsplätze schafft, daß es die Staatsschulden abbaut und daß damit auch den Entwicklungsländern geholfen werden kann. Den Begriff „nachhaltig“ versteht Götz Brandt selbstredend nicht im Sinne von ständig anhaltendem Wachstum sondern im umfassenden ökologischen Sinn, also so, daß das System Erde-Mensch noch in Hunderten Jahren in der Lage sein muß, aller Kreatur ihre zum Leben erforderlichen Bedingungen zu bieten.
Wie, was und wieviel eine Gesellschaft produziert, also wie weit sie mit ihrer Existenz die bestehenden natürlichen Bedingungen belastet, sieht er in engem Zusammenhang mit den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Und diese sind auf Wachstum, also auf weitere Zerstörung der Umwelt eingestellt. Daran wird grundsätzlich nicht gerüttelt, obgleich sich Umweltverbände, Naturschutzinitiativen, z.T. auch unterstützt von Parteien, auf Teilgebieten ökologischer Politik mitunter mit beachtlichem Erfolg dagegen zu wehren suchen.
Die Ausrichtung der ganzen Gesellschaft auf Konsum und Wohlstand im Sinne materiellen Verbrauchs bedeutet jedoch eine Zwangsjacke für die politischen Parteien, aus der sie sich nur bei Gefahr des Verlustes von Wählerstimmen befreien können. Und dennoch darf das kapitalistische System der Marktwirtschaft

keine Chance mehr haben, wenn die verhängnisvolle Entwicklung aufgehalten und umgekehrt werden soll. Götz Brandt weist nach, warum und bestätigt damit die von der Ökologischen Plattform Zeit ihrer Existenz vertretene These, daß mit der sich seit einigen Jahrzehnten verschärfenden ökologischen Krise die Notwendigkeit der Überwindung der kapitalistischen Ordnung mit wachsender Dringlichkeit gestellt ist. Oskar Lafontaine faßte diesen Gedanken auf dem Gründungsparteitag der LINKEN in der griffigen, viel beachteten und zitierten Formel, daß die Systemfrage durch die ökologische Frage gestellt ist.
Es fällt in der Tat schwer sich vorzustellen, wie die ökologische Frage ohne einschneidende Eingriffe in das eigenmächtige Handeln des Kapitals gelöst werden kann. Drastische Reduzierungen der Belastung der Umwelt müssen unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen an die Grenzen der kapitalistischen Ordnung stoßen, ja, diese in Frage stellen und überwinden. Eine Änderung des auf materiellen Konsums gerichteten Lebensstils der Menschen könnte in dieser Richtung wirken.

Die Broschüre kann bei der Ökologischen Plattform, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, gegen eine Spende von 2 Euro angefordert werden bzw. ist über die homepage der LINKEN und der Plattform zugängig.

Ökovisionär, Mystiker und spiritueller Kommunist

Vor 10 Jahren starb Rudolf Bahro, Band mit Texten aus dem Nachlass ist erschienen

Marko Ferst

Am 23. August 1977 beim Abendbrot klingelt es dreimal. Männer, die man erwartet, wenn man in Ungnade gefallen ist, holten ihn ab. Der „Spiegel“ in Westdeutschland titelte zuvor „Gegen sich selbst und das Volk“. Rudolf Bahro formulierte auf wenigen Seiten konzentriert seine Kritik an der spätstalinistischen DDR, erörtert viele Probleme der östlichen Systeme wie in einem Brennspiegel. Noch heute liest es sich brillant. Robert Havemann, der andere wichtige Regimekritiker, stand seit 1976 unter Hausarrest und ständiger Beobachtung in Grünheide. Es war klar, das Politbüro würde sich auf keinen Dialog einlassen. Sowohl ZDF und ARD gelang es noch Bahro vor der Festnahme zu interviewen. Eine Frage bleibt, warum die Staatssicherheit dies nicht verhinderte, wie sie überhaupt Bahro unterschätzt zu haben scheint.
Knapp acht Monate nach Erscheinen seines Buches „Die Alternative“ waren 80.000 Exemplare verkauft. Auslandsrechte für die Veröffentlichung gingen bis dahin nach Amerika, England, Frankreich, Italien, Spanien, Dänemark und Schweden. Die publizistische Resonanz füllte im Verlag bereits neun grosse Leitzordner, halten die Bahro-Biographen fest. Sechs Radiovorträge und die weiteren Interviews sind in dem Band „Ich werde meinen Weg fortsetzen. Eine Dokumentation“ abgedruckt. Sie sind in stark geraffter Form die Thesen seines Buches. Es liest sich auch viel eingängiger als das schwergewichtige Werk selbst. Zehn Jahre lang wendete Bahro den grössten Teil seiner Freizeit dafür auf, den real existierenden Sozialismus als eigene Formation zu analysieren. Es könne nicht angehen, so argumentierte er, dass die etablierte Apparateherrschaft die sozialistischen Hoffnungen zum Gespött der Massen macht.
Nicht mehr akzeptabel sei ein Herangehen, das in den östlichen Staaten nur einen deformierten Sozialismus zu sehen glaubt. Der sowjetischen Führung wirft er vor, durch ihren Einmarsch in die Tschechoslowakei sich selbst und die osteuropäischen Völker um die Erfahrung eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz gebracht zu haben. Bahros Perspektive war es nicht, eine Parteienherrschaft nach westlicher Spielart zu etablieren. Reale Demokratisierung erschien ihm als Voraussetzung der ökonomischen Emanzipation der Massen.
Die Internationalen Liga für Menschenrechte zeichnete ihn mit der „Carl-von-Ossietzky-Medaille“ aus, zahlreiche Schriftsteller und politische Akteure forderten seine Freilassung. 1979 nach zwei Jahren Bautzenhaft in den Westen abgeschoben, engagiert er sich bei den Grünen und schreibt viele Beiträge zur Friedensbewegung. Am Ende ist ihm die Partei nicht radikal genug, zu sehr mit dem zerstörerischen System der Megamaschine liiert. Vielleicht passte ein Suchender wie er auch nicht zu den festgefügten Mustern, wie sie Parteipolitik in einer westlichen Gesellschaft abzufordern scheinen. Ein Blick auf Petra Kelly oder personellen Abgang bei den Grünen zeigt, wie sehr Partei eben auch immer gegen lebendigen Geist steht.
Sein zweites Hauptwerk „Logik der Rettung“ nimmt die westliche Zivilisation insgesamt auf den Prüfstand und fragt nach einem ökologischen Kulturentwurf, abseits von kapitalistischer Geldvermehrung und der Reise nach „Nimmersatt“. Ihn interessieren die seelischen Grundlagen einer neuen Ordnung. Wir sind langfristig dabei, die irdischen Belastungsgrenzen an immer mehr Stellen zu durchbrechen. Bahro meint, wir müssten die Industriegrundlast im Schnitt um den Faktor 10 zurückfahren, wenn wir die ökologischen Gleichgewichte erhalten wollen. Nimmt man aktuelle Erkenntnisse über einen möglicherweise drastisch beschleunigten Klimawandel, so vermag er damit Recht behalten in einem so umfassenden Sinn, wie wir es uns lieber nicht wünschen sollten. Diese Zivilisation könnte bis auf die Grundmauern verschwinden, so zusammenbrechen wie einst schon die Mayagesellschaften in der Zeit nach 800. Diesmal freilich passiert das Ganze im globalen Massstab und der

Klimawandel ist selbst produziert. Auch damals muss man die Entwaldung, Erosion und andere Schäden lange ignoriert haben.
Zwischen 1990-1997, seinen letzten Lebensjahren, hält Bahro Vorlesungen an der Humboldt-Universität. Er spricht über die verschiedensten Denker von Laotse, über Heidegger bis Fromm, beschäftigte sich mit spirituellen Fragen und der Kommunebewegung im Kontext der sozialökologischen Thematik. Zeitweise war das Audimax mit mehreren hundert Zuhörern gefüllt. Seine Vorlesungen zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ und mehrere Aufsätze aus den 90er Jahren sind in dem Band „Wege zur ökologischen Zeitenwende“ zu finden. 2002 unternahmen Guntolf Herzberg und Kurt Seifert den Versuch über den Vor- und Querdenker eine umfassende Biographie zu schreiben.
Zum 10. Todestag erscheinen jetzt Interviews, Vorlesungen und ein ausführlicher Essay aus dem Nachlass Bahros, darunter Beiträge zur Stalinismusdebatte. Er fragt danach, was von der DDR bleibt und wie Ökologie und Kommunismus aufeinander bezogen sein könnten. Dazu geht er auch ausführlich auf den Charakter der PDS ein. Der Band „Denker, Reformator und Homo politicus“ wurde am 12. Dezember im Rahmen einer Gedenkveranstaltung für Rudolf Bahro vorgestellt.

Leseprobe:
http://www.umweltdebatte.de/klientel-bahro.htm

Ökologische Plattform mit erstem Abgeordneten im Landtag NRW vertreten.

Wie Ende August 2007 während eines offenen Plenums der Ökologischen Plattform in Münster bekannt wurde, ist die Ökologische Plattform NRW nun mit einem ersten Abgeordneten im nordrhein-westfälischen Landtag vertreten. Rüdiger Sagel, parteiloser Abgeordneter, trat nach einer umweltpolitischen Programmdiskussion zum künftigen Aktionsprogramm der Partei DIE LINKE. NRW der Ökologischen Plattform bei. Mitglied beim umweltpolitischen innerparteilichen Zusammenschluss der Linken können auch parteilose Menschen werden, die bei Themen von Energie- und Verkehrspolitik bis hin zu klassischen Naturschutzpositionen und/oder Tierschutzpolitik mitarbeiten möchten.

Die Stimme des Waldes

Hannelore Gilsenbach

„Verschollene sollen leben dürfen, bis ihr Tod bewiesen ist³, meint Ruedi Suter. Aber auch darüber hinaus wird Manser leben, möchte ich hinzusetzen, seit ich die von Suter verfasste Biografie kenne. Viele werden auf dieses Buch gewartet haben und es in einem Zug lesen - wie ich. Der Autor zeichnet das Lebensbild des weltweit bekannten Regenwaldschützers und Menschenrechtlers aus der Sicht eines Freundes und Mitstreiters: voller Wärme und zugleich kritischer Distanz. Er führt den Leser zu den Wurzeln jener außergewöhnlichen Person - von der Kindheit zum Wehrdienstverweigerer BM, zum Schafhirten, Handwerker, Höhlenforscher; zum Verfechter des einfachen Lebens jenseits von Konsumismus. Als Dreißigjährigen zieht es Manser zu den Penan im malaysischen Regenwald Borneos. Die Begegnung sollte ihn nicht mehr loslassen. Er wird Teil der Penan, Teil des Waldes - für sechs Jahre seines Lebens, 1984 bis 1990.
Auf welche Weise Manser nach seiner Rückkehr in die Schweiz gegen die fortschreitende Vernichtung der Urwälder Borneos ankämpfte, erhält viel Raum - spannend erzählt, in gesellschaftspolitischen Kontext gesetzt, mit privaten Blicken seiner engsten Freunde (und Freundinnen) gemischt. So rundet sich das Bild des 2000 Verschollenen, der sich treu geblieben ist in seinem verzweifelten, fröhlichen, verrückten Anrennen gegen die Übermächte der Destruktion.
Ruedi Suter: Bruno Manser. Die Stimme des Waldes. Obernhofen/CH: Zytglogge Verlag 2005.344 Seiten, mit s/w-Fotos und Zeichnungen von Bruno Manser. 26 €, ISBN 3-7296-0688-3

Umweltnachrichten

Mehr Geld für Solarwärme

Bundesregierung stockt Fördersätze für Zukunftstechnologie um 50 Prozent auf - Solarwärme schützt Verbraucher vor der Heizkostenspirale. Gute Nachrichten für alle Häuslebauer und Eigenheimbesitzer. Ab sofort erhöht die Bundesregierung ihre Förderung für Solarwärmeanlagen um 50 Prozent und macht damit den Weg frei für den weiteren Ausbau dieser umweltfreundlichen und effizienten Heizungstechnologie.
Schon jetzt vertrauen über eine Million deutsche Haushalte auf Solaranlagen zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung und reduzieren damit ihre Heizkosten. Angesichts stetig steigender Öl- und Gaspreise und der deutlich verbesserten Förderkonditionen empfiehlt die Bundesregierung jetzt Verbrauchern, ihre Eigenheime mit Solaranlagen auszustatten.
Carsten Körnig, Geschäftsführer des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW-Solar): „Solaranlagen sind eine ausgezeichnete Versicherung gegen die Heizkostenfalle und zugleich unverzichtbar für den Klimaschutz. Wir begrüßen deshalb die jüngste Initiative des Umweltministers. Die Investition in eine Solaranlage ist damit so attraktiv wie nie."
Die nächste Heizperiode könnte den Verbraucher hart treffen, denn führende Energieexperten rechnen mit neuen Höchstständen bei Öl- und Gaspreisen. Einmal montiert, liefert eine Solarwärmeanlage hingegen Energie zum Nulltarif und entlastet so für viele Jahre den Geldbeutel des Verbrauchers. Beim Austausch alter Heizungen durch effiziente Brennwertgeräte in Kombination mit Solarkollektoren ist es nach Angaben des BSW-Solar möglich, die Heizkosten zu halbieren.
Je nach Typ und Größe der Solaranlage können Eigenheimbesitzer jetzt Zuwendungen von 300 bis über 1.000 Euro erhalten. So beträgt die Investitionsbeihilfe ab sofort 60 Euro je Quadratmeter Solarkollektorfläche. Für eine kombinierte Solaranlage mit Heizungsunterstützung erhält der Bauherr sogar einen Zuschuss von 105 Euro je Quadratmeter Kollektorfläche. Über den Online-Ratgeber www.solarfoerderung.de informiert der BSW-Solar mit Unterstützung der bundeseigenen KfW-Bankengruppe interessierte Verbraucher kostenlos über die neuen Förderkonditionen und rund um das Thema Solartechnik.
Nicht nur die Einsparmöglichkeiten machen Solarwärme zur beliebtesten Heizungsart der Deutschen, wie jüngst eine Studie des SOKO-Instituts für Sozialforschung und Kommunikation herausfand. Sie leistet auch einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz und spart in Deutschland schon heute jährlich rund eine Million Tonnen Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid ein. Konkret planen nach Erhebungen des SOKO-Instituts deswegen 6,4 Prozent aller Hauseigentümer die Anschaffung einer Solarwärmeanlage innerhalb der nächsten 24 Monate.
Bereits heute ersetzt Solarwärme rund 500 Millionen Liter Öl oder Kubikmeter Gas pro Jahr, dies entspricht etwa 36.000 Öllieferfahrzeugen. Mittel- und langfristig könnte Deutschland nach BSW-Solar-Einschätzungen seine Importabhängigkeit von fossilen Brennstoffen durch den Ausbau der Solarwärme deutlich verringern und rund 30 Prozent aller Ölimporte aus Nahost einsparen.
Quelle:Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) e.V. 2007

Filmprojekt über Klimaschutz und Atomkraft

Im Rahmen des Projekts Nuking the Climate - Strahlendes Klima wird ein Dokumentarfilm über die globalen Zusammenhänge von Atomkraft und Uranabbau vorbereitet.
Der Titel des Projekts Nuking the Climate - Strahlendes Klima macht darauf aufmerksam, dass in Europa die Atomkraft immer häufiger als Lösung für den Klimawandel propagiert wird. Das Projekt untersucht diese These von der klimafreundlichen Atomkraft und arbeitet die Thematik für eine junge Zielgruppe auf. Eine umfassende Projektbeschreibung gibt es unter:
http://nukingtheclimate.com/wp-content/uploads/2007/09/deutsch_projekt.pdf

BBI will trotz Bundesverwaltungsgerichturteil uneingeschränkten Nachtflug

„Das ist eine Riesenschweinerei", zürnt die amtierende BVBB-Vorsitzende Astrid Bothe. Die Empörung des BVBB richtet sich dabei dagegen, dass die FBS trotz der Vorgaben des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts von seinem ursprünglichen uneingeschränkten Nachtflugantrag kein Jota abgewichen ist. „Hinsichtlich des Umfanges des begehrten Nachtfluges nimmt die FBS im Planergänzungsverfahren tatsächlich keine Korrektur vor", bestätigt Kläger-Anwalt Frank Boermann.
Zur Erinnerung: Das Bundesverwaltungsgericht hatte in seinem Schönefeld-Urteil entschieden, dass Nachtflug in der Kernzeit von 0.00 Uhr bis 5.00 Uhr nahezu ausgeschlossen ist und zwischen 22.00 Uhr und 24.00 Uhr sowie von 5.00 Uhr bis 6.00 Uhr nur ausnahmsweise bei Vorliegen besonderer Voraussetzungen zugelassen werden kann. Dies scheint die Flughafengesellschaft, die immerhin zu 100 % den Ländern Berlin und Brandenburg sowie dem Bund gehört, nicht zu beeindrucken. 87 Flugbewegungen von 22.00 Uhr bis 24.00 Uhr sind kein Kompromiss.
Die nach Presseverlautbarungen vom brandenburgischen SPD-Fraktionsvorsitzenden Baaske angedeutete Kompromisslinie, wonach die Kernzeit von Flugbewegungen frei bleibt, jedoch zwischen 22.00

Uhr und 24.00 Uhr 87 Flugbewegungen stattfinden, ist für den BVBB kein Kompromiss, sondern eine Kapitulation vor den Forderungen der Airlines. „In der Zeit von 22.00 Uhr bis 23.00 Uhr würde dies bedeuten, dass jede Minute ein Flugzeug startet oder landet. Das ist teilweise mehr Fluglärm als tagsüber“, stellt der BVBB-Pressesprecher Kristian-Peter Stange klar, „das werden wir niemals akzeptieren!“ Dabei wird besonders kritisch gesehen, dass ein solches Ansinnen in vollem Umfange den wirtschaftlichen Interessen, insbesondere der so genannten Low-Cost-Carrier wie Easyjet und Air Berlin, nachgibt. Gerade dies haben jedoch die Leipziger Richter für nicht zulässig erachtet.
Es ist zudem nicht hinnehmbar, dass Platzeck und Wowereit die Einmütigkeit zwischen Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden und BVBB arrogant ignorieren. Mit ihrer Haltung demonstrieren die Landespolitiker, dass sie den praktisch uneingeschränkten Nachtflug zu Lasten der Gesundheit der Betroffenen und zu Gunsten von Gewinnen der Fluggesellschaften rücksichtslos durchsetzen wollen.
In der Amtlichen Bekanntmachung der Planfeststellungsbehörde vom 19.10.2007 zum ergänzenden Planfeststellungsverfahren wurde gefordert: „Die Einwendung muß … den geltend gemachten Belang und /das Maß der Beeinträchtigung/ erkennen lassen.“ Die ausgelegten Unterlagen enthalten stattdessen weder Anhaltspunkt noch Informationen darüber und machen damit das Verfahren zur Farce.
Der BVBB unterstützt die Kritik des Rechtsanwalts der Anliegergemeinden, dass die ausgelegten Unterlagen nicht den Anforderungen des Bundesverwaltungsgerichts genügen. Das Gericht hatte in seiner Entscheidung nicht nur wegen erforderlicher Nachtflugbeschränkungen, sondern auch für die Festlegung des so genannten passiven Lärmschutzes in der Nacht und für die Neufestlegung des Entschädigungsgebietes ein Planergänzungsverfahren gefordert. „Zu diesen Problemkreisen liegen keine Unterlagen der FBS aus, so dass Anwohner ihre Betroffenheit nicht erkennen. Die Offenlage verfehlt damit ihre gesetzlich gebotene Anstoßfunktion“, bestätigt Rechtsanwalt Frank Boermann. Auch er fordert, dass das laufende Offenlageverfahren abgebrochen und erst fortgeführt wird, wenn zu sämtlichen vom Bundesverwaltungsgericht als regelungsbedürftig angesehenen Punkten ergänzende Unterlagen vorliegen.
Die Leute müssen deutlich machen, dass sie sich vom Flughafen und von Politikern nicht verschaukeln lassen“, betont die amtierende BVBB-Vorsitzende Astrid Bothe.

Kristian-Peter Stange, BVBB-Pressesprecher

Ein Briefwechsel

Liebe PDS,

ich gehe in die 4. Klasse von Frau Dammers in der Montessouri-Grundschule Rheydt. Ich habe gehört, dass sich das Klima verändert, das sagen die Wissenschaftler. Ich habe mich mit dem Thema beschäftigt und gemerkt, dass auch die Meere langsam wärmer werden. Es schmilzt viel Eis, es steigt der Meeresspiegel an und deshalb wird auch viel Land überschwemmt. In Süd-Amerika soll ein Regenwald abgeholzt werden um das Holz zu bekommen. Man kann doch Bäume fällen, die sowieso wegkommen Und es gibt noch viel mehr Probleme.
Ich bitte Sie in Ihrer Partei etwas in dieser Richtung zu unternehmen. Vielleicht haben Sie ja schon etwas unternommen und können mir zurück schreiben. Ich würde mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Lina Martens

Liebe Lina Martens,

vielen Dank für Deinen Brief. Er ist an die Ökologische Plattform bei der Linken (PDS) weitergeleitet worden und man bat mich, ihn zu beantworten. Deine Sorgen kann ich nur bestätigen. Das Klima verändert sich viel schneller als die Wissenschaftler noch vor wenigen Jahren vermutet haben. Viele Auswirkungen der Treibhausgase wurden erheblich unterschätzt. Die Zeit für eine Politik der ökologischen Wende läuft unwiderruflich ab. Wird nicht jetzt gehandelt, werden wir alles verlieren.
Immer wenn wir Strom verbrauchen, mit dem Auto fahren, unsere Wohnung heizen oder neue Produkte kaufen, so ist damit der Ausstoß von Treibhausgasen verbunden. Bei der Bundestagswahl im Jahr 2005 steht deshalb im Programm der Linken: Bis 2050 soll alle Energie durch Windräder, Wasserkraft, Erdwärme, aus Pflanzenresten und Solarzellen gewonnen werden. Ich selbst denke, dies müßte noch schneller geschehen. Viel Energie wird aber auch verschwendet. Die bräuchte man eigentlich gar nicht herstellen.
In der Arktis am Nordpol vollzieht sich der Klimawandel besonders schnell. Deshalb bedeckt das Eis immer weniger Meeresfläche. Die Eisbären können dann ihre Jungen nicht mehr groß ziehen. Deshalb steht der Eisbär jetzt auf der roten Liste der vom Aussterben bedrohten Tierarten. Im Meer sterben die Korallenriffe ab. Gefährliche Stürme entstehen öfter, wenn das Meer zu warm wird. Viele Städte an den Meeren sind durch Überflutung gefährdet. Der Klimaforscher Stefan Rahmstorf schätzt z.B. ein, das Abschmelzen der Eismassen auf Grönland ist möglich und würde zu einem Anstieg des Meeresspiegels von sieben Metern führen. Städte wie Rostock, Kiel oder Bremerhafen wären betroffen.

Nicht nur in Südamerika werden die Regenwälder abgeholzt oder abgebrannt. Weit mehr als die Hälfte aller Tierarten der Erde lebt im Regenwald. Sie alle sterben aus, wenn der Regenwald stirbt. In den letzten 15 Jahren wurde eine Fläche an Regenwald vernichtet, die dreimal so groß ist wie Deutschland. Geht das so weiter, dann wird es in 20 oder 30 Jahren keinen Regenwald mehr geben. Auch dies wird fatalen Einfluß auf das Klima der Erde haben. Du hast recht: Holz ist ein wichtiger und nützlicher Baustoff. Aber Tropenholz sollten wir in Deutschland nicht verwenden.
Ich kann versichern, daß es einige Politiker in der Linken gibt, die sich um einen ökologischen Kurswechsel bemühen. Aber das reicht natürlich nicht. Zu viele schauen nur darauf, wie die hohe Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann und soziale Härten vermieden werden können. Zu wenig wird darauf geachtet, daß ökologische Politik langfristig hilft den sozialen Zusammenbruch der Gesellschaft aufzuhalten. Aber ich möchte auch darauf hinweisen, daß die Linke konsequent für eine Friedenspolitik und Abrüstung eintritt. Unzählige Projekte für den Klimaschutz könnten bezahlt werden, würde Deutschland derzeit nicht jährlich mindestens 28 Milliarden Euro für das Militär ausgeben. Und Kriege in der Welt richten unermeßlichen ökologischen Schaden an. Zum Einsatz von Atomwaffen z.B. darf es nie kommen. Kinder sind sehr oft Opfer von Minen, die in Deutschland hergestellt werden.
Die Rettung der Zivilisation vor einer Klimakatastrophe ist die wichtigste Aufgabe, die wir jetzt haben. Ich schrieb zusammen mit anderen ein Buch unter dem Titel „Wege zur ökologischen Zeitenwende“. Dort zeige ich konkret auf, wie ich mir eine ökologische Zukunftsgesellschaft vorstelle. Außerdem schrieb ich dort eine Fernsehansprache, die eine ökologische Bundeskanzlerin oder ein ökologischer Bundeskanzler halten müßte. Unsere Lage ist sehr ernst. Deshalb arbeite ich in der Ökologischen Plattform ehrenamtlich mit, versuche zu ändern, was sich ändern läßt. Ich schrieb auch viele Gedichte, darunter zahlreiche ökologische Gedichte gegen die Nutzung der gefährlichen Atomkraft, die Zerstörung der Regenwälder durch eine gewinnsüchtige Holzmafia oder gentechnisch manipulierte Pflanzen auf den Feldern.
Mach doch Deiner Lehrerin den Vorschlag, daß Ihr den Klimawandel in ein paar Stunden intensiver im Unterricht in der Schule behandelt. Laßt euch den Treibhauseffekt und die Folgen genauer erklären! Eure Lehrerin wird zum Beispiel in dem aktuellem Buch von Tim Flannery „Wir Klimamacher“ viele nützliche Hinweise zur Vorbereitung der Stunden finden. Auch kann sie sich auf der Webseite der Ökologischen Plattform über weitere aktuelle Veröffentlichungen informieren.
Prüft, ob ihr an Eurer Schule Energie sparen könnt. Kann eine Solaranlage installiert werden oder Ähnliches? Die PDS stellte in Mecklenburg-Vorpommern über acht Jahre den Umweltminister. Dort sind zahlreiche Kirchendächer und andere Gebäude mit Solarmodulen in dieser Zeit gefördert worden. Vielleicht prüfst Du auch selbst, ob Du vielleicht bei der Bundjugend mitarbeiten kannst? (www.bundjugend.de) Dort können sich Schüler an vielen interessanten Projekten beteiligen. Laß Dir von Deinen Eltern oder der Lehrerin helfen. Vielleicht hebst Du den Brief auch gut auf. Dann arbeitest Du später bei der Ökologischen Plattform mit!

Mit ökologischen Grüßen
Marko Ferst

Ökokalender mit Aquarellmotiven aus Brodowin

Der neue Kalender widmet sich am Beispiel des Ökodorfs Brodowin der Frage „750 Jahre Brodowin - was ist ‚öko‘ am Ökodorf?“ Das Ökodorf Brodowin liegt rund 80 km nordöstlich von Berlin und gehört zu den größten Demeter-Betrieben in Deutschland. Mit dem Lieferservice vom Brodowiner Ökokorb wird jahreszeitliches Gemüse, Vollwert-Brot, Fleisch aus artgerechter Tierhaltung und eine große Auswahl an weiteren Naturkost-Produkten in weitem Umfeld bis vor die Haustür geliefert. Brodowin blickt im nächsten Jahr auf eine 750-jährige Geschichte seit seiner Gründung zurück.

Bei Interesse kann der Kalender bei uns per Email (marita.czepa@berlin.de) oder per Postkarte bestellt werden und wird dann zugeschickt. Er kostet 10€. Hinzu kommen noch die Kosten für Verpackung und Versand. Bestellungen schriftlich an: FORMICA - künstlerisch-ökologische Arbeitsgruppe n.e.V., Ludwigsluster Str. 7, 12619 Berlin

Inhaltsverzeichnis

Editorial
Detlef Franek

Energiepolitische Konferenz der LINKEN in Hamburg - Gedanken und Eindrücke 1
Manfred Wolf

Die LINKE steht noch am Anfang 2
Angelika Zahrnt

Klimakongress der Linkspartei 3
Marco Carini

Ohne Ökologie keine linke Politik 4
Gilbert Siegler

Strommarkt - kartellartig verkrustet 4
Hans-Kurt Hill

Sozial gerechte linke Klimaschutzpolitik 7
Franz Groll

Die heimliche Absicht hinter den Bio-Sprit-Plänen der Bush-Administration 10
F. William Engdahl

Biokraftstoffe in die richtigen Kanäle leiten 15
Roland Schnell

„Peak Oil“ bereits Realität 17
Steffen Bogs

Nord-Süd-Konflikt und Klimawandel 18
Marko Ferst

DIE LINKE und die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue 20
Thomas Nord

Energiepolitische Konferenz der LINKEN in Cottbus 21
Christian Rehmer

Chancen und Risiken erneuerbarer Energien in Brandenburg 22
Kirsten Tackmann

Keine neuen Tagebaue! 23
Erika Schulz

CO - Pipeline 24
Volker Hauke

Das SPD-Grundsatzprogramm und die Ökologie 26
Ralf Henrichs

LAG Ökologische Plattform in Baden-Württemberg gegründet 28
Anne Maike Rahlfs und Wolfgang Kämmerer

Linke Umweltpolitik unter der Lupe: „Wie grün ist DIE LINKE?“ 28
Christian Rehmer

Stellungnahme 29
Reiner Thiele, Marko Ferst, Thomas Hecker

DIE TARANTEL-BÜCHERECKE 30

In den Vorstädten 31
Heinrich Beindorf

Bodenschutz. Positionspapier der BAG „Umwelt / Energie / Verkehr“ 31
erarbeitet von Thomas Scherzberg

Die ökologische Frage und Wirtschaftswachstum 35
Manfred Wolf

Ökovisionär, Mystiker und spiritueller Kommunist 36
Marko Ferst

Ökologische Plattform mit erstem Abgeordneten im Landtag NRW vertreten. 37

Die Stimme des Waldes 37
Hannelore Gilsenbach

Umweltnachrichten 38

Ein Briefwechsel 39

Ökokalender mit Aquarellmotiven aus Brodowin 40

Kontakt:
Ökologische Plattform bei der Linken
Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin
oekoplattform@pds-online.de
www.oekologische-plattform.de

Redaktionsschluß: 15.12.2007

Redaktion und Layout:
Michel Hesz, Detlef Franek, Marko Ferst
(in Abstimmung mit dem Sprecherrat)
Redaktion: info@oekologische-plattform.de

(Beiträge und Leserbriefe für die Tarantel bitte in abdruckfertiger und fehlerfreier Form per E-Mail einsenden. Bitte auf unnötige Formatierungen verzichten. Wir bemühen uns alle qualitativ guten Beiträge zu publizieren, müssen aber eine Auswahl treffen, wenn nicht genügend Platz vorhanden ist.)

Kontaktadressen

Bundesebene
Ökologische Plattform, Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de
oekoplattform@pds-online.de,
Manfred Wolf, Tel. 030/2411127,
manfredwolfberlin@web.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Marko Ferst, marko@ferst.de
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de
BAG Umwelt,Energie,Verkehr
Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.methling@dielinke.landtag-mv.de

Bundestag
Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Tel.030/22772485, Fax 030/222776485
eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de
Lutz Heilmann, MdB, Tel.030/22770788, Fax 030/22776788, lutz.heilmann.ma01@bundestag.de
Hans-Kurt Hill, MdB, energiepolitischer Sprecher der LINKEN, Tel. 030/22772478,
Fax 030/22776476, hans-kurt.hill@bundestag.de

E-Mail für kurzfristige Informationen
Umweltverteiler der LINKEN, Ökologische Plattform und BAG Umwelt-Energie-Verkehr
Aufnahme über markooekologische –plattform.de

Baden-Würtemberg
LAG Ökologische Plattform, Wolfgang Kämmerer, Willhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfieldern,
Mail@WolfgangKaemmerer.de
Brandenburg
LAG Umwelt Brandenburg
Peter Engert (Sprecher der AG Umwelt der LINKEN Brandenburg), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel. 03361/344351
Christian Rehmer (Sprecher der AG Umwelt der LINKEN Brandenburg, AG Umwelt bei der LINKEN Barnim), Tel. 03334/387628,
Christian.Rehmer@web.de,
www.dielinke-eberswalde.de
Carolin Steinmetzer, MdL, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, csteinmetzer@aol.com
Berlin
Marion Platta, MdA, umweltpolitische Sprecherin der LINKEN, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin,
Tel. 030/23252550, Fax 030/23252515,
platta@linksfraktion-berlin.de
Helmut Horst, Duisburger Str. 17, 10707 Berlin,
Tel./Fax: 030/8817851, adlerhorstberlin@web.de
Hamburg
LAG Umwelt
Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,
g.siegler@web.de

Hessen
Ökologische Plattform Hessen
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421/163873, Hajo.Zeller@web.de
Mecklenburg-Vorpommern
Birgit Schwebs, MdL, umweit-,verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der LINKEN, Lennestr.1, 19053 Schwerin,Tel.038203/63519,
PDS.Landtag-MV.de
Niedersachsen
Heinz Preuß, Spittastr. 32, 31787 Hameln, Tel. 05151/409481, Hpborusso@aol.com (Mitglied des Koordinierungsrates der ÖPF)
Nordrhein-Westfalen
Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen, Wahlkreisbüro: Münsterstr. 141, 44145 Dortmund, Tel.: 0231/4759196, www.oepf-nrw.de, Ansprechpartner: Utz Kowalewski, wasg_kowalewski@yahoo.de
Rheinland-Pfalz
AG Natur- und Tierschutz, Kreisverband Ahrweiler, Angelika Jürgensonn-Korjenic, Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing, angelika62de@yahoo.de
Sachsen
ADELE - Ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel.0341/9424882, Micha.lauter@web.de
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de
Sachsen-Anhalt
AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel.0345/29418-63, Fax-64
Schleswig-Holstein
Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633/966624,
dettmergruenefeld@hotmail.com
Thüringen
Tilo Kummer, MdL, umweltpolitischer Sprecher der LINKEN, Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361/3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de
Dr. Johanna Scheringer-Wright, MdL, agarpolitische Sprecherin der LINKEN, Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361/3772604, 0151/11723000, johanna@scheringer.de

linke und ökologische Medien
Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030/44339147

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)